L. 47/1976

Bericht des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport betreffend das Gesetz über das land- und forstwirtschaftliche Berufs- und Fachschulwesen (O. ö. Land- und forstwirtschaftliches Schulgesetz)

(L - 241/2 - XXI)

Durch das Bundesverfassungsgesetz vom 28. April 1975, BGBl. Nr. 316, wurden hinsichtlich des land- und forstwirtschaftlichen Schulwesens durch Einfügung des Art. 14 a in das Bundes-Verfassungsgesetz in der Fassung von 1929 im wesentlichen folgende Regelungen getroffen:

1. Abs. 1 des neuen Art. 14 a B-VG. 1929 enthält für die Gesetzgebung und Vollziehung auf dem Gebiete des land- und forstwirtschaftlichen Schulwesens mit Ausnahme des Hochschulwesens eine Generalklausel zugunsten der Länder, soweit in den Abs. 2 bis 4 leg. cit. nichts anderes bestimmt ist.
2. In den Abs. 2 bis 4 des Art. 14 a B-VG. 1929 werden jene Angelegenheiten aufgezählt, bei denen die Kompetenzen zur Gesetzgebung und Vollziehung analog den Art. 10 bis 12 B-VG. 1929 verteilt sind.

Auf Grund dieser neuen Verfassungslage sind folgende Grundsatzgesetze des Bundes ergangen:

- a) Bundesgesetz vom 29. April 1975, BGBl. Nr. 317, betreffend Grundsätze für die Organisation und den Wirkungsbereich der land- und forstwirtschaftlichen Schulbeiräte;
- b) Bundesgesetz vom 29. April 1975, BGBl. Nr. 319, betreffend die Grundsätze für land- und forstwirtschaftliche Berufsschulen;
- c) Bundesgesetz vom 29. April 1975, BGBl. Nr. 320, betreffend die Grundsätze für land- und forstwirtschaftliche Fachschulen.

Die Ausführungsgesetze der Länder sind innerhalb eines Jahres (lit. b und c) bzw. innerhalb von drei Jahren (lit. a) nach Kundmachung dieser Bundesgesetze (12. Juni 1975) zu erlassen.

Mit dem vorliegenden Entwurf sollen alle Rechtsgebiete des land- und forstwirtschaftlichen Schulwesens einschließlich des Erziehungswesens in den Angelegenheiten der Schülerheime, sofern sie in Gesetzgebung und Vollziehung Landessache sind, umfassend in einem Gesetz geregelt werden. Dieses enthält somit Bestimmungen über die äußere und innere Schulorganisation, die Schulpflicht, die Schulverwaltung und Schulaufsicht sowie das Privatschulwesen.

Der Entwurf umfaßt sechs Hauptstücke, und zwar:

- I. Allgemeine Bestimmungen (§§ 1 bis 9);
- II. Organisation der öffentlichen Berufs- und Fachschulen (§§ 10 bis 24);

III. Ordnung von Unterricht und Erziehung für die öffentlichen Berufs- und Fachschulen (§§ 25 bis 70);

IV. Schulerhaltung, Schulverwaltung, Schulaufsicht (§§ 71 bis 81);

V. Errichtung und Führung von privaten land- und forstwirtschaftlichen Schulen sowie Schülerheimen (§§ 82 bis 94);

VI. Schlußbestimmungen (§§ 95 bis 101).

Zu den einzelnen Bestimmungen des vorliegenden Gesetzentwurfs ist folgendes zu bemerken:

Zu § 1:

Der Geltungsbereich des Gesetzes erstreckt sich auf die öffentlichen und privaten land- und forstwirtschaftlichen Schulen und Schülerheime, sofern sie gemäß Art. 14 a B-VG. 1929 der Kompetenz des Landes unterliegen.

Durch die vorliegende Festlegung des Geltungsbereiches ist klargestellt, daß überall dort, wo im Gesetz von land- und forstwirtschaftlichen Schulen (Berufs- und Fachschulen) oder Schülerheimen die Rede ist, sowohl öffentliche als auch private Schulen und Schülerheime gemeint sind. Wenn sich die Bestimmungen jedoch nur auf bestimmte Bereiche beschränken, wird der Zusatz „öffentlich“ oder „privat“ verwendet; dies gilt auch für die Titel der Hauptstücke und Abschnitte.

Zu § 2:

Die land- und forstwirtschaftlichen Schulen werden damit begrifflich in das österreichische Schulorganisationssystem 1962 eingeordnet. Sie fallen sinngemäß unter die berufsbildenden Schulen.

Gleichzeitig werden in den Abs. 3 und 4 die Aufgaben der Berufs- und Fachschulen festgelegt. Die vorliegenden Formulierungen decken sich jeweils mit § 1 des Berufsschulgrundsatzgesetzes und des Fachschulgrundsatzgesetzes.

Zu § 3:

Der Begriff der „Errichtung einer Schule“ wird hier im selben Sinn wie im § 10 des Pflichtschulerhaltungs-Grundsatzgesetzes, BGBl. Nr. 163/1955, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 325/1975 und im O. ö. Pflichtschulorganisationsgesetz, LGBl. Nr. 38/1965, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 14/1972 verwendet. Im Abs. 1 wird nur auf den Rechtsakt der Errichtung (Verordnung bei öffentlichen Schulen; An-

zeige der beabsichtigten Führung bei Privatschulen) abgestellt, in dem auch die Festlegung des Standortes und der organisatorischen Merkmale der Schule enthalten sein muß.

Die „Erhaltung“ umfaßt dagegen alle wirtschaftlichen Belange der Schule.

Unter sonstigen Sachaufwand fallen insbesondere die Kosten für die Anschaffung der Amtserfordernisse der Schule.

Beistellung im Sinne des Abs. 2 lit. b bedeutet, dafür Sorge zu tragen, daß das erforderliche Personal zur Verfügung steht und daß dessen Kosten — unbeschadet des vom Bund auf Grund bundesgesetzlicher Vorschriften getragenen Personalaufwandes der Lehrer — vom gesetzlichen Schulerhalter zu tragen sind.

Zu den §§ 4 bis 7:

Durch diese Bestimmungen werden § 2 Abs. 1 und 2 sowie § 4 des Berufsschulgrundsatzgesetzes ausgeführt.

Gemäß § 4 des Gesetzentwurfs werden folgende Personen bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen berufsschulpflichtig sein:

1. alle in einem land- und forstwirtschaftlichen Lehrverhältnis stehenden Lehrlinge;
2. Jugendliche (einschließlich familieneigener Arbeitskräfte), die überwiegend in der Land- und Forstwirtschaft einschließlich ihrer Sondergebiete tätig sind, wenn sie keine andere Schule mindestens gleicher Schuldauer besuchen, in keiner anderen Berufsausbildung stehen und das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

Die Berufsschulpflicht gemäß § 4 Abs. 2, die nach der Erfüllung der Schulpflicht beginnt und spätestens mit Vollendung des 18. Lebensjahres endet, dient dem Zweck, die Zahl der unausgebildeten Hilfsarbeiter für den Bereich der Land- und Forstwirtschaft entscheidend zu senken. Den in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Jugendlichen soll demnach auf jeden Fall die Grundausbildung vermittelt werden. Diese subsidiäre Schulpflicht ist jedoch auf eine „überwiegende Tätigkeit“ in der Land- und Forstwirtschaft abgestellt. Die vorliegende Einschränkung erscheint erforderlich, um eine lebens- und wirklichkeitsnahe Vollziehung der Schulpflichtbestimmungen zu ermöglichen. Zum Beispiel soll ein jugendlicher Bauhilfsarbeiter, der seinen Eltern in der Landwirtschaft bei der Einbringung der Ernte in seinem Urlaub kurzfristig hilft, dadurch nicht bis zu seinem 18. Lebensjahr berufsschulpflichtig werden. § 2 Abs. 1 des Berufsschulgrundsatzgesetzes ist zweifellos in diesem Sinn zu verstehen und auszuführen.

Die Bestimmung des § 5 Abs. 4 soll die Möglichkeit eröffnen, Berufsschulpflichtige einer Fachschule zur Erfüllung ihrer Schulpflicht zuzuweisen.

Die Bestimmungen über die Befreiung vom Besuch der Berufsschule (§ 6) sowie über die Ver-

antwortlichkeit für die Erfüllung der Schulpflicht (§ 5 Abs. 7 und § 7) entsprechen im wesentlichen den Vorschriften des Schulpflichtgesetzes, BGBl. Nr. 241/1962, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 322/1975.

Zu § 8:

In der Schulpflichtmatrix sind alle Schulpflichtigen zu erfassen, die in der Gemeinde ihren ordentlichen Wohnsitz haben, und diejenigen, die durch ihre Tätigkeit im Gemeindegebiet schulpflichtig sind, aber keinen Wohnsitz in einer Gemeinde des Landes Oberösterreich begründen.

Der Bezirksverwaltungsbehörde kommt die Aufgabe zu, darüber zu wachen, daß die Schulpflichtmatriken ordnungsgemäß geführt und alle Schulpflichtigen erfaßt werden. Sie hat im Zweifelsfall von Amts wegen oder auf Antrag der Erziehungsberechtigten oder Arbeitgeber (Lehrherrn) das Bestehen der Schulpflicht bescheidmäßig festzustellen.

Zu § 9:

Diese Bestimmungen regeln die mit Bescheid auszusprechende Zuweisung der Schulpflichtigen an eine bestimmte Berufsschule. Damit soll der Schulverwaltung die notwendige Beweglichkeit gesichert werden, um auch bei regional schwankenden Schülerzahlen die Berufsschulen möglichst zweckmäßig auslasten zu können. Angesichts der relativ geringen Schülerzahl bedeutet die Zuweisung — deren Konstruktion im Hinblick auf den Verzicht auf Schulsprenkel (vgl. die Erläuterungen zu den §§ 71 bis 73) notwendig ist — keinen unzumutbaren Verwaltungsmehraufwand.

Muß die Zuweisung aus wichtigen schulorganisatorischen Gründen während des Unterrichtsjahres verfügt werden, so hat sie unter Bedachtnahme auf Abs. 3 jedenfalls so zu erfolgen, daß eine Unterbrechung des ordnungsgemäßen Unterrichts nicht eintritt.

Die Bestimmung des Abs. 6 ermöglicht Ländervereinbarungen gemäß Art. 15 a Abs. 2 B-VG. 1929 zur Sicherstellung einer entsprechenden und zweckmäßigen land- und forstwirtschaftlichen Berufsausbildung, insbesondere für die Sondergebiete der Landwirtschaft (z. B. Weinbau, Molkerei, Obstbau, Gartenbau, Fischereiwirtschaft) sowie für die Forstwirtschaft, für die nur in einzelnen Bundesländern Berufs- und Fachschulen mit den einschlägigen Fachrichtungen geführt werden.

Zu § 10:

Die Grundsätze der allgemeinen Zugänglichkeit und der Schulgeldfreiheit, die für das allgemeine Schulwesen durch das Schulorganisationsgesetz in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 323/1975 bzw. das O. ö. Pflichtschulorganisationsgesetz festgelegt werden, sollen auch für den Bereich der land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen übernommen

men werden. Damit werden auch die Bestimmungen des § 5 des Berufsschulgrundsatzgesetzes und des § 6 des Fachschulgrundsatzgesetzes ausgeführt.

Eine Pflicht zur Benützung des einer Berufsschule angeschlossenen Schülerheimes besteht nicht. Es ist daher davon auszugehen, daß die Benützung des Schülerheimes nicht erzwungen werden kann, d. h. daß es jedem Schulpflichtigen freistehen muß, täglich zum Schulort anzureisen, sich selbst eine Unterkunft zu beschaffen oder die Aufnahme in das Schülerheim anzustreben. Unbeschadet dessen ist gemäß § 21 Abs. 5 mit einer Aufnahme in die Fachschule grundsätzlich die internatmäßige Unterbringung verbunden.

Zu § 11:

Diese Bestimmungen enthalten die Grundzüge der durch Verordnung zu erlassenden Lehrpläne einschließlich der Festlegung der erforderlichen Begriffe.

Zu § 12:

Der bisherigen Regelung entsprechend wird das sogenannte „Fachlehrersystem“ festgelegt, d. h. die Mehrzahl der Unterrichtsgegenstände wird von verschiedenen Lehrern unterrichtet.

Durch die Bestimmung des Abs. 4 wird klargestellt, daß die Abs. 1 bis 3 nicht dem Dienstrecht, sondern dem Schulorganisationsrecht zugehören.

Zu § 13:

Mit der Bestimmung des Abs. 1 wird erstmals eine Mindestschülerzahl pro Klasse aufgenommen.

Zu den §§ 14 bis 16:

Diese Vorschriften entsprechen im wesentlichen den Bestimmungen des O. ö. Schulzeitgesetzes, LGBl. Nr. 15/1966, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 59/1975. Durch entsprechende Modifizierungen ist jedoch auf die Erfordernisse einer Ausbildung in der Land- und Forstwirtschaft Bedacht zu nehmen.

Zu den §§ 17 und 18:

Die Berufsschule, die unterste Stufe der land- und forstwirtschaftlichen Ausbildung, soll die schulische Grundausbildung für die künftige Berufstätigkeit in der Land- und Forstwirtschaft beinhalten.

Mit den vorliegenden Regelungen der §§ 17 und 18 werden die Bestimmungen des § 2 Abs. 3 sowie des § 3 des Berufsschulgrundsatzgesetzes ausgeführt.

Die Gliederung in Fachrichtungen entspricht jenen der Ausbildungszweige nach der O. ö. Land- und forstwirtschaftlichen Berufsausbildungsordnung 1967, LGBl. Nr. 53.

Welche der aufgezählten Fachrichtungen unter Bedachtnahme auf § 71 Abs. 1 tatsächlich geführt werden können, wird sich nach den weiteren

Änderungen in der Agrarstruktur und der jeweiligen wirtschaftlichen Situation richten.

Im § 18 Abs. 1 des Entwurfs sind jene Pflichtgegenstände angeführt, die jedenfalls für alle Berufsschulen gleich sind, und darüber hinaus jene, die nur für die einzelnen Fachrichtungen — deren Art entsprechend bzw. diese bestimmend — vorzusehen sind. Gemäß lit. 1 besteht die Möglichkeit der Anpassung an die Verschiedenheiten in den einzelnen Produktionsgebieten des Landes.

Freigegegenstände sind im Lehrplan der Berufsschule nicht vorgesehen. Das gesamte Unterrichtsmaß (§ 18 Abs. 2) hat daher ausschließlich der Vermittlung einer entsprechenden Grundausbildung zu dienen.

Mit dem Anwachsen des fachlichen Bildungstoffes, dem innerhalb der vorgesehenen Pflichtgegenstände Rechnung getragen werden muß, erscheint im Rahmen der Berufsschule eine Berücksichtigung von Freigegegenständen im Lehrplan nicht möglich.

Zu den §§ 19 und 20:

Mit diesen Regelungen werden die Bestimmungen der §§ 2, 3 und 5 des Fachschulgrundsatzgesetzes ausgeführt.

Derzeit werden in Oberösterreich nur Fachschulen der Fachrichtungen „Landwirtschaft“ und „Ländliche Hauswirtschaft“ geführt.

In den letzten Jahren wurden neben den traditionellen „Winterschulen“ (zwei Winterhalbjahre mit je fünf Monaten Unterricht und einem Gesamtunterrichtsausmaß von 1500 Stunden) und „Hauswirtschaftsschulen“ (8monatig mit einem Gesamtunterrichtsausmaß von 1400 Stunden) zwei- bzw. dreijährige Fachschulen mit einem Gesamtunterrichtsausmaß von 2900 bzw. 3000 Stunden eingeführt, in denen das 9. Schuljahr der allgemeinen Schulpflicht erfüllt werden kann. Diese Fachschulen können daher bereits mit dem 14. Lebensjahr besucht werden, wobei im 1. Unterrichtsjahr 1500 Unterrichtsstunden gehalten werden. Bei den zweijährigen Fachschulen werden im 2. Unterrichtsjahr bei den Burschenschulen 1500 Unterrichtsstunden und bei den Mädchenschulen 1400 Unterrichtsstunden gehalten. Bei den dreijährigen Fachschulen werden im 2. und 3. Unterrichtsjahr in den Wintermonaten je 750 Unterrichtsstunden gehalten. Diese neuen Organisationsformen finden im hohen Maße die Zustimmung der bäuerlichen Bevölkerung.

In der **Anlage** ist eine Übersicht über die in Oberösterreich bisher eingeführten Schulmodelle beigeschlossen.

Die Errichtung einer „Ländlichen Haushaltungsschule“ im Sinne des § 19 Abs. 4 lit. c ist vorerst nicht geplant.

Zu § 21:

Diese Bestimmungen führen § 4 des Fachschulgrundsatzgesetzes näher aus, insbesondere im Hinblick auf die für die Aufnahme erforderli-

AB (zu PN 53)

chen schulischen Mindestvoraussetzungen für die einzelnen Fachschularten (Abs. 3) und die weiters nachzuweisende besondere Fachschuleignung (Abs. 4).

Gemäß Abs. 5 ist die Aufnahme in die Fachschule grundsätzlich von der möglichen Unterbringung im angeschlossenen Schülerheim abhängig. Dies ist einerseits für die lebens- und wirklichkeitsnahe Durchführung des Praxisunterrichtes in dem der Fachschule angeschlossenen Lehr- und Versuchsbetrieb von Bedeutung, andererseits für die Gemeinschaftsbildung und das soziale Lernen der Schüler wünschenswert. Aus der bisherigen Erfahrung kann ausgesagt werden, daß durch diese Lernsituation der Erziehungs- und Unterrichtserfolg günstig beeinflusst wird.

Zu den §§ 22 und 23:

Diese Bestimmungen regeln die Durchführung der Eignungsfeststellung für Aufnahmebewerber, die nicht den erforderlichen günstigen Schulerfolg erbringen. Die Eignungsfeststellung hat daher der möglichst objektiven Feststellung der Eignung des Aufnahmebewerbers für die betreffende Schulart zu dienen. Die Zahl der vorhandenen Plätze in den betreffenden Schulen darf auf keinen Fall relevant sein für das Ergebnis der Eignungsfeststellung. Dies ist ein Gebot der Gleichheit vor dem Gesetz und der pädagogischen Fairneß.

Zu § 24:

Damit wird § 7 des Fachschulgrundsatzgesetzes ausgeführt.

Zu den §§ 25 bis 70:

Mit der Aufnahme in eine Schule beginnen die besonderen Rechtsverhältnisse, die mit der Schülereigenschaft verbunden und im III. Hauptstück dieses Gesetzes geregelt sind.

Diese Bestimmungen orientieren sich größtenteils am Schulunterrichtsgesetz, BGBl. Nr. 139/1974, doch wurden sie den besonderen Erfordernissen der land- und forstwirtschaftlichen Fach- und Berufsschulen angepaßt bzw. abgeändert. Soweit keine wesentlichen Änderungen gegenüber dem Schulunterrichtsgesetz erfolgen, kann eine Erläuterung dieser Bestimmungen unterbleiben.

Zu § 36:

Die Festlegung einer bestimmten Frist, innerhalb der die Erziehungsberechtigten bzw. Lehrern zu verständigen sind, wenn ein Schüler auf Grund seiner bisherigen Leistungen im Jahreszeugnis voraussichtlich mit „Nicht genügend“ zu beurteilen sein wird, hat sich in der Praxis nicht bewährt und wird daher in den gegenständlichen Entwurf nicht aufgenommen.

Zu § 41:

Diese Bestimmungen folgen grundsätzlich dem § 25 des Schulunterrichtsgesetzes, doch wird im

Abs. 2 die Regelung über das Aufsteigen mit der Note „Nicht genügend“ hinsichtlich der lit. c in einer dem land- und forstwirtschaftlichen Schulwesen eher entsprechenden Form getroffen.

Zu § 43:

Hiemit werden die den land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen entsprechenden Regelungen des § 32 des Schulunterrichtsgesetzes übernommen.

Das Ausleseprinzip, das den Fachschulen zugrundeliegt, macht eine Beschränkung der Dauer des Schulbesuches erforderlich.

Zu § 64:

Im Abs. 2 werden jene Angelegenheiten bezeichnet, bei denen der nicht eigenberechtigte Schüler (Aufnahmebewerber) zum selbständigen Handeln befugt ist, sofern die Erziehungsberechtigten die Handlungsfähigkeit nicht durch Erklärung der Schule gegenüber einschränken. Diese Regelung wird abweichend von den diesbezüglichen Bestimmungen des § 68 des Schulunterrichtsgesetzes getroffen.

Zu § 65:

Die erforderliche rechtliche Erfassung der Schulpvorgänge läßt es notwendig erscheinen, auch über die Einordnung verschiedener Tätigkeiten der schulischen Organe Klarheit zu schaffen. Dabei schließt sich der Entwurf der Auffassung an, daß auch eine Reihe von Tätigkeiten in den Schulen als behördliche Tätigkeiten anzusprechen sind und für die in diesem Zusammenhang stattfindenden Verfahren die Grundsätze eines rechtsstaatlichen Verwaltungsverfahrens zu gelten haben. Eine Einbeziehung der Schulen in den Anwendungsbereich des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes — AVG. 1950 erscheint jedoch nicht zweckmäßig, weil die Voraussetzungen einer entsprechenden rechtlichen Vorbildung der zur Anwendung berufenen Organe (Lehrer, Schulleiter etc.) fehlt. Es soll demgegenüber eine möglichst einfache und doch den rechtlichen Erfordernissen Rechnung tragende Gestaltung der hierfür geltenden Vorschriften durch die Bestimmungen der §§ 65 bis 69 erreicht werden. Gemäß § 65 Abs. 2 und 3 haben die jeweils hierzu berufenen Organe für die taxativ angeführten Angelegenheiten nach Durchführung eines Verfahrens nach § 66 einen Bescheid zu erlassen.

Das im Zusammenhang mit § 65 Abs. 4 zu behandelnde Hauptproblem stellen jene Entscheidungen und Verfügungen dar, die auf der Beurteilung der Schülerleistungen beruhen und für die § 66 nicht anzuwenden ist. Der Entwurf geht davon aus, daß diese Entscheidungen und Verfügungen individuelle Verwaltungsakte (Bescheide) sind, hinsichtlich der eine Anfechtungsmöglichkeit im Sinne des § 67 Abs. 2 im Verwaltungsweg gegeben sein muß. Zu beachten ist,

daß — soweit es sich um Zeugnisse handelt — nicht die einzelnen Noten Verwaltungsakte darstellen, sondern die erwähnten im Zeugnis beurkundeten Entscheidungen. Die diesen Entscheidungen zugrunde liegenden Noten sind in verkürzter Form zum Ausdruck gebrachte Gutachten.

Erst ab dem Zeitpunkt, in dem die Landesregierung als Schulbehörde mit einer der in Rede stehenden Angelegenheiten (§ 65 Abs. 3 und 4) befaßt wird, richtet sich der Verfahrensgang nach dem AVG. 1950, wobei jedoch die im § 65 Abs. 1 angeführten Sonderregelungen zu beachten sind.

Zu § 66:

Abs. 1 dieser Entwurfsbestimmungen definiert in Anlehnung an § 8 AVG. 1950 den Parteienbegriff für Zwecke der Verfahren in den Angelegenheiten, die im § 65 Abs. 3 und 4 aufgezählt sind. In erster Linie kommen die Erziehungsberechtigten, in den Fällen des § 64 jedoch auch die Schüler (Aufnahmebewerber) selbst in Frage.

Der im Abs. 2 zum Ausdruck gebrachte Grundsatz, daß den Parteien Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Sachverhaltsfeststellungen zu geben ist, gilt nach der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes auch ohne eine gesetzliche Regelung allgemein, da er jedem rechtsstaatlichen behördlichen Verfahren immanent ist. Dennoch erscheint es zweckmäßig, ihn ausdrücklich gesetzlich zu bekräftigen.

Wenn in der vorliegenden Entwurfsbestimmung und in anderen Bestimmungen von „Bescheiden“ die Rede ist, ist darunter nicht nur ein Bescheid im Sinne des AVG. 1950 zu verstehen. Der Bescheidbegriff geht ja über den Anwendungsbereich des AVG. 1950 hinaus und umfaßt alle jene Akte, die die Kriterien eines Verwaltungsaktes im engeren Sinn erfüllen. Dies ist bei den in Rede stehenden Entscheidungen und Verfügungen schulischer Organe der Fall. Für die äußere Form dieser Bescheide gelten nicht die Bestimmungen des AVG. 1950, sondern jene des Abs. 3 der vorliegenden Entwurfsbestimmung.

Zu § 67:

Wie schon in den Erläuterungen zu § 65 ausgeführt wird, sind verschiedene Entscheidungen und Verfügungen, die von schulischen Organen getroffen werden, Verwaltungsakte im engeren Sinn und müssen daher nach den Grundsätzen der österreichischen Rechtsordnung einer Überprüfung im Instanzenzug unterliegen.

Ein praktisches Problem der Rechtsdurchsetzung im Zusammenhang mit Berufungen gegen die im Jahreszeugnis beurkundete Entscheidung, daß der Schüler zum Aufsteigen in die nächsthöhere Schulstufe nicht berechtigt ist, liegt darin, daß im Zeitpunkt des Einlangens einer Berufung bei der Schule in der Regel eine Behandlung wegen der bereits begonnenen Hauptferien nicht mehr möglich wäre. Eine Stellungnahme des Lehrers,

auf dessen Beurteilung sich die Entscheidung gründet, und die Entscheidung der Schulbehörde verzögerten sich daher voraussichtlich meist bis in den Herbst. Der betroffene Schüler bliebe bis dahin in Ungewißheit darüber, welches Schicksal seine Berufung erfährt. Um eine derartige vom Rechtsschutzstandpunkt aus gesehen äußerst bedenkliche Hinauszögerung des Berufungsverfahrens von vornherein zu vermeiden, sieht der Entwurf vor, daß die betroffenen Schüler ungefähr zwei Wochen (der jeweilige Zeitpunkt ergibt sich aus § 37 Abs. 6) vor Ende des Unterrichtsjahres von der Entscheidung über die Nichtberechtigung in Kenntnis zu setzen sind (§ 37 Abs. 6) und dagegen — binnen einer Woche ab Zustellung des Bescheides — Berufung zu erheben berechtigt sind (§ 67 Abs. 2). Durch die Bestimmung des § 69 Abs. 4, gemäß der die Schulbehörde binnen drei Wochen ab Einlangen der Berufung über diese zu entscheiden hat, ist gewährleistet, daß die Berufungsentscheidung bereits kurz nach Beginn der Hauptferien vorliegt.

Durch eine kommissionelle Prüfung im Sinne des Abs. 3 lit. c kann und soll nicht festgestellt werden, ob die der angefochtenen Entscheidung zugrunde liegende(n) Beurteilung(en) zum Zeitpunkt ihrer Schöpfung richtig oder unrichtig war(en). Dies könnte im Hinblick auf die inzwischen verstrichene Zeit und die dadurch bewirkte Änderung des Wissensstandes und der Leistungssituation des Schülers nicht festgestellt werden. Dem Schüler soll vielmehr in jenen Fällen, in denen sich aus den der Schulbehörde vorliegenden Unterlagen Zweifel an der Richtigkeit der Note „Nicht genügend“ ergeben, eine zusätzliche „Chance“ eingeräumt werden.

Zu § 68:

Gemäß Abs. 1 sind die angeführten schriftlichen Ausfertigungen grundsätzlich den Parteien nachweislich zuzustellen.

Abs. 2 erster Satz der vorliegenden Entwurfsbestimmung nimmt jedoch darauf Bedacht, daß gemäß § 64 nichteigenberechtigten Schülern (Aufnahmebewerbern) die Befugnis zum selbständigen Handeln in den in den lit. a bis f der zitierten Bestimmung angeführten Angelegenheiten zusteht. Gemäß Abs. 2 zweiter Satz sollen die Erziehungsberechtigten jedoch auch in diesen Fällen die Möglichkeit haben, die Zustellung von Schriftstücken der Schule nach Abs. 1, d. h. an sie selbst, zu verlangen.

Zu § 69:

Diese Bestimmung enthält die Regelung der Entscheidungspflicht der schulischen Organe und der Schulbehörde. Sie soll einen wirksamen Schutz gegen die Säumnis der genannten Organe und Behörden sowie dagegen schaffen, daß dem Schüler mitunter bedeutende Nachteile entstehen.

Abweichend von § 73 AVG. 1950, der eine Frist von längstens sechs Monaten normiert, sehen die Abs. 1, 3 und 4 der vorliegenden Bestimmung im

Interesse einer möglichst Beschleunigung der Verfahren wesentlich kürzere Fristen für die Entscheidungspflicht vor. Sofern die Frist des Abs. 1 nicht eingehalten wird, devolviert die Zuständigkeit auf Antrag der Partei an die Schulbehörde als sachlich in Betracht kommende Oberbehörde.

Für die Fristbestimmung des Abs. 4 ist der Gedanke maßgebend, die für den Schüler in aller Regel weitreichende Erledigung über die Berufung noch zum Beginn bzw. im Anfangsstadium der Hauptferien zu gewährleisten (vgl. die Erläuterungen zu § 67).

Zu den §§ 71 bis 73:

Im § 71 Abs. 1 und 2 wird festgelegt, unter welchen Voraussetzungen Berufs- und Fachschulen zu errichten sind, wobei in erster Linie der Bedarf für das Land Oberösterreich maßgebend ist. Die Errichtung zusätzlicher Berufs- und Fachschulen soll im Hinblick auf Ländervereinbarungen im Sinne des § 9 Abs. 6 möglich sein. Dabei wird es sich voraussichtlich um Schulen bestimmter Fachrichtungen (z. B. Obstbau, Gartenbau) handeln, die auf Dauer die erforderliche Mindestschülerzahl nur dann erwarten lassen, wenn regelmäßig auch Schüler aus einem anderen Bundesland aufgenommen werden. Die Festsetzung lokaler Schulsprengel durch Verordnung als rechtlich umschriebenes Einzugsgebiet jeder Berufsschule wird nicht vorgesehen. Die jährlich neu zu treffende Sprengelteilung würde die Schulverwaltung, insbesondere im Hinblick auf die subsidiäre land- und forstwirtschaftliche Schulpflicht und die daraus resultierenden Unsicherheitsfaktoren hinsichtlich der Schülerzahlen, vor nahezu unlösbare Probleme stellen. Der Schulpflichtige soll daher von der Schulbehörde gemäß § 9 einer bestimmten Berufsschule zur Erfüllung der Berufsschulpflicht zugewiesen werden.

Die Bestimmungen des § 71 Abs. 3 und 4 regeln die Auflassung und Stilllegung von Schulen. Durch das Bestehen von land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen wird Personal- und Sachaufwand verursacht. Es muß daher ein wirtschaftliches Gebot sein, eine Schule aufzulassen, wenn der Bedarf nicht mehr gegeben ist oder der zu erwartende Erfolg in keinem vertretbaren Verhältnis zu den Aufwendungen steht. Hiebei soll ein vorübergehendes Absinken der Schülerzahl nur dann zu einer Stilllegung der Schule führen, wenn die Unterbringung der verbleibenden Schüler an einer anderen Schule möglich ist.

Die Akte der Errichtung, Auflassung oder Stilllegung von Berufs- und Fachschulen erfordern im Vollzugsbereich jeweils einen nach außen in Erscheinung tretenden hoheitlichen Akt des hiezu berufenen Organes. Hiefür wird als rechtstechnisches Mittel jeweils eine Verordnung der Schulbehörde vorgesehen.

Durch die Vorschriften der §§ 72 und 73 wird das Land als gesetzlicher Schulerhalter für öffent-

liche Berufs- und Fachschulen bestimmt und gleichzeitig Beginn und Ende sowie Umfang der Erhaltungsverpflichtung festgelegt. Die alleinige Tragung der damit verbundenen Kosten durch das Land entspricht der bisherigen Rechtslage bei den landwirtschaftlichen Fachschulen.

Im § 72 Abs. 4 wird im Hinblick auf die wachsende Bedeutung einer sportlichen Betätigung der Schüler für deren Gesundheit und Leistungsfreude die Errichtung von Sportanlagen vorgeesehen.

Zu § 74:

Im oberösterreichischen landwirtschaftlichen Fachschulwesen war bisher keine dem allgemeinen Schulwesen vergleichbare Schulverwaltung bzw. Schulbehördenorganisation eingerichtet. Auf Grund der neuen Kompetenzlage wird die Landesregierung als Schulbehörde im Sinne dieses Gesetzes bestimmt.

Im Zusammenhang mit Abs. 2 wird klargestellt, daß jedoch auch andere Organe als die Schulbehörde bestimmte behördliche Aufgaben in Vollziehung dieses Gesetzes zu erfüllen haben: einerseits die Organe der Schule (§ 65 Abs. 2), andererseits die Bezirksverwaltungsbehörden (§ 8 Abs. 3 und 4; § 95).

Die Schulbehörde hat auch die Schulaufsicht auszuüben. Sie hat sich dabei hinsichtlich der pädagogischen Belange der Schulaufsichtsbeamten (Schulinspektoren) zu bedienen.

Zu § 75:

Mit den vorliegenden Bestimmungen wird erstmals für das land- und forstwirtschaftliche Berufs- und Fachschulwesen die Schulaufsicht gesetzlich geregelt.

Die Schulaufsichtsorgane sollen nur aus dem Kreise der land- und forstwirtschaftlichen Landeslehrer bestellt werden können. Damit ist gewährleistet, daß die in Betracht kommenden Personen die für ihre Tätigkeit jedenfalls erforderlichen Voraussetzungen, und zwar einschlägige fachliche und pädagogische Vorbildung sowie langjährige Berufspraxis, erfüllen.

Zu den §§ 76 bis 81:

Hiemit werden die §§ 1 bis 4 des Schulbeirätegrundsatzgesetzes ausgeführt und die Organisation sowie die Aufgaben des beim Amt der Landesregierung einzurichtenden Land- und forstwirtschaftlichen Schulbeirates im einzelnen festgelegt.

Die Zusammensetzung des Schulbeirates (§ 77) entspricht dem § 3 des Grundsatzgesetzes. Die im § 77 Abs. 3 vorgesehene Beiziehung weiterer beratender Mitglieder ist eine sachlich notwendige Regelung im grundsatzfreien Raum.

Dadurch kann einerseits eingehende, unmittelbare Beratung im Sinne der eingeräumten Mitwirkungsrechte an der Schulverwaltung gewährleistet, andererseits die Gefahr einer Schwerfälligkeit des Beirates möglichst verringert werden.

Die Regelungen des § 78 und des § 79 Abs. 2 dienen neben der Bestimmung über die Dauer der Funktionsperiode der kontinuierlichen Aktionsfähigkeit des Schulbeirates.

Im § 79 Abs. 1 werden die Gründe für das Erlöschen der Mitgliedschaft geregelt. Der Verzicht auf die Mitgliedschaft ist schriftlich zu erklären, um allfällige Zweifel, die einer mündlichen Erklärung anhaften könnten, auszuschließen.

Der Verlust des Wahlrechtes richtet sich nach den Bestimmungen der O. ö. Landtagswahlordnung 1961, LGBl. Nr. 26, derzeit in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 30/1971.

Gemäß § 80 ist die Tätigkeit eines Mitgliedes des Landwirtschaftlichen Schulbeirates ein Ehrenamt. Es ist lediglich eine allfällige Reisekostenvergütung vorgesehen.

Im § 81 sind die grundsätzlichen Bestimmungen über die Geschäftsführung festgelegt; sie bedürfen der näheren Ausführung durch eine vom Schulbeirat zu beschließende Geschäftsordnung.

Den Aufwand für den Schulbeirat hat das Land zu tragen.

Zu den §§ 82 bis 94:

Die vorliegenden Bestimmungen regeln die Angelegenheiten der privaten land- und forstwirtschaftlichen Schulen einschließlich der Schülerheime im Sinne des § 1.

Auf Grund der neuen Kompetenzlage kann damit der bisherige, rechtlich unbefriedigende Zustand überwunden werden, wonach mangels entsprechender gesetzlicher Bestimmungen für den Bereich des privaten land- und forstwirtschaftlichen Schulwesens das provisorische Gesetz über den Privatunterricht vom 26. Juni 1850, RGBL. Nr. 309, analog angewendet wurde.

Allgemein ist festzustellen, daß die nunmehrigen Regelungen in Anlehnung an jene des Privatschulgesetzes, BGBl. Nr. 244/1962, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 290/1972 konzipiert wurden.

Zu § 82:

Der Entwurf baut auf der vom Verfassungsgerichtshof entwickelten Begriffsbestimmung der Schule im Sinne des Art. 14 B-VG. 1929 auf. Es versteht sich von selbst, daß diese Definition nicht jeden Zweifel ausschließen kann. Jedemfalls werden aber alle jene Einrichtungen, die sich lediglich auf die Vermittlung bestimmter Kenntnisse und Fertigkeiten beschränken, von der Anwendung der vorliegenden Bestimmungen ausgeschlossen. Dazu gehören insbesondere Einrichtungen zur Vermittlung von Fertigkeiten, die zur Weiterbildung im Beruf benötigt werden, aber auch Reitschulen, Fahrschulen und andere, soweit sie nicht neben der Vermittlung dieser Kenntnisse und Fertigkeiten ein erzieherisches Ziel im Sinne des § 82 Abs. 2 anstreben (vgl. z. B. VfSlg 2034/1950, 4290/1962, 5853/1968 und 6407/1971).

In gleicher Weise fallen nicht unter die im § 82 gegebene Begriffsbestimmung jene Einrichtungen, bei denen die Merkmale einer Mehrzahl von Schülern und eines festen Lehrplanes fehlen. Dazu gehört insbesondere der häusliche Unterricht, der gemäß Art. 17 Abs. 3 des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger vom 21. Dezember 1867, RGBL. Nr. 142, keiner Beschränkung unterliegt. Ferner fallen nicht unter diesen Begriff die sogenannten Fernlehrinstitute, bei denen das Merkmal eines gemeinsamen Unterrichtes, d. h. die gleichzeitige Anwesenheit von Lehrern und Schülern, nicht gegeben ist.

Zu § 83:

Eine Auswahl der Schüler nach dem Bekenntnis oder nach der Sprache oder die Geschlechtertrennung sind gemäß Abs. 2 zulässig

- a) an allen von den gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgesellschaften und den nach deren Recht bestehenden Einrichtungen sowie
- b) an allen von juristischen Personen des privaten Rechts (z. B. Vereinen) und von Einzelpersonen erhaltenen Schulen.

Grundsätzlich verschieden von der Aufnahme in eine öffentliche Schule ist die im Abs. 4 geregelte Aufnahme in eine Privatschule. An dieser erfolgt die Aufnahme nicht durch Verwaltungsakt, sondern in Form eines nach privatrechtlichen Grundsätzen zu beurteilenden Vertrages, und zwar auch dann, wenn es sich um eine Privatschule mit Öffentlichkeitsrecht handelt (siehe § 92 Abs. 2).

Zu § 84:

Die vorliegende Bestimmung beschränkt sich im Hinblick auf die Tatsache, daß die Führung von Privatschulen ein verfassungsrechtlich gewährleistetetes Recht (Grundrecht) ist, auf wenige wesentliche Punkte. Während gemäß Art. 17 des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger österreichische Staatsbürger (inländische juristische Personen) einen verfassungsgesetzlich geschützten Anspruch auf Genehmigung bzw. Nichtuntersagung der Errichtung einer Privatschule haben, wenn sie die Erfordernisse erfüllen, kommt ausländischen Staatsbürgern ein derartiges verfassungsgesetzlich gewährleistetetes Recht nicht zu. Durch § 84 Abs. 2 des vorliegenden Entwurfs wird im Sinne einer möglichen Gleichbehandlung von österreichischen Staatsbürgern und Ausländern, wie sie durch die fortschreitende Integration naheliegt, auch ausländischen Staatsbürgern ein Rechtsanspruch, allerdings nur auf Grund eines einfachen Gesetzes, eingeräumt. Dabei wird zum Unterschied von österreichischen Staatsbürgern jedoch die Prüfung des Bedarfs nach einer solchen Privatschule vorgesehen, was zum Schutz des österreichischen Schulwesens zweckmäßig erscheint.

Zu § 85:

Diese Bestimmung enthält die als Voraussetzung für die Verwendung als Leiter oder Lehrer vorgesehenen Bedingungen.

Zu § 86:

Die Aufstellung gewisser Minimalerfordernisse hinsichtlich der baulichen und einrichtungsmäßigen Gestaltung einer Schule erscheint im Interesse der Schüler notwendig.

Zu § 87:

Der Schulbehörde kommt auf Grund dieser Bestimmung lediglich ein Untersagungsrecht zu, das dem Vereinsrecht nachgebildet ist. Dies findet seine Begründung darin, daß es sich bei dem Recht zur Errichtung von Privatschulen ebenso wie bei dem Recht, Vereine zu bilden, um verfassungsgesetzlich gewährleistete Rechte der Staatsbürger handelt und eine Genehmigungspflicht zwar nicht verfassungswidrig, aber doch systemwidrig wäre.

Zu § 88:

Diese Bestimmung regelt in ihrem Abs. 1 jene Umstände, die zu einem automatischen Erlöschen des Rechtes zur Führung einer Schule führen, und in ihren Abs. 3 und 4 jene Umstände, bei deren Vorliegen die Schulbehörden zur Untersagung der Schulführung verpflichtet sind.

Während die Feststellung des Erlöschens des Rechtes zur Schulführung durch die Schulbehörde in den erstgenannten Fällen lediglich deklarativen Charakter hat, ist der Entzug des Rechtes zur Schulführung gemäß § 88 Abs. 3 oder 4 ein konstitutiver Akt.

Wie aus Abs. 2 hervorgeht, geht der Entwurf von der Auffassung aus, daß das Recht zur Führung einer Schule ein nicht übertragbares persönliches Grundrecht ist. Daher sieht der Entwurf vor, daß sowohl bei der Überlassung des Schulvermögens an eine andere Person unter gleichzeitiger Aufgabe der Schulerhalterschaft als auch im Falle des Überganges des Schulvermögens auf eine andere Person nach dem Tode des Schulerhalters das Recht zur Schulführung erlischt. Dies findet seine Begründung darin, daß der Schulerhalter in seiner Person verschiedene Voraussetzungen erbringen muß und das Recht der Schulführung selbst nur in beschränktem Maß mit den materiellen Voraussetzungen der Schulführung im Zusammenhang steht. Für den Rechtsnachfolger eines Schulerhalters enthält diese Regelung schon deshalb keine Nachteile, weil jedermann bei Erfüllung der entsprechenden Voraussetzungen einen Anspruch darauf hat, eine Schule errichten zu können.

Zu § 89:

Diese Bestimmung enthält eine Regelung über die Bezeichnung von Privatschulen, durch die eine Irreführung der Öffentlichkeit durch den Anschein eines Öffentlichkeitsrechtes oder des Rechtes zur Führung einer gesetzlich geregelten Schulartbezeichnung verhindert werden soll.

Zu § 90:

Hier wird die Führung privater Schülerheime geregelt. Damit die Errichtung der Schulbehörde bekannt wird, ist eine Anzeigepflicht vorgesehen.

Im übrigen geht der Gesetzentwurf davon aus, daß eine behördliche Aufsicht bei der Errichtung und Führung von Schülerheimen in geringerem Maße notwendig erscheint, als dies bei der Errichtung und Führung von Schulen der Fall ist. Aus diesem Grunde sieht Abs. 2 lediglich repräsentative Maßnahmen vor, falls Mißstände auftreten.

Zu den §§ 91 und 92:

Mit diesen Bestimmungen werden § 6 des Berufsschulgrundsatzgesetzes und § 8 des Fachschulgrundsatzgesetzes ausgeführt. § 91 enthält die Erfordernisse für die Verleihung des Öffentlichkeitsrechtes.

Zu Abs. 1 ist zu bemerken, daß durch diese Bestimmung gewährleistet sein soll, daß als Voraussetzung für die Verleihung des Öffentlichkeitsrechtes hinsichtlich des Unterrichtserfolges an Privatschulen weder höhere noch geringere Anforderungen gestellt werden, als sie bei den öffentlichen Schulen gleicher Art gegeben sind. Dies wird insbesondere dann zu berücksichtigen sein, wenn es sich um Schulen einer Schulart handelt, die etwa auf Grund des vorliegenden Gesetzentwurfs neu eingerichtet werden und mit gewissen Anfangsschwierigkeiten zu rechnen haben.

Abs. 2 sieht vor, daß vor dem lehrplanmäßig vollen Ausbau der Privatschule das Öffentlichkeitsrecht jeweils nur auf ein Schuljahr verliehen werden kann.

Die Bestimmung des § 92 enthält die gesetzliche Umschreibung der mit dem Öffentlichkeitsrecht verbundenen Rechte und Pflichten. Zu Abs. 1 lit. d ist zu bemerken, daß dadurch Privatschulen mit Öffentlichkeitsrecht weitgehend den gleichen schulrechtlichen Vorschriften unterworfen werden, wie dies bei gleichwertigen öffentlichen Schulen der Fall ist.

Im Abs. 2 werden für Privatschulen mit Öffentlichkeitsrecht Sonderregelungen hinsichtlich des Aufnahmevertrages getroffen. Dem das Privatrecht beherrschenden Grundsatz der Vertragsfreiheit entsprechend hat der Privatschulerhalter eine weitgehende Freiheit bei der Auswahl der Aufnahmebewerber bzw. bei der Gestaltung des Aufnahmevertrages. Unzulässig ist allerdings eine Auswahl unter Zugrundelegung diskriminierender Gesichtspunkte (siehe § 83 Abs. 1 bis 3). Darüber hinaus wird der Privatschulerhalter in jedem Fall darauf zu achten haben, daß der Aufnahmebewerber die schulrechtlichen Aufnahmeveraussetzungen (§ 25 Abs. 1 des Gesetzentwurfs) erfüllt, da ihr Nichtvorliegen die (rückwirkende) Rechtsunwirksamkeit des Aufnahmevertrages nach sich zieht. Durch diese Unwirksamkeitsdrohung soll der Schüler vor einer wi-

Anlage
zu den Erläuterungen zu
§§ 19 und 20

Bildungswege in der Landwirtschaft
für Mädchen

Alter	Berufsschule	Fachschule 1-jährig	Fachschule 2-jährig
14 - 15	Polytechnischer Lehrgang		1. Jahrgang der landw. Fachschule für Mädchen 9.9. - 6.7. 1500 U-Std.
15 - 16	1. Jahrgang der Berufsschule (BS) 7 - 8 Wochen (internatsmäßig) 300 Unterrichtsstunden		2. Jahrgang der landw. Fachschule für Mädchen 20. 9. - 31. Mai 1400 U-Std.
16 - 17	2. Jahrgang der Berufsschule 5 - 6 Wochen (internatsmäßig) 200 U-Std.	Fachschule 20.9. - 31.5. 8 Monate 1400 U-Std.	
17 - 18	3. Jahrgang Berufsschule 2 - 3 Wochen 100 U-Std.		
18 - 19	G e h i l f e n p r ü f u n g P r a x i s		
19 - 20	P r a x i s		
20 - 21	P r a x i s		
21 - 22	P r a x i s		
	Meisterprüfung		
U-Stunden	600	1700	2900

Bildungswege in der Landwirtschaft
für Burschen

Alter	Berufsschule	Winterschule	2-jährige Fachschule (ganzjährig)	3-jährige Fachschule
14 - 15	Polytechnischer Lehrgang		1. Jg. Fachschule 9.9. - 6.7. 1500 U-Std. 10 Monate	1. Jg. Fachschule 9.9. - 6.7. 10 Monate 1500 U-Std.
15 - 16	1. Jahrgang Berufsschule (BS) 7 - 8 Wochen (internatsmäßig) 300 Unterrichtsstunden		2. Jg. Fachschule 9.9. - 6.7. 1500 U-Std. 10 Monate	2. Jg. Fachschule 26.10. - 31.3. 5 Monate 750 U-Std.
16 - 17	2. Jg. BS 5-6 Wochen (internatsm.) 200 U-Std.	1. Jg. Fachschule 26.10. - 31.3. 5 Monate 750 U-Std.		3. Jg. Fachschule 26.10. - 31.3. 5 Monate 750 U-Std.
17 - 18	3. Jg. BS 2-3 Wochen (Viehhaltung- u. Melkerschule od. Landtechnische Schule) 100 U-Std.)	2. Jg. Fachschule 26.10. - 31.3. 5 Monate 750 U-Std.		Praxis
18 - 19	Gehilfenprüfung Praxis			
19 - 20	Praxis			
20 - 21	Praxis			
21 - 22	Praxis			
	Meisterprüfung			
U-Stunden	600	1800	3000	3000

derrechtlichen Aufnahme, die später nachteilige Auswirkungen nach sich ziehen kann (z. B. Nichtanerkennung von Prüfungen u. dgl.), geschützt werden.

Außerdem soll dadurch verhindert werden, daß Schüler wegen Nichterfüllung der Aufnahmevoraussetzungen von öffentlichen Schulen in Privatschulen auszuweichen versuchen. Für die Beurteilung ist der Zeitpunkt der Aufnahme maßgebend; später auftretende Mängel haben keine Auswirkung.

Zu § 93:

In gleicher Weise, wie im § 91 die Voraussetzungen taxativ aufgezählt sind, bei deren Vorliegen das Öffentlichkeitsrecht verliehen werden muß, nennt § 93 die Umstände, bei deren Vorliegen das Öffentlichkeitsrecht zu entziehen ist. Zum Schutz der Schüler, die eine derartige Schule besuchen, wird vorgesehen, daß der Entzug bzw. die Nichtweiterverleihung des Öffentlichkeitsrechtes erst erfolgt, wenn eine Frist zur Behebung der Mängel ungenützt verstreicht.

Die Bestimmung des Abs. 2 zweiter Satz ermöglicht, daß bei Auflassung einer Schule mit Öffentlichkeitsrecht auch noch nach Jahren auf Grund der Amtsschriften und Kataloge Bestätigungen über den Schulbesuch ausgestellt werden können.

Zu § 94:

Hiemit werden die Behördenzuständigkeit für die Aufsicht über die Privatschulen sowie Art und Umfang dieser Aufsicht geregelt.

Soweit es sich um Privatschulen handelt, denen das Öffentlichkeitsrecht verliehen worden ist, unterscheidet sich die Aufsicht nicht von jener, die hinsichtlich der öffentlichen Schulen ausgeübt wird. Sie umfaßt daher sowohl eine Rechtsaufsicht (hinsichtlich der Einhaltung der Privatschulbestimmungen, insbesondere der im § 92 Abs. 1 lit. d zitierten Vorschriften) als auch eine Fachaufsicht (in pädagogischer und unterrichtlicher Hinsicht).

Zu § 95:

Nach dieser Bestimmung sind verschiedene Verstöße gegen die Schulpflicht- und Privatschulvorschriften als Verwaltungsübertretung zu ahnden.

Zu § 96:

Hiemit werden die erforderlichen Übergangsbe-

stimmungen getroffen. Durch Abs. 3 sollen erworbene Rechte geschützt werden, doch finden auf die weitere Führung der bereits errichteten Privatschulen die Bestimmungen des vorliegenden Gesetzentwurfs Anwendung.

Zu § 97:

Schulversuche werden zur versuchsweisen Abweichung von den Bestimmungen des vorliegenden Gesetzentwurfs notwendig sein, um für die Fortentwicklung des land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulwesens Erfahrungen sammeln zu können.

Zu § 98:

Die vorliegende Entwurfsbestimmung soll gewährleisten, daß die Kundmachung dieser Verordnungen auf eine Weise erfolgt, die dem Zweck der Kundmachung, nämlich der Information des betroffenen Personenkreises, in diesen Fällen besser entspricht als die Kundmachung in dem ansonsten dafür bestimmten Publikationsorgan.

Zu § 99:

Hiedurch sollen die notwendigen Bestimmungen über die Befreiung von der Entrichtung von Landesverwaltungsabgaben geschaffen werden.

Zu § 100:

Sofern eine Gemeinde eine Privatschule führt oder zu führen beabsichtigt, wird sie hiebei im Bereich der Privatrechtsverwaltung tätig. Es handelt sich daher um Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereichs der Gemeinde.

Zu § 101:

Der vorliegende Gesetzentwurf soll mit Beginn des Schuljahres 1976/77 in Kraft treten.

Der Ausschuß für Schulen, Kultur und Sport beantragt, der Hohe Landtag möge das beigefügte Gesetz über das land- und forstwirtschaftliche Berufs- und Fachschulwesen (O. ö. Land- und forstwirtschaftliches Schulgesetz) beschließen.

Linz, am 9. Juni 1976

Buchinger
Obmann

Pernkopf
Berichterstatter

Gesetz

vom

über das land- und forstwirtschaftliche Berufs- und Fachschulwesen (O. ö. Land- und forstwirtschaftliches Schulgesetz)

Der o. ö. Landtag hat beschlossen:

I. HAUPTSTUCK**Allgemeine Bestimmungen****1. Abschnitt****Abgrenzungen****§ 1****Geltungsbereich**

Dieses Gesetz gilt für die land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen sowie für Schülerheime, die ausschließlich oder vorwiegend für Schüler dieser Schulen bestimmt sind, mit Ausnahme der folgenden:

- a) Fachschulen für die Ausbildung von Forstpersonal;
- b) öffentliche land- und forstwirtschaftliche Fachschulen, die zur Gewährleistung von lehrplanmäßig vorgesehenen Übungen mit einer öffentlichen höheren land- und forstwirtschaftlichen Lehranstalt, einer öffentlichen Anstalt für die *Ausbildung und Fortbildung der Lehrer an land- und forstwirtschaftlichen Schulen*, einer öffentlichen Fachschule für die Ausbildung von Forstpersonal oder mit einer land- und forstwirtschaftlichen Versuchsanstalt des Bundes organisatorisch verbunden sind;
- c) Schülerheime, die ausschließlich oder vorwiegend für Schüler der unter lit. a und b genannten Schulen bestimmt sind.

§ 2**Gliederung der land- und forstwirtschaftlichen Schulen**

(1) Die land- und forstwirtschaftlichen Schulen gliedern sich nach der Bildungsaufgabe in die Schularten Berufsschule und Fachschule und nach dem Schulerhalter in öffentliche und private Schulen.

(2) Die land- und forstwirtschaftlichen Schulen führen, sofern sie nicht gemäß § 19 Abs. 5 zu bezeichnen sind, entweder die Bezeichnung „Landwirtschaftliche Berufsschule“ bzw. „Landwirtschaftliche Fachschule“ oder die Bezeichnung „Berufsschule“ bzw. „Fachschule“ verbunden mit einer Angabe der Fachrichtung; sie werden im folgenden kurz „Berufsschule“ bzw. „Fachschule“ genannt.

(3) Die Berufsschule ist eine Pflichtschule. Sie hat folgende Aufgabe:

- a) den Schülern die schulische Grundausbildung für eine Berufstätigkeit in der Land- und Forstwirtschaft zu vermitteln,
- b) die Schüler zu demokratischen, heimat- und berufsverbundenen, sittlich und religiös gefestigten und sozial denkenden Staatsbürgern heranzubilden und
- c) die Allgemeinbildung der Schüler entsprechend ihrer künftigen Berufstätigkeit zu erweitern und zu vertiefen sowie insbesondere auch die Grundlage für die spätere fachliche Weiterbildung des Schülers zu schaffen.

(4) Die Fachschule ist eine mittlere Schule. Sie hat folgende Aufgabe:

- a) die Schüler auf die selbständige Führung eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes oder Haushaltes und auf die Ausübung einer sonstigen verantwortlichen Tätigkeit in der Land- und Forstwirtschaft oder in einem ihrer Sondergebiete durch Vermittlung von Fachkenntnissen und Fertigkeiten vorzubereiten,
- b) die Schüler zu demokratischen, heimatverbundenen, sittlich und religiös gefestigten und sozial denkenden Staatsbürgern heranzubilden und
- c) die Allgemeinbildung der Schüler zu erweitern und zu vertiefen.

(5) Land- und forstwirtschaftliche Schulen, die vom Land errichtet und erhalten werden, sind öffentliche, andere sind private Schulen. Dies gilt sinngemäß auch für Schülerheime.

§ 3

Errichtung und Erhaltung der Schulen

(1) Eine öffentliche Schule wird durch Verordnung der Schulbehörde, eine private durch die Anzeige der beabsichtigten Führung an die Schulbehörde errichtet. Unter Errichtung ist die Gründung der Schule und die Festsetzung ihrer örtlichen Lage zu verstehen. In der Verordnung sind ferner die Schulart (§ 2 Abs. 1), die Fachrichtung, die Organisationsform und die Zahl der Schulstufen (§§ 17 und 19) zu bezeichnen.

(2) Die Erhaltung einer Schule umfaßt:

- a) die Bereitstellung und Instandhaltung des Schulgebäudes und der übrigen Schulliegenschaften, deren Reinigung, Beleuchtung und Beheizung, die Anschaffung und Instandhaltung der Einrichtung und Lehrmittel, die Deckung des sonstigen Sachaufwandes;
- b) die Beistellung des Schulleiters, der Lehrer, des schulärztlichen Dienstes sowie des zur Durchführung von Verwaltungsarbeiten und zur Betreuung des Schulgebäudes und der übrigen Schulliegenschaften allenfalls erforderlichen sonstigen Personals.

(3) Auf die Errichtung und Erhaltung eines Schülerheimes sind die Bestimmungen über die Errich-

tung und Erhaltung einer Berufs- oder Fachschule sinngemäß mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Erhaltung auch die Beistellung der Erzieher umfaßt.

2. Abschnitt

Schulpflicht

§ 4

Schulpflichtige Personen

(1) Land- und forstwirtschaftliche Lehrlinge haben die Berufsschule während des Lehrverhältnisses zu besuchen, soweit sie diese Schulpflicht nicht bereits vor Beginn des Lehrverhältnisses erfüllt haben.

(2) Zum Besuch der Berufsschule sind auch die überwiegend in der Land- und Forstwirtschaft einschließlich ihrer Sondergebiete tätigen Jugendlichen beiderlei Geschlechts verpflichtet, wenn sie keine andere Schule mindestens gleicher Schuldauer besuchen oder nicht in einer anderen Berufsausbildung stehen. Eine überwiegende Tätigkeit in der Land- und Forstwirtschaft liegt dann vor, wenn der Jugendliche den Hauptteil seiner Arbeitskraft der Land- und Forstwirtschaft zur Verfügung stellt. Die Berufsschulpflicht beginnt für solche Jugendliche unmittelbar nach Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht und endet mit dem erfolgreichen Abschluß der Berufsschule, spätestens aber mit der Vollendung des 18. Lebensjahres.

§ 5

Erfüllung der Schulpflicht

(1) Land- und forstwirtschaftliche Lehrlinge haben die dem Lehrverhältnis entsprechenden Fachrichtungen der Berufsschule zu besuchen. Berufsschulpflichtige, die in keinem Lehrverhältnis stehen, haben die Berufsschule jener Fachrichtung zu besuchen, die ihrer Arbeitstätigkeit am ehesten entspricht. Im Zweifel entscheidet die Schulbehörde.

(2) Besteht eine Berufsschule mit der Fachrichtung des Ausbildungszweiges nicht oder hat der Berufsschulpflichtige keine Möglichkeit, eine Berufsschule einschlägiger Fachrichtung zu besuchen, so hat er seiner Schulpflicht in einer Berufsschule mit der Fachrichtung Landwirtschaft oder Ländliche Hauswirtschaft nachzukommen.

(3) Die Berufsschulpflicht kann auch durch den Besuch einer Fachschule der gleichen Fachrichtung erfüllt werden, und zwar

- a) durch den Besuch einer Fachschule im Sinne des § 19 Abs. 4 lit. b oder
- b) durch den Besuch der ersten und zweiten Schulstufe einer Fachschule im Sinne des § 19 Abs. 4 lit. d.

(4) Die Schulbehörde kann aus organisatorischen Gründen oder zur Gewährleistung einer entsprechenden schulischen Ausbildung (Abs. 1) anordnen, daß die Berufsschulpflichtigen ihrer Schulpflicht im Sinne des Abs. 3 lit. a nachzukommen haben.

(5) Die in der Berufsschule (Fachschule) eines an-

deren Bundeslandes zurückgelegte Schulzeit ist unter Bedachtnahme auf die Bestimmungen der Abs. 1 bis 4 für die Erfüllung der Berufsschulpflicht anzurechnen.

(6) Die Berufsschulpflicht kann auch durch den Besuch einer nicht mit dem Öffentlichkeitsrecht ausgestatteten Berufsschule (Fachschule) erfüllt werden, doch ist in diesem Falle der zureichende Erfolg des Unterrichtes durch eine Prüfung über den Jahreslehrstoff am Ende eines jeden Schuljahres an einer öffentlichen Berufsschule nachzuweisen. Wird ein solcher Nachweis nicht erbracht, so hat die Schulbehörde anzuordnen, daß der Berufsschulpflichtige fernerhin eine öffentliche oder mit dem Öffentlichkeitsrecht ausgestattete Berufsschule zu besuchen hat.

(7) Die für die Erfüllung der Schulpflicht Verantwortlichen (§ 7 Abs. 1) haben den Klassenvorstand oder den Schulleiter von jeder Verhinderung des Schülers ohne Aufschub mündlich oder schriftlich unter Angabe des Grundes zu benachrichtigen. Bei einer länger als eine Woche dauernden Erkrankung kann der Schulleiter die Vorlage eines ärztlichen Zeugnisses verlangen.

§ 6

Befreiung vom Besuch der Berufsschule

(1) Die Schulbehörde hat von Amts wegen oder über Ansuchen des für die Erfüllung der Schulpflicht Verantwortlichen physisch oder psychisch behinderte Jugendliche, denen der Schulbesuch nicht zumutbar ist, von der Schulpflicht ganz oder teilweise zu befreien. Außerdem können Berufsschulpflichtige von der Schulbehörde von Amts wegen oder über Ansuchen des für die Erfüllung der Schulpflicht Verantwortlichen, eigenberechtigte Berufsschulpflichtige auf eigenes Ansuchen, aus gesundheitlichen, wirtschaftlichen, sozialen oder sonstigen in ihrer Person liegenden Gründen vom Besuch der Berufsschule ganz oder teilweise, mit oder ohne Verpflichtung zur Ablegung von Prüfungen befreit werden.

(2) Die Befreiung ist zu widerrufen, wenn die Voraussetzungen hierfür nicht mehr gegeben sind.

(3) Die Schulbehörde hat die Gemeinde, in deren Schulpflichtmatrik der Berufsschulpflichtige geführt wird, von der Befreiung bzw. deren Widerruf zu verständigen.

§ 7

Verantwortlichkeit für die Erfüllung der Schulpflicht

(1) Die Erziehungsberechtigten (§ 59) haben für die Erfüllung der Schulpflicht, insbesondere für den regelmäßigen Schulbesuch und die Einhaltung der Schulordnung durch den Schüler zu sorgen. Minderjährige Berufsschulpflichtige treten hinsichtlich dieser Pflichten neben die Erziehungsberechtigten. Handelt es sich um eigenberechtigte Berufsschulpflichtige, so treffen sie diese Pflichten selbst. Sofern der Berufsschulpflichtige im Haushalt des Arbeitgebers (Lehrherrn) wohnt, tritt dieser hinsichtlich der im ersten Satz genannten Pflichten an die Stelle der Erziehungsberechtigten.

(2) Der Arbeitgeber (Lehrherr, Betriebsinhaber) des Schulpflichtigen hat Beginn und Ende des Beschäftigungsverhältnisses binnen zwei Wochen der für die Führung der Schulpflichtmatrik zuständigen Gemeinde zu melden.

(3) Die Erziehungsberechtigten sind nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit verpflichtet, den Schüler für den Schulbesuch mit den notwendigen Unterrichtsmitteln auszustatten, sofern diese nicht beigelegt werden.

§ 8

Schulpflichtmatrik für die Berufsschule

(1) Jede Gemeinde hat eine Schulpflichtmatrik für die Berufsschule anzulegen und zu führen. In der Schulpflichtmatrik sind

- a) die Schulpflichtigen, die in der Gemeinde ihren ordentlichen Wohnsitz haben, und
- b) diejenigen, die durch ihre Tätigkeit im Gemeindegebiet schulpflichtig sind, aber keinen ordentlichen Wohnsitz in einer Gemeinde des Bundeslandes Oberösterreich begründen,

zu erfassen. Die Schulpflichtmatrik hat als Grundlage für die Überwachung der Einhaltung der Schulpflicht zu dienen.

(2) Die Berufsschulleitungen haben der Gemeinde, in deren Schulpflichtmatrik der Berufsschulpflichtige geführt wird, den Schuleintritt und den Schulaustritt anzuzeigen.

(3) Die Erziehungsberechtigten und die Arbeitgeber sind verpflichtet, die Schulpflichtigen der Gemeinde zu melden und Auskünfte zu erteilen. Die Bezirksverwaltungsbehörde hat im Zweifelsfall von Amts wegen oder auf Antrag der zur Meldung Verpflichteten das Bestehen der Schulpflicht festzustellen. Erfordert die Entscheidung eine Richtigstellung der Schulpflichtmatrik, so ist sie von der Gemeinde durchzuführen.

(4) Die Führung der Schulpflichtmatrik unterliegt der Aufsicht der Bezirksverwaltungsbehörde, die im besonderen darüber zu wachen hat, daß alle Schulpflichtigen erfaßt werden und, sofern sie nicht nach § 6 befreit sind, ihre Schulpflicht erfüllen.

§ 9

Zuweisung an die Berufsschule

(1) Voraussetzung für die Aufnahme eines Schülers in eine öffentliche Berufsschule ist eine Zuweisung durch die Schulbehörde; sie ist auf Grund der Vorschriften der Abs. 2 bis 6 durchzuführen.

(2) Der Schulpflichtige ist spätestens nach Eintritt der Berufsschulpflicht einer bestimmten Berufsschule (Abs. 4) zur Erfüllung der Schulpflicht zuzuweisen.

(3) Die Zuweisung hat so rechtzeitig zu erfolgen, daß es dem Schulpflichtigen möglich ist, ab dem festgesetzten Schulbeginn seiner Schulpflicht an der bestimmten Berufsschule nachzukommen. Gleiches gilt bei Zuweisung während des Unterrichtsjahres wegen Stilllegung einer Berufsschule, vorübergehender Unterrichtseinstellung oder wegen eines Aus-

schlusses auf Grund schulrechtlicher Vorschriften. Durch eine spätere Zuweisung erlischt die frühere.

(4) Bei der Zuweisung des Schulpflichtigen ist auf eine zweckentsprechende Erfüllung der Schulpflicht, insbesondere auf die in Betracht kommende Fachrichtung und die Entfernung der Berufsschule vom Beschäftigungsort des Schulpflichtigen Bedacht zu nehmen.

(5) Schulpflichtige, die ihrer Schulpflicht nicht an einer privaten land- und forstwirtschaftlichen Berufsschule, an einer land- und forstwirtschaftlichen Fachschule oder an einer in einem anderen Bundesland befindlichen Berufsschule (Fachschule) nachkommen, sind verpflichtet, jene Berufsschule zu besuchen, der sie zugewiesen werden.

(6) Durch Vereinbarung mit anderen Ländern gemäß Art. 15 a Abs. 2 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 kann die Erfüllung der Schulpflicht durch Schüler anderer Bundesländer an oberösterreichischen Schulen sowie die Erfüllung der Schulpflicht durch oberösterreichische Schüler an Schulen anderer Länder ermöglicht werden. In solchen Vereinbarungen ist vorzusehen, daß der Schulpflichtige

- a) durch Bescheid der zuständigen Behörde des Landes, das nach seinem ordentlichen Wohnsitz bzw. seiner Tätigkeit in Betracht kommt, verpflichtet wird, seiner Schulpflicht in einem bestimmten anderen Land nachzukommen, und
- b) im übrigen den Vorschriften des anderen Landes unterliegt.

II. HAUPTSTUCK

Organisation der öffentlichen Berufs- und Fachschulen

1. Abschnitt

Gemeinsame Bestimmungen

§ 10

Allgemeine Zugänglichkeit; Unentgeltlichkeit des Schulbesuches

(1) Die öffentlichen Berufs- und Fachschulen sind allgemein ohne Unterschied der Geburt, des Geschlechtes, der Rasse, des Standes, der Klasse, der Sprache und des Bekenntnisses zugänglich. Aus organisatorischen oder lehrplanmäßigen Gründen können jedoch Schulen und Klassen eingerichtet werden, die nur für Burschen oder nur für Mädchen bestimmt sind.

(2) Der Besuch der öffentlichen Berufs- und Fachschulen ist unentgeltlich.

(3) Die Einhebung von höchstens kostendeckenden Lern- und Arbeitsmittelbeiträgen sowie von Unfallversicherungsprämien ist zulässig.

(4) Für die in einem öffentlichen Schülerheim untergebrachten Schüler kann vom gesetzlichen Heimhalter für die Unterbringung, Verpflegung und

Betreuung allgemein ein angemessener, jedoch höchstens kostendeckender Beitrag eingehoben werden, der in Pauschalsätzen festzusetzen ist.

(5) Die Beiträge gemäß Abs. 4 sind von jenen Personen zu leisten, die für die aus dem Schulbesuch erwachsenden Kosten aufzukommen haben. Die Beiträge sind privatrechtlicher Natur.

(6) Ist der Beitrag gemäß Abs. 4 im Hinblick auf die Einkommens-, Vermögens- und Familienverhältnisse des Beitragspflichtigen nicht oder nur teilweise zumutbar, so können nichtrückzahlbare Beihilfen aus Landesmitteln in entsprechender Höhe gewährt werden.

§ 11

Lehrpläne

(1) Die Schulbehörde hat Lehrpläne durch Verordnung zu erlassen.

(2) Die Lehrpläne haben zu enthalten:

- a) die Bildungs- und Lehraufgaben und den Lehrstoff der einzelnen Unterrichtsgegenstände sowie didaktische Grundsätze;
- b) Gesamtstundenzahl und Stundenausmaß der einzelnen Unterrichtsgegenstände (Studentenafel);
- c) die Aufteilung des Lehrstoffes und der Unterrichtsstunden auf die einzelnen Schulstufen.

(3) Für die Erlassung der Lehrpläne für den Religionsunterricht gelten die Bestimmungen des Religionsunterrichtsgesetzes in der Fassung BGBl. Nr. 324/1975.

(4) Neben den Pflichtgegenständen können alternative Pflichtgegenstände, Freigegegenstände, unverbindliche Übungen sowie Förderunterricht vorgesehen werden. Im Lehrplan kann weiters bestimmt werden, daß zwei oder mehrere der vorgesehenen Pflichtgegenstände als alternative oder als zusammengefaßte Pflichtgegenstände (Gegenstandsgruppen) zu führen sind.

(5) Im Sinne dieses Gesetzes sind zu verstehen:

- a) unter Pflichtgegenständen jene Unterrichtsgegenstände, deren Besuch für alle in die betreffende Schule aufgenommenen Schüler Pflicht ist; für den Religionsunterricht gelten die Bestimmungen des Religionsunterrichtsgesetzes;
- b) unter alternativen Pflichtgegenständen jene Unterrichtsgegenstände, deren Besuch zur Wahl gestellt wird, wobei einer von mehreren Unterrichtsgegenständen (Gegenstandsgruppen) gewählt werden muß und der damit gewählte Unterrichtsgegenstand wie ein Pflichtgegenstand gewertet wird;
- c) unter Freigegegenständen jene Unterrichtsgegenstände und unverbindlichen Übungen jene Unterrichtsveranstaltungen, zu deren Besuch eine Anmeldung zu Beginn des Schuljahres erforderlich ist und die nicht wie Pflichtgegenstände gewertet werden;
- d) unter Förderunterricht jene Unterrichtsstunden, deren Besuch nicht verpflichtend ist und die nicht gewertet werden, für solche Schüler, die zusätz-

lich zu den Pflichtgegenständen (lit. a und b) eines weiteren Lernangebotes bedürfen.

§ 12

Lehrer

- (1) Der Unterricht ist durch Fachlehrer zu erteilen.
- (2) Für jede Schule sind ein Leiter sowie die zur ordnungsgemäßen Unterrichtserteilung erforderlichen Lehrer zu bestellen.
- (3) Wird eine Berufsschule in organisatorischem Zusammenhang mit einer Fachschule geführt, so obliegt die pädagogische und verwaltungsmäßige Leitung beider Schulen dem Leiter der Fachschule.
- (4) Hiedurch werden die Vorschriften des Lehrerdienstrechtes, bei Religionslehrern auch jene des Religionsunterrichtsrechtes, nicht berührt.

§ 13

Klassenschülerzahl

- (1) Eine Klasse darf nur geführt werden, wenn die Schülerzahl mindestens achtzehn beträgt. Die Schulbehörde kann diese Zahl auf zwölf herabsetzen, wenn die Bildungsaufgabe der Schule in anderer Weise nicht erfüllt werden kann.
- (2) Die Zahl der Schüler in einer Klasse soll 30 nicht überschreiten. Wenn die Einhaltung dieser Klassenschülerzahl aus nicht behebbaren personellen und räumlichen Gründen undurchführbar ist, kann die Klassenschülerzahl mit Zustimmung der Schulbehörde bis auf 36 erhöht werden.
- (3) Ein alternativer Pflichtgegenstand, ein Freigegegenstand oder eine unverbindliche Übung sowie ein Förderunterricht darf nur bei einer Mindestzahl von acht Anmeldungen bzw. Schülern abgehalten werden. Die Schulbehörde kann, wenn die Bildungsaufgabe der Schule in anderer Weise nicht erfüllt werden kann, eine Unterschreitung der Mindestzahl bestimmen. Sie hat überdies zu bestimmen, bei Unterschreitung welcher Mindestzahl von teilnehmenden Schülern ein Freigegegenstand oder eine unverbindliche Übung ab Ende des laufenden Beurteilungsabschnittes nicht mehr weiterzuführen ist. Sofern die Mindestzahl für die Führung der erwähnten Unterrichtsveranstaltungen in einer Klasse zu gering ist, können Schüler mehrerer Klassen einer oder mehrerer Schulen zur Erreichung der Mindestzahl zusammengefaßt werden.

§ 14

Schuljahr

- (1) Das Schuljahr beginnt am zweiten Montag im September und dauert bis zum Beginn des nächsten Schuljahres.
- (2) Bei den ganzjährigen Fachschulen besteht das Schuljahr aus dem Unterrichtsjahr und den Hauptferien. Das Unterrichtsjahr besteht aus zwei Semestern und den Semesterferien. Das erste Semester beginnt mit dem Schuljahr und endet mit dem Beginn der Semesterferien. Die Semesterferien dauern eine Woche und beginnen am zweiten Montag im Februar. Das zweite Semester beginnt am dritten Montag im Februar und endet mit Beginn der Hauptferien.

(3) Bei den saisonmäßigen und lehrgangsmäßigen Berufs- und Fachschulen besteht das Schuljahr aus dem Unterrichtsjahr, der unterrichtsfreien Zeit und den Hauptferien.

(4) Die Hauptferien beginnen an dem Samstag, der frühestens auf den 5. Juli und spätestens auf den 11. Juli fällt, sie enden mit dem Beginn des nächsten Schuljahres.

§ 15

Schulfreie Tage im Unterrichtsjahr

(1) Schulfrei sind folgende Tage des Unterrichtsjahres:

- a) die Sonntage, die gesetzlichen Feiertage, der Allerseelentag und der 15. November als Festtag des Landespatrons;
- b) die Tage vom 24. Dezember bis einschließlich 6. Jänner (Weihnachtsferien);
- c) die Tage vom Montag bis einschließlich Samstag der Semesterferien (§ 14 Abs. 2) an ganzjährigen Fachschulen; diese Tage sind auch an allen übrigen Berufs- und Fachschulen schulfrei;
- d) die Tage vom Samstag vor dem Palmsonntag bis einschließlich Dienstag nach Ostern (Osterferien);
- e) die Tage vom Samstag vor bis einschließlich Dienstag nach Pfingsten (Pfingstferien).

(2) Von der Schulbehörde können in jedem Unterrichtsjahr schulfrei erklärt werden:

- a) aus Anlässen des öffentlichen Lebens, insbesondere solchen, die schulischer oder religiöser Natur sind, aus wirtschaftlichen oder organisatorischen Gründen und für Elternsprechtage insgesamt bis zu sechs Schultage;
- b) bei Unbenützbarkeit des Schulgebäudes, in Katastrophenfällen oder aus sonstigen zwingenden oder aus im öffentlichen Interesse gelegenen Gründen die unumgänglich notwendige Zeit.

Werden gemäß lit. b insgesamt mehr als sechs Unterrichtstage schulfrei erklärt, so kann die Schulbehörde anordnen, daß die darüber hinaus entfallenen Unterrichtstage durch Verlängerung des Unterrichtsjahres bei Verkürzung der unterrichtsfreien Zeit oder der Hauptferien eingebracht werden; die Hauptferien dürfen jedoch um nicht mehr als zwei Wochen verkürzt werden.

§ 16

Unterrichtsstunden

(1) Die durch den Lehrplan bestimmte Gesamtwochenstundenzahl ist vom Schulleiter möglichst gleichmäßig auf die einzelnen Unterrichtstage der Woche aufzuteilen. Die Aufteilung bedarf der Genehmigung der Schulbehörde.

(2) Die Schulbehörde kann aus wirtschaftlichen oder organisatorischen Gründen durch Verordnung bestimmen, daß in einzelnen oder allen Schulen der erforderliche vollschulartige Unterricht (§ 17 Abs. 2 lit. b und § 19 Abs. 2) auf fünf Tage in der Woche unter Wahrung der im Lehrplan vorge-

sehenen Gesamtwochenstundenzahl zusammengezogen wird.

(3) Der Unterricht darf nicht vor sieben Uhr beginnen und am Vormittag höchstens fünf Unterrichtsstunden, wenn mindestens drei Stunden auf praktischen Unterricht entfallen, höchstens sechs Unterrichtsstunden dauern. Zwischen dem Vormittags- und Nachmittagsunterricht hat ein Zeitraum von mindestens einer Unterrichtsstunde zuzüglich der dazugehörigen Pause zu liegen. Der Nachmittagsunterricht darf nicht länger als bis 18 Uhr dauern. Am Samstag darf der Unterricht höchstens sechs Unterrichtsstunden, längstens aber bis 14 Uhr dauern.

(4) An Schulen, denen zur Durchführung des praktischen Unterrichtes ein Lehr- und Versuchsbetrieb angeschlossen ist, darf der praktische Unterricht frühestens um sechs Uhr begonnen werden.

(5) Die Unterrichtsstunde hat 50 Minuten zu dauern. Die Schulbehörde kann aus Gründen des Lehrplanes oder wegen der Notwendigkeit von Wechselunterricht durch Verordnung die Dauer aller oder einzelner Unterrichtsstunden für einzelne Schulen mit 45 Minuten festsetzen.

(6) Zwischen den einzelnen Unterrichtsstunden sind vom Schulleiter ausreichend Pausen in der Dauer von mindestens fünf bis höchstens 20 Minuten vorzusehen. Wenn es die Art des Unterrichtsgegenstandes oder die Stundenplangestaltung erfordern, können zwei Unterrichtsstunden ohne Pause aneinanderschließen; die Dauer der hierauf folgenden Pause hat mindestens zehn Minuten zu betragen.

(7) Die Stunden des praktischen Unterrichtes können in dem nach der Art des Unterrichtsgegenstandes notwendigen Ausmaß und ohne Verlängerung der darauffolgenden Pause aneinanderschließen; in diesem Fall sind den Schülern jedoch Ruhepausen im Ausmaß der sonst auf die Pausen entfallenden Zeit entsprechend dem Arbeitsablauf einzeln oder in Gruppen zu gewähren.

2. Abschnitt

Berufsschulen

§ 17

Fachrichtungen und Organisationsformen

(1) Die Berufsschule kann in folgenden Fachrichtungen geführt werden:

- a) Landwirtschaft;
- b) in den Sondergebieten der Landwirtschaft:
 - aa) Ländliche Hauswirtschaft;
 - bb) Gartenbau;
 - cc) Weinbau einschließlich Kellerwirtschaft;
 - dd) Obstbau einschließlich Obstbaumpflege;
 - ee) Molkerei- und Käsereiwirtschaft;
 - ff) Fischereiwirtschaft;
 - gg) Geflügelwirtschaft;
 - hh) Bienenwirtschaft;
- c) Forstwirtschaft.

(2) Die Berufsschule ist bei gleichem Unterrichtsausmaß in der Organisationsform einer

- a) saisonmäßigen Schule mit einem auf eine bestimmte Jahreszeit zusammengezogenen Unterricht mit zwei Unterrichtstagen pro Woche oder
- b) lehrgangsmäßigen Schule mit einem entsprechend viele Wochen dauernden vollschulartigen Unterricht

zu führen.

(3) Die Berufsschule kann ein bis drei Schulstufen umfassen, wobei jeder Schulstufe — soweit es die Schülerzahl zuläßt — eine Klasse zu entsprechen hat. Bei einer Schülerzahl von weniger als 18 je Schulstufe können unter Bedachtnahme auf die Bestimmungen des § 13 Klassen gleicher Schulstufe verschiedener Fachrichtungen zur Unterrichtserteilung in bestimmten Gegenständen zu einer Klasse zusammengefaßt werden.

§ 18

Lehrplan

(1) Im Lehrplan der Berufsschule sind als Pflichtgegenstände vorzusehen:

- a) für alle Fachrichtungen:
Religion, Deutsch (einschließlich Schriftverkehr), Rechnen, Politische Bildung, Lebenskunde, Leibesübungen;
- b) für die Fachrichtung Landwirtschaft:
Pflanzenproduktion, Tierproduktion;
- c) für die Fachrichtung Ländliche Hauswirtschaft:
Hauswirtschaft, Landwirtschaft;
- d) für die Fachrichtung Gartenbau:
Allgemeiner Gartenbau;
- e) für die Fachrichtung Weinbau einschließlich Kellerwirtschaft:
Pflanzenproduktion, Weinbau;
- f) für die Fachrichtung Obstbau einschließlich Obstbaumpflege:
Pflanzenproduktion, Obstbau;
- g) für die Fachrichtung Molkerei- und Käsereiwirtschaft:
Milchgewinnung, Milchverarbeitung, Milchuntersuchung;
- h) für die Fachrichtung Fischereiwirtschaft:
Fischzucht;
- i) für die Fachrichtung Geflügelwirtschaft:
Geflügelzucht;
- j) für die Fachrichtung Bienenwirtschaft:
Bienenkunde;
- k) für die Fachrichtung Forstwirtschaft:
Waldwirtschaft, Landwirtschaft;
- l) ergänzend zu lit. a bis k jene naturkundlichen, fachtheoretischen, praktisch-wirtschaftlichen und berufskundlichen Unterrichtsgegenstände, die im Hinblick auf die voraussichtliche künftige Berufstätigkeit der Schüler erforderlich sind.

(2) Das Unterrichtsausmaß in den Pflichtgegenständen ist mit mindestens 600 Unterrichtsstunden festzusetzen.

3. Abschnitt

Fachschulen

§ 19

Fachrichtungen, Organisationsformen und Aufbau

(1) Die Fachschule kann in folgenden Fachrichtungen geführt werden, wobei der Schwerpunkt des an den Schulen vermittelten Fachwissens der jeweiligen Fachrichtung zu entsprechen hat:

- a) Landwirtschaft;
- b) in den Sondergebieten der Landwirtschaft:
 - aa) Ländliche Hauswirtschaft;
 - bb) Gartenbau.

(2) Die Fachschule ist in den einzelnen Schulstufen vollschulartig in der Organisationsform einer

- a) ganzjährigen Schule oder
- b) saisonmäßigen Schule mit einem auf eine bestimmte Jahreszeit zusammengezogenen Unterricht zu führen.

(3) Die Fachschulen können je nach Organisationsform und Aufbau ein bis vier Schulstufen umfassen, wobei jeder Schulstufe eine Klasse zu entsprechen hat.

(4) Die Fachschulen gliedern sich nach ihrem Aufbau in

- a) Fachschulen, die erst nach Erfüllung der Berufsschulpflicht besucht werden können;
- b) Fachschulen, in denen auch die Berufsschulpflicht erfüllt werden kann;
- c) Fachschulen zur Ausbildung für die Führung eines Haushalts, in denen das neunte Schuljahr der allgemeinen Schulpflicht erfüllt werden kann;
- d) Fachschulen, in denen das neunte Schuljahr der allgemeinen Schulpflicht und die Berufsschulpflicht erfüllt werden kann.

(5) Fachschulen im Sinne des Abs. 4 lit. c sind als „Ländliche Haushaltungsschule“ zu bezeichnen.

§ 20

Lehrplan

(1) Im Lehrplan der Fachschulen sind als Pflichtgegenstände vorzusehen:

- a) für alle Fachrichtungen:
Religion, Deutsch, Rechnen, Politische Bildung, Rechtskunde, Wirtschaftskunde, Betriebswirtschaft und Buchführung, Lebenskunde, Leibesübungen;
- b) für die Fachrichtung Landwirtschaft:
Pflanzenproduktion, Tierproduktion, Landtechnik und Baukunde;
- c) für die Fachrichtung Ländliche Hauswirtschaft:
Haushaltungskunde, Kinderpflege, Ernährung und Vorratswirtschaft, Wäsche- und Bekleidungskunde, Gartenbau, Landwirtschaft;
- d) ergänzend zu lit. a bis c jene naturkundlichen, fachtheoretischen, praktisch-wirtschaftlichen und

berufskundlichen Unterrichtsgegenstände, die im Hinblick auf die voraussichtliche künftige Berufstätigkeit der Schüler erforderlich sind.

(2) Das Unterrichtsausmaß in den Pflichtgegenständen ist im Hinblick auf die schulische Vorbildung (§ 21 Abs. 3), die Organisation und den Aufbau der Fachschule zur Erreichung des Lehrzieles wie folgt festzusetzen:

- a) für Fachschulen im Sinne des § 19 Abs. 4 lit. a mindestens 1300 Unterrichtsstunden, verteilt auf eine oder zwei Schulstufen;
- b) für Fachschulen im Sinne des § 19 Abs. 4 lit. b mindestens 1800 Unterrichtsstunden, verteilt auf mindestens zwei Schulstufen;
- c) für Fachschulen im Sinne des § 19 Abs. 4 lit. c mindestens 1300 Unterrichtsstunden in einer Schulstufe;
- d) für Fachschulen im Sinne des § 19 Abs. 4 lit. d mindestens 2800 Unterrichtsstunden, verteilt auf zwei bis vier Schulstufen, wobei die erste mindestens 1300 Unterrichtsstunden zu umfassen hat.

(3) Im Lehrplan der Fachschule können für einzelne Schulen alternative Pflichtgegenstände oder Freigegegenstände insoweit vorgesehen werden, als die Erteilung des Unterrichtes in diesen Gegenständen im Hinblick auf die allgemeine Entwicklung (Stand der Wissenschaft, Strukturwandel in der Landwirtschaft) zweckmäßig erscheint oder für die Berufstätigkeit in den Produktionsverhältnissen, unter denen Schüler ihren künftigen Beruf voraussichtlich ausüben werden, Hilfe bieten kann.

§ 21

Aufnahmevoraussetzungen

(1) Die Voraussetzungen für die Aufnahme in die Fachschule sind — unbeschadet der Bestimmungen der Abs. 2, 4 und 5 —

- a) der gemäß Abs. 3 erforderliche Abschluß der angeführten Schulstufe,
- b) körperliche und geistige Eignung (Fachschuleignung),
- c) einjährige Berufstätigkeit oder einjähriger Schulbesuch nach Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht.

(2) Von der im Abs. 1 lit. c geforderten Voraussetzung ist dann abzusehen, wenn durch den Besuch der Fachschule der Besuch der Berufsschule oder das neunte Schuljahr der allgemeinen Schulpflicht erfüllt werden kann.

(3) Für den Fachschulbesuch ist Mindestvoraussetzung:

- a) für Fachschulen im Sinne des § 19 Abs. 4 lit. a der Abschluß der ersten Schulstufe der Berufsschule;
- b) für Fachschulen im Sinne des § 19 Abs. 4 lit. b der Abschluß der neunten Schulstufe bzw. die Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht;
- c) für Fachschulen im Sinne des § 19 Abs. 4 lit. c

oder d der Abschluß der achten Schulstufe der allgemeinen Schulpflicht bzw. die Berechtigung zum Besuch des Polytechnischen Lehrganges im Sinne des § 5 Abs. 1 lit. c des Schulpflichtgesetzes, BGBl. Nr. 241/1962.

(4) Der Aufnahmebewerber hat die erforderliche Fachschuleignung wie folgt nachzuweisen:

- a) die geistige Eignung durch einen positiven Schulerfolg oder auf Grund einer Eignungsfeststellung;
- b) die körperliche Eignung durch die Vorlage eines ärztlichen Zeugnisses, das nicht älter als vier Wochen ist und die erforderliche Eignung zweifelsfrei feststellt.

(5) Mit der Aufnahme in die Fachschule ist die internatsmäßige Unterbringung im Schülerheim verbunden. Die Schulbehörde kann externen Schulbesuch bewilligen, wenn das Schülerheim voll belegt ist und entweder der aufzunehmende Schüler am Sitz der Schule seinen ordentlichen Wohnsitz hat oder sonst vom Erziehungsberechtigten für die Unterbringung des Schülers am Sitz der Schule oder in nächster Nähe vorgesorgt wurde.

§ 22

Eignungsfeststellung

(1) Die Schulbehörde hat den Termin für die Eignungsfeststellung festzusetzen.

(2) Zur Teilnahme an der Eignungsfeststellung sind alle Aufnahmebewerber berechtigt, die alle Aufnahmevoraussetzungen für die betreffende Schulart, ausgenommen einen positiven Schulerfolg (§ 21 Abs. 4 lit. a), erfüllen.

§ 23

Durchführung der Eignungsfeststellung

(1) Die Sachgebiete, auf die sich die Eignungsfeststellung bezieht, sowie die Art der Durchführung hat die Schulbehörde nach den Aufgaben der einzelnen Schularten durch Verordnung zu bestimmen, wobei auf den Lehrplan jener Schulstufe Bedacht zu nehmen ist, deren Besuch Mindestvoraussetzung für die Aufnahme ist.

(2) Zur Durchführung der Eignungsfeststellung hat der Schulleiter die erforderliche Zahl von Lehrern zu bestimmen.

(3) Die Aufgabenstellungen in den einzelnen Sachgebieten sind, soweit sie nicht von der Schulbehörde einheitlich festgelegt werden, in einer Konferenz der Lehrer (Abs. 2) unter dem Vorsitz des Schulleiters festzusetzen.

§ 24

Übertritt von der Fachschule eines anderen Bundeslandes

Die in einer Fachschule eines anderen Bundeslandes zurückgelegte Schulzeit ist von der Schulbehörde auf die Zeit des Besuches einer Fachschule gleicher oder verwandter Fachrichtung nach Maßgabe der Vergleichbarkeit des Unterrichtsausmaßes anzurechnen.

III. HAUPTSTÜCK

Ordnung von Unterricht und Erziehung für die öffentlichen Berufs- und Fachschulen

1. Abschnitt

Aufnahme in die Schule

§ 25

Aufnahme als ordentlicher Schüler

- (1) Als ordentlicher Schüler ist aufzunehmen, wer
- a) die gesetzlichen Aufnahmevoraussetzungen für die betreffende Schulart und Schulstufe erfüllt,
 - b) die Unterrichtssprache der betreffenden Schule so weit beherrscht, daß er dem Unterricht zu folgen vermag, und
 - c) die gesundheitliche und körperliche Eignung für die betreffende Schulart besitzt, zu deren Feststellung im Zweifelsfalle ein Gutachten des Schularztes oder Amtsarztes einzuholen ist.
- (2) Die Aufnahme eines Aufnahmebewerbers als ordentlicher Schüler während des Unterrichtsjahres bedarf — ausgenommen im Falle einer Zuweisung gemäß § 9 Abs. 3 und § 71 Abs. 5 — der Bewilligung der Schulbehörde. Die Bewilligung ist zu erteilen, wenn wichtige in der Person des Schülers oder seiner Erziehungsberechtigten liegende Gründe gegeben sind.

§ 26

Aufnahme als außerordentlicher Schüler

Voraussetzung für die Aufnahme als außerordentlicher Schüler ist, daß der Aufnahmebewerber nach Alter und geistiger Reife zur Teilnahme am Unterricht der betreffenden Schulstufe geeignet ist und wichtige in seiner Person liegende Gründe die Aufnahme rechtfertigen. Berufsschulpflichtige sind nur dann als außerordentliche Schüler aufzunehmen, wenn ihre Aufnahme als ordentliche Schüler wegen mangelnder Kenntnis der Unterrichtssprache nicht zulässig ist (§ 25 Abs. 1 lit. b).

2. Abschnitt

Unterrichtsordnung

§ 27

Klassenbildung, Klassenzuweisung, Lehrfächerverteilung

- (1) Die Schüler sind vom Schulleiter unter Beachtung der Vorschriften über die Schulorganisation in Klassen (Jahrgänge) einzuteilen (Klassenbildung). In den lehrgangsmäßigen Berufsschulen hat der Schulleiter im Zusammenhang mit der Klassenbildung die Einteilung in die einzelnen Lehrgänge vorzunehmen, wobei nach Möglichkeit auf eine gleichmäßige Verteilung der Schüler auf die einzelnen Lehrgänge und auf rücksichtswürdige Umstände in sozialer und betrieblicher Hinsicht Bedacht zu nehmen ist.

(2) Der Schulleiter hat für jedes Unterrichtsjahr (an lehrgangsmäßigen Berufsschulen für jeden Lehrgang) nach Beratung der allgemeinen Gesichtspunkte in der Schulkonferenz die lehrplanmäßig vorgesehenen Wochenstunden der Unterrichtsgegenstände in den einzelnen Klassen den einzelnen Lehrern der Schule unter Beachtung pädagogischer und didaktischer Grundsätze, unter Bedachtnahme auf die Vorschriften über die Lehrverpflichtung und über die Lehrbefähigung sowie unter Berücksichtigung hiemit vereinbarter Wünsche der Lehrer zuzuweisen (Lehrfächerverteilung).

(3) Die Klassenzuweisung und die Lehrfächerverteilung bedürfen der Genehmigung der Schulbehörde.

§ 28

Stundenplan

(1) Der Schulleiter hat für jede Klasse innerhalb der ersten zwei Wochen des Unterrichtsjahres, an lehrgangsmäßigen Berufsschulen innerhalb der ersten beiden Schultage einer Klasse, einen Plan über die für die Unterrichtsarbeit zweckmäßige Aufteilung der lehrplanmäßig vorgesehenen Unterrichtsgegenstände auf die einzelnen Unterrichtsstunden (Stundenplan) zu erstellen und in geeigneter Weise kundzumachen. Der Stundenplan bedarf der Genehmigung der Schulbehörde.

(2) Wenn ein Lehrer an der Erfüllung des Stundenplanes gehindert ist, hat der Schulleiter dafür zu sorgen, daß die betreffenden Unterrichtsstunden von einem anderen Lehrer gehalten werden (Supplierung); die betreffenden Unterrichtsstunden sind nach Möglichkeit für die im Stundenplan vorgesehenen Unterrichtsgegenstände zu verwenden (Fachsupplierung). Wenn der Entfall von Unterrichtsstunden vom Schulleiter angeordnet werden muß, hat er für die Beaufsichtigung der Schüler bis zum stundenplanmäßig vorgesehenen Unterrichtsende zu sorgen, soweit eine Gefährdung der Schüler durch ein vorzeitiges Unterrichtsende zu befürchten ist.

(3) Der Schulleiter kann aus didaktischen oder anderen wichtigen Gründen den fallweisen Austausch von Unterrichtsstunden bewilligen (Stundentausch). Die Schüler sind von einem Stundentausch rechtzeitig in Kenntnis zu setzen.

§ 29

Pflichtgegenstände

(1) Auf Ansuchen des Schülers oder von Amts wegen hat der Schulleiter einen Schüler von der Teilnahme an einzelnen Pflichtgegenständen zu befreien, wenn dieser aus gesundheitlichen Gründen daran nicht teilnehmen kann. Der Schulleiter kann im Zweifelsfall hierfür die Vorlage eines ärztlichen Zeugnisses verlangen. Die Schulbehörde hat durch Verordnung festzulegen, in welchen Pflichtgegenständen eine solche Befreiung ohne oder mit Auflage von Prüfungen und für welche Höchstdauer ohne Verlust der Eigenschaft eines ordentlichen Schülers zulässig ist.

(2) Soweit alternative Pflichtgegenstände (Gegenstandsgruppen) vorgesehen sind, haben die Schüler zwischen diesen zu wählen. Der Schulleiter hat ihnen hiefür eine Frist von mindestens drei Tagen und längstens einer Woche einzuräumen.

(3) Für Berufsschulen gelten an Stelle des Abs. 1 die Bestimmungen des § 6.

§ 30

Freigegegenstände, unverbindliche Übungen und Förderunterricht

(1) Die Schüler können sich zur Teilnahme an Freigegegenständen und unverbindlichen Übungen anmelden. Der Schulleiter hat ihnen hiefür eine Frist von mindestens drei Tagen und längstens einer Woche einzuräumen.

(2) Die Schulbehörde kann durch Verordnung die Zahl der Freigegegenstände und unverbindlichen Übungen, an denen ein Schüler teilnehmen darf, beschränken, wobei auf die Anforderungen des Lehrplanes der einzelnen Schulstufen im Verhältnis zur durchschnittlichen Belastbarkeit der Schüler Bedacht zu nehmen ist.

(3) Die Klassenkonferenz hat die Teilnahme eines Schülers an Freigegegenständen bzw. unverbindlichen Übungen abzulehnen, wenn durch die Teilnahme daran der erfolgreiche Abschluß der Schulstufe in Frage gestellt erscheint.

(4) Schüler, die infolge eines eingetretenen oder drohenden Leistungsabfalles oder im Falle eines Schulwechsels auf Grund von Umstellungsschwierigkeiten eines zusätzlichen Lernangebotes in einem Pflichtgegenstand bedürfen, können sich zur Teilnahme am Förderunterricht anmelden. Der Schulleiter hat ihnen hiefür eine Frist von mindestens drei Tagen und längstens einer Woche einzuräumen.

§ 31

Schulveranstaltungen

(1) Aufgabe der Schulveranstaltungen ist die Ergänzung des lehrplanmäßigen Unterrichtes durch unmittelbaren und anschaulichen Kontakt zum wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben, durch die Förderung der musischen Anlagen der Schüler und durch die körperliche Ertüchtigung.

(2) Die Schulbehörde kann durch Verordnung unter Bedachtnahme auf die Aufgaben der einzelnen Schularten festsetzen, welche Schulveranstaltungen in den einzelnen Schulstufen durchzuführen sind oder nach vorheriger Zustimmung der Schulbehörde durchgeführt werden können. Die Zahl der Schulveranstaltungen ist so zu bestimmen, daß die dadurch verursachte Einschränkung der Unterrichtszeit für die lehrplanmäßig vorgesehenen Unterrichtsgegenstände nicht die Erfüllung des Lehrplanes beeinträchtigt. Dabei sind auch die nach der Art der Schulveranstaltung erforderlichen Richtlinien für ihre Durchführung, insbesondere die zu beachtenden Sicherheitsvorkehrungen, festzulegen. Die durch die Schulveranstaltungen erwachsenden Kosten (Fahrpreise, Eintrittsgebühren usw.) müssen dem Grund-

satz der Sparsamkeit und Angemessenheit entsprechen.

(3) Die Schüler sind zur Teilnahme an Schulveranstaltungen ohne Rücksicht darauf verpflichtet, ob die Veranstaltung innerhalb oder außerhalb der Schulliegenschaften stattfindet, sofern nicht

- a) die Vorschriften über das Fernbleiben von der Schule (§ 47) Anwendung finden oder
- b) mit der Veranstaltung eine Nächtigung außerhalb des Wohnortes verbunden ist.

Lit. b findet keine Anwendung bei Veranstaltungen, die der Ergänzung des fachtheoretischen oder fachpraktischen Unterrichtes dienen.

(4) Schüler, die aus dem Grunde des Abs. 3 lit. b an einer Schulveranstaltung nicht teilnehmen, sind vom Schulleiter einer anderen Klasse zu einem ersatzweisen Schulbesuch zuzuweisen. Die Beurteilung der Erreichung des Lehrzieles der betreffenden Schulstufe hat ohne Rücksicht auf die Nichtteilnahme an der Schulveranstaltung zu erfolgen.

§ 32

Unterrichtsmittel; Eignungserklärung

(1) Unterrichtsmittel sind Hilfsmittel, die der Unterstützung oder der Bewältigung von Teilaufgaben des Unterrichtes und zur Sicherung des Unterrichtsertrages dienen.

(2) Unterrichtsmittel müssen nach Inhalt und Form dem Lehrplan der betreffenden Schulstufe entsprechen und nach Material, Darstellung und sonstiger Ausstattung zweckmäßig und für die Schüler der betreffenden Schulstufe geeignet sein.

(3) Die Schulbehörde kann nach den Erfordernissen für die Erfüllung des Lehrplanes der einzelnen Schularten durch Verordnung bestimmen, mit welchen Unterrichtsmitteln eine Schule mindestens auszustatten ist (Grundausrüstung mit Unterrichtsmitteln).

(4) Der Lehrer darf nur solche Unterrichtsmittel im Unterricht einsetzen, die nach dem Ergebnis seiner gewissenhaften Prüfung den Voraussetzungen nach Abs. 2 entsprechen oder von der Schulbehörde als für den Unterrichtsgebrauch geeignet erklärt worden sind (Abs. 5).

(5) Auf Antrag des Urhebers, Herausgebers, Verlegers oder Herstellers hat die Schulbehörde ein Unterrichtsmittel als für den Unterrichtsgebrauch geeignet zu erklären, wenn es den Voraussetzungen nach Abs. 2 entspricht. Diese Eignungserklärung darf sich nicht auf Lesestoffe (Originaltexte der Literatur) oder auf Arbeitsmittel (Behelfe zum Schreiben, Zeichnen, Messen, Rechnen und für den praktischen Unterricht sowie Fachskizzen) beziehen.

(6) Die Bestimmungen der vorstehenden Absätze finden keine Anwendung auf Unterrichtsmittel für den Religionsunterricht.

(7) Mit welchen Lesestoffen und Arbeitsmitteln die Schüler auszustatten sind, hat der Lehrer nach den Erfordernissen für die Erfüllung des Lehrplanes

festzulegen, wobei er aus didaktischen Gründen oder zum Zweck der Arbeitsvereinfachung auch Richtlinien hinsichtlich der Art, Größe und Ausstattung von Arbeitsmitteln geben kann.

(s) Bevor die Schulbehörde ein Unterrichtsmittel als für den Unterrichtsgebrauch geeignet erklärt (Abs. 5), hat sie ein Fachgutachten über das Vorliegen der Voraussetzungen nach Abs. 2 einzuholen.

(o) Durch Vereinbarung mit anderen Ländern gemäß Art. 15 a Abs. 2 B-VG. 1929 kann eine gemeinsame Gutachterkommission eingerichtet werden. Die Landesregierung hat in diesem Fall vor der Eignungserklärung (Abs. 5) ein Fachgutachten dieser Kommission einzuholen und dasselbe bei ihrer Entscheidung zu berücksichtigen.

§ 33

Unterrichtssprache

Unterrichtssprache ist die deutsche Sprache.

3. Abschnitt

Unterrichtsarbeit und Schülerbeurteilung

§ 34

Unterrichtsarbeit

(i) Der Lehrer hat in eigenständiger und verantwortlicher Unterrichts- und Erziehungsarbeit die Aufgabe der Berufs- oder Fachschule (§ 2 Abs. 3 und 4) zu erfüllen. In diesem Sinne und entsprechend den Bestimmungen des Lehrplanes der betreffenden Schulart hat er unter Berücksichtigung der Entwicklung der Schüler und der äußeren Gegebenheiten den Lehrstoff des Unterrichtsgegenstandes dem Stand der Wissenschaft entsprechend zu vermitteln, eine gemeinsame Bildungswirkung aller Unterrichtsgegenstände anzustreben, den Unterricht anschaulich und gegenwartsbezogen zu gestalten, die Schüler zur Selbsttätigkeit und zur Mitarbeit in der Gemeinschaft anzuleiten, jeden Schüler nach Möglichkeit zu den seinen Anlagen entsprechenden besten Leistungen zu führen, durch geeignete Methoden und durch zweckmäßigen Einsatz von Unterrichtsmitteln den Ertrag des Unterrichtes als Grundlage weiterer Bildung zu sichern und durch entsprechende Übungen zu festigen.

(z) Zur Ergänzung der Unterrichtsarbeit können den Schülern auch Hausübungen aufgetragen werden, die jedoch so vorzubereiten sind, daß sie von den Schülern ohne Hilfe anderer durchgeführt werden können. Bei der Bestimmung des Ausmaßes der Hausübungen ist auf die Belastbarkeit der Schüler, insbesondere auf die Zahl der Unterrichtsstunden an den betreffenden Schultagen, die in den übrigen Unterrichtsgegenständen gestellten Hausübungen und allfällige Schulveranstaltungen Bedacht zu nehmen.

§ 35

Leistungsbeurteilung

(t) Die Beurteilung der Leistungen der Schüler in

den einzelnen Unterrichtsgegenständen hat der Lehrer durch ständige Beobachtung ihrer Mitarbeit im Unterricht sowie durch in die Unterrichtsarbeit eingeordnete mündliche, schriftliche und praktische oder nach anderen Arbeitsformen ausgerichtete Leistungsfeststellungen zu gewinnen. Maßstab für die Leistungsbeurteilung sind die Forderungen des Lehrplanes unter Bedachtnahme auf den jeweiligen Stand des Unterrichtes.

(2) Für die Beurteilung der Leistungen der Schüler sind folgende Beurteilungsstufen (Noten) zu verwenden: Sehr gut (1), Gut (2), Befriedigend (3), Genügend (4), Nicht genügend (5).

(3) Durch die Noten sind die Selbständigkeit der Arbeit, die Erfassung und die Anwendung des Lehrstoffes, die Durchführung der Aufgaben und die Eigenständigkeit des Schülers zu beurteilen.

(4) Vorgetäuschte Leistungen sind nicht zu beurteilen.

(5) Das Verhalten des Schülers in der Schule (§ 38) darf in die Leistungsbeurteilung nicht einbezogen werden.

(6) Wenn die Leistungen von mehr als der Hälfte der Schüler bei einer schriftlichen oder graphischen Leistungsfeststellung mit „Nicht genügend“ zu beurteilen sind, so ist sie mit neuer Aufgabenstellung einmal zu wiederholen. Als Grundlage für die Beurteilung ist in diesem Falle jene Leistungsfeststellung heranzuziehen, bei der der Schüler die bessere Leistung erbracht hat.

(7) Die Leistungen von Schulpflichtigen, die gemäß § 26 wegen mangelnder Kenntnis der Unterrichtssprache als außerordentliche Schüler aufgenommen worden sind, sind unter Berücksichtigung ihrer Sprachschwierigkeiten zu beurteilen.

(8) Die Schulbehörde hat durch Verordnung nach den Aufgaben der einzelnen Schularten und nach der Art der einzelnen Unterrichtsgegenstände nähere Bestimmungen für den Aufbau und die Durchführung von Leistungsfeststellungen und die Beurteilung der Leistungen der Schüler zu erlassen.

§ 36

Information der Erziehungsberechtigten und der Lehrerherren

(1) Die Erziehungsberechtigten sind von der Beurteilung der Leistungen des Schülers durch Schulnachrichten im Sinne der folgenden Bestimmungen in Kenntnis zu setzen. Darüber hinaus haben an Fachschulen die Lehrer den Erziehungsberechtigten, an Berufsschulen den Erziehungsberechtigten und den Lehrerherren auf deren Verlangen zu Einzelaussprachen zur Verfügung zu stehen. Zu diesem Zwecke können vom Schulleiter auch Sprechtage festgelegt werden.

(2) Nach der ersten Hälfte des Unterrichtsjahres mit Ausnahme von Lehrgängen bis zu acht Wochen ist an den Berufs- und Fachschulen für jeden Schüler eine Schulnachricht auszustellen. Die Schulnachricht hat die Noten des Schülers in den einzelnen Unter-

richtsgegenständen (§ 35) zu enthalten. Für unverbindliche Übungen sind nur Teilnahmevermerke aufzunehmen.

(3) Wenn die Leistungen eines Schülers merklich nachlassen, hat der Lehrer des betreffenden Unterrichtsgegenstandes den Schulleiter davon in Kenntnis zu setzen und mit den Erziehungsberechtigten in geeigneter Weise Verbindung aufzunehmen.

(4) Wenn ein Schüler auf Grund seiner bisherigen Leistungen im Jahreszeugnis voraussichtlich mit „Nicht genügend“ zu beurteilen sein wird, sind die Erziehungsberechtigten, bei Berufsschülern auch die Lehrherren, nachweislich darauf hinzuweisen.

(5) In den Fällen der vorstehenden Absätze treten an die Stelle der Erziehungsberechtigten bzw. der Lehrherren die Schüler selbst, wenn sie eigenberechtigt sind.

§ 37

Leistungsbeurteilung für eine Schulstufe

(1) Der Beurteilung der Leistungen eines Schülers in einem Unterrichtsgegenstand auf einer ganzen Schulstufe hat der Lehrer alle in dem betreffenden Unterrichtsjahr erbrachten Leistungen (§ 35) zugrunde zu legen, wobei dem zuletzt erreichten Leistungsstand das größere Gewicht zuzumessen ist.

(2) Wenn sich bei längerem Fernbleiben des Schülers vom Unterricht und in ähnlichen Ausnahmefällen auf Grund der nach § 35 Abs. 1 gewonnenen Beurteilung eine sichere Beurteilung für die ganze Schulstufe nicht treffen läßt, hat der Lehrer eine Prüfung durchzuführen, von der der Schüler zwei Wochen vorher zu verständigen ist (Feststellungsprüfung).

(3) Wenn ein Schüler ohne eigenes Verschulden so viel vom Unterricht versäumt, daß die erfolgreiche Ablegung der Prüfung (Abs. 2) nicht zu erwarten ist, ist sie ihm vom Schulleiter auf mindestens acht, höchstens zwölf Wochen — bei lehrgangsmäßigen Berufsschulen höchstens bis zum Beginn des nächsten der Schulstufe entsprechenden Lehrganges im nächsten Schuljahr — zu stunden (Nachtragsprüfung).

(4) Wenn ein Schüler an einer Fachschule im praktischen Unterricht mehr als das Achtfache der wöchentlichen Stundenzahl eines Pflichtgegenstandes in einem Unterrichtsjahr ohne eigenes Verschulden versäumt, ist ihm Gelegenheit zu geben, die in diesem Pflichtgegenstand geforderten Kenntnisse und Fertigkeiten durch eine Prüfung nachzuweisen, sofern er die Versäumnisse durch eine facheinschlägige praktische Tätigkeit nachgeholt hat. Ist das Nachholen dieser praktischen Tätigkeit während des Unterrichtsjahres nicht möglich, so hat dies in Form einer vierwöchigen facheinschlägigen Ferialpraxis zu erfolgen; in diesem Fall kann die Prüfung zu Beginn des folgenden Schuljahres abgelegt werden. Bei schuldhaftem Versäumnis des Unterrichtes im genannten Ausmaß oder bei Nichtablegen der Prüfung ist der Schüler in diesem Pflichtgegenstand für die betreffende Schulstufe nicht zu beurteilen.

(5) Über den Verlauf einer Feststellungsprüfung, einer Nachtragsprüfung und einer Prüfung gemäß Abs. 4 hat der Lehrer eine schriftliche Aufzeichnung zu führen.

(6) In der dritten Woche vor Ende des Unterrichtsjahres hat eine Klassenkonferenz zur Beratung über die Leistungsbeurteilung der Schüler stattzufinden, denen die Berechtigung zum Aufsteigen in die nächsthöhere Schulstufe (§ 41) voraussichtlich nicht zuerkannt werden wird. Jenen Schülern, auf die sich die von der Klassenkonferenz auf Grund des Beratungsergebnisses zu treffende Entscheidung über die Nichtberechtigung zum Aufsteigen bezieht, ist diese ebenso wie die gleichzeitig zu treffende Entscheidung über die Zulässigkeit der Ablegung einer Wiederholungsprüfung (§ 40) oder der Wiederholung der Schulstufe (§ 42) unverzüglich, jedenfalls innerhalb von drei Tagen, unter Angabe der Gründe bekanntzugeben.

(7) Frühestens zwei Wochen, spätestens eine Woche vor Ende des Unterrichtsjahres hat eine weitere Klassenkonferenz zur Beratung über die Leistungsbeurteilung der nicht von den unter Abs. 6 genannten Entscheidungen betroffenen Schüler stattzufinden. Die Klassenkonferenz hat hierbei die gemäß § 39 Abs. 2 lit. f sublit. cc und lit. g in das Jahreszeugnis aufzunehmenden Entscheidungen zu treffen.

(8) An lehrgangsmäßigen Berufsschulen haben die in den Abs. 6 und 7 vorgesehenen Beratungen und Entscheidungen der Klassenkonferenz in der zweiten Hälfte der letzten Lehrgangswochen zu erfolgen.

§ 38

Beurteilung des Verhaltens in der Schule

(1) Für die Beurteilung des Verhaltens des Schülers in der Schule sind folgende Beurteilungsstufen (Noten) zu verwenden: Sehr zufriedenstellend, Zufriedenstellend, Wenig zufriedenstellend, Nicht zufriedenstellend.

(2) Durch die Noten für das Verhalten des Schülers in der Schule ist zu beurteilen, inwieweit sein persönliches Verhalten und seine Einordnung in die Klassengemeinschaft den Anforderungen der Schulordnung entsprechen. Bei der Beurteilung sind die Anlagen des Schülers, sein Alter und sein Bemühen um ein ordnungsgemäßes Verhalten zu berücksichtigen.

(3) Die Beurteilung ist durch die Klassenkonferenz auf Antrag des Klassenvorstandes zu beschließen.

§ 39

Jahreszeugnis, Abschlußzeugnis, Schulbesuchsbestätigung

(1) Am Ende eines jeden Unterrichtsjahres, bei lehrgangsmäßigen Berufsschulen am Ende des Lehrganges, ist dem Schüler ein Jahreszeugnis über die betreffende Schulstufe auszustellen, soweit im Abs. 6 nichts anderes bestimmt ist.

(2) Das Jahreszeugnis hat insbesondere zu enthalten:

- a) die Bezeichnung, Form bzw. Fachrichtung der Schulart und den Standort der Schule;
- b) die Personalien des Schülers;
- c) die besuchte Schulstufe und die Bezeichnung der Klasse;
- d) die Unterrichtsgegenstände der betreffenden Schulstufe und die Beurteilung der darin erbrachten Leistungen (§ 37);
- e) die Beurteilung des Verhaltens des Schülers in der Schule nach Maßgabe des § 38 Abs. 1;
- f) die allfällige Entscheidung über
 - aa) die Berechtigung zum Aufsteigen (§ 37 Abs. 6, § 41),
 - bb) die Zulässigkeit der Ablegung einer Wiederholungsprüfung (§ 40) oder der Wiederholung einer Schulstufe (§ 42),
 - cc) die Beendigung des Schulbesuches wegen Überschreitens der zulässigen Höchstdauer (§ 44 Abs. 2 lit. d);
- g) die Feststellung, daß der Schüler die Schulstufe mit ausgezeichnetem Erfolg abgeschlossen hat, wenn er in mindestens der Hälfte der Pflichtgegenstände mit „Sehr gut“ und in den übrigen Pflichtgegenständen mit „Gut“ beurteilt wurde; Beurteilungen mit „Befriedigend“ hindern diese Feststellung nicht, wenn dafür gleich viele Beurteilungen mit „Sehr gut“ über die Hälfte der Pflichtgegenstände hinaus vorliegen;
- h) im Falle der Beendigung der allgemeinen Schulpflicht eine diesbezügliche Feststellung;
- i) Ort und Datum der Ausstellung, Unterschrift des Schulleiters und des Klassenvorstandes, Rundsiegel der Schule.

(3) Für unverbindliche Übungen ist an Stelle einer Beurteilung nur ein Teilnahmevermerk in das Jahreszeugnis aufzunehmen. Desgleichen ist im Jahreszeugnis zu vermerken, wenn ein Schüler von der Teilnahme an einem Pflichtgegenstand befreit ist (§ 29 Abs. 1 und 3).

(4) Wenn einem Schüler gemäß § 37 Abs. 3 eine Prüfung gestundet worden ist, ist ihm ein vorläufiges Jahreszeugnis auszustellen, auf das die Bestimmungen des Abs. 2 lit. a bis e und i mit der Maßgabe anzuwenden sind, daß an die Stelle der Beurteilung in dem betreffenden Unterrichtsgegenstand (den betreffenden Unterrichtsgegenständen) der Vermerk über die Stundung der Prüfung zu treten hat. Nach Ablegung der Prüfung ist das vorläufige Jahreszeugnis einzuziehen und ein Jahreszeugnis im Sinne der Bestimmungen des Abs. 2 auszustellen.

(5) Wenn ein Schüler berechtigt ist, eine Wiederholungsprüfung (§ 40 Abs. 1 und 2) abzulegen, ist dies auf dem Jahreszeugnis zu vermerken. Nach Ablegung der Wiederholungsprüfung ist dieses Jahreszeugnis einzuziehen und ein Jahreszeugnis auszustellen, das die auf Grund der Wiederholungsprüfung gewonnene Beurteilung enthält.

(6) Im Zeitpunkt des erfolgreichen Abschlusses der letzten Schulstufe einer Schulart ist neben dem Jahreszeugnis oder im Zusammenhang mit diesem ein Abschlußzeugnis auszustellen. Das Abschlußzeugnis hat, ausgenommen an Berufsschulen, den Bildungsgang des Schülers wiederzugeben. Bei Fachschulen können auch die damit verbundenen Berechtigungen angeführt werden.

(7) Die Gestaltung des Zeugnisformulars ist durch Verordnung der Schulbehörde nach den Erfordernissen der einzelnen Schularten zu bestimmen.

(8) Wenn ein Schüler aus einer Schule zu einem Zeitpunkt ausscheidet, in dem über das Ergebnis des Schulbesuches ein Jahreszeugnis noch nicht ausgestellt werden kann, ist ihm eine Schulbesuchsbestätigung auszustellen, die die Angaben nach Abs. 2 lit. a bis c und i sowie die Beurteilung der bis zu diesem Zeitpunkt vom Schüler erbrachten Leistungen zu enthalten hat.

(9) Außerordentlichen Schülern ist im Zeitpunkt ihres Ausscheidens bzw. am Ende eines jeden Unterrichtsjahres eine Schulbesuchsbestätigung über die Dauer ihres Schulbesuches bzw. über das Unterrichtsjahr auszustellen, die die Beurteilung ihrer Leistungen in den einzelnen Pflichtgegenständen enthält.

§ 40

Wiederholungsprüfung

(1) Wenn die Leistungen eines Schülers im Jahreszeugnis in einem oder zwei Pflichtgegenständen mit „Nicht genügend“ beurteilt worden sind, darf der Schüler zu Beginn des folgenden Schuljahres eine Wiederholungsprüfung ablegen. Macht ein Schüler, der gemäß § 41 Abs. 2 trotz der Note „Nicht genügend“ zum Aufsteigen in die nächsthöhere Schulstufe berechtigt ist, von dieser Befugnis Gebrauch, so bleibt die Berechtigung zum Aufsteigen ohne Rücksicht auf die Beurteilung seiner Leistungen bei der Wiederholungsprüfung erhalten. Eine Wiederholungsprüfung ist nicht zulässig, wenn die Note auf dem Ergebnis einer Nachtragsprüfung (§ 37 Abs. 3) beruht.

(2) Die Wiederholungsprüfung darf im Falle eines Schulwechsels an der neuen Schule abgelegt werden. Die erfolgreiche Ablegung der Wiederholungsprüfung ist auf dem Jahreszeugnis zu vermerken.

(3) Die Prüfungen nach Abs. 1 und 2 haben sich auf den Lehrstoff des betreffenden Unterrichtsgegenstandes auf der ganzen Schulstufe zu beziehen. Die Schulbehörde hat durch Verordnung nach der Art des Unterrichtsgegenstandes festzusetzen, ob die Wiederholungsprüfung schriftlich und mündlich, nur mündlich oder auch praktisch abzulegen ist.

(4) Die Beurteilung der Leistungen des Schülers bei der Wiederholungsprüfung hat durch den Lehrer des betreffenden Unterrichtsgegenstandes in der betreffenden Klasse (Prüfer) gemeinsam mit einem zweiten vom Schulleiter zu bestimmenden Lehrer (Beisitzer) zu erfolgen. Im Falle der Verhinderung des als Prüfer in Betracht kommenden Lehrers so-

wie im Falle des Abs. 2 sind sowohl der Prüfer als auch der Beisitzer vom Schulleiter zu bestimmen. Prüfer und Beisitzer sollen den betreffenden Unterrichtsgegenstand unterrichten oder für ihn lehrbefähigt sein. Über den Verlauf der Prüfung ist eine schriftliche Aufzeichnung zu führen. Wenn eine Einigung über die Beurteilung nicht zustande kommt, hat der Schulleiter zu entscheiden.

4. Abschnitt

Aufsteigen, Wiederholen von Schulstufen, Beendigung des Schulbesuches

§ 41

Aufsteigen

(1) Ein Schüler ist zum Aufsteigen in die nächsthöhere Schulstufe berechtigt, wenn das Jahreszeugnis in allen Pflichtgegenständen eine Beurteilung aufweist und in keinem Pflichtgegenstand die Note „Nicht genügend“ enthält.

(2) Ein Schüler ist ferner zum Aufsteigen in die nächsthöhere Schulstufe berechtigt, wenn das Jahreszeugnis zwar in einem Pflichtgegenstand die Note „Nicht genügend“ enthält, aber

- a) der Schüler nicht auch schon im Jahreszeugnis des vorhergegangenen Schuljahres in demselben Pflichtgegenstand die Note „Nicht genügend“ erhalten hat,
- b) der betreffende Pflichtgegenstand — ausgenommen an Berufsschulen — in einer höheren Schulstufe lehrplanmäßig vorgesehen ist und
- c) der Schüler in den übrigen Pflichtgegenständen keinen schlechteren Notendurchschnitt als 2,8 aufweist.

(3) Einem Zeugnis im Sinne der vorstehenden Absätze ist die erfolgreiche Ablegung einer Prüfung über den zureichenden Erfolg der Teilnahme an einem gleichwertigen Unterricht im Sinne des § 5 Abs. 6 gleichzuhalten.

§ 42

Wiederholen von Schulstufen

Wenn ein Schüler zum Aufsteigen in die nächsthöhere Schulstufe (§ 41) nicht berechtigt ist, darf er die betreffende Schulstufe wiederholen. Das gleiche gilt, wenn der Schüler die lehrplanmäßige letzte Schulstufe einer Schulart nicht erfolgreich abgeschlossen hat.

§ 43

Höchstdauer des Schulbesuches

(1) Der Besuch der Berufsschule ist längstens bis zum Ende des Unterrichtsjahres zulässig, in dem das Lehr- oder Arbeitsverhältnis endet.

(2) Zum Abschluß einer Fachschule mit einer bis vier Schulstufen darf ein Schüler höchstens um ein Schuljahr länger benötigen, als der Zahl der Schulstufen entspricht.

§ 44

Beendigung des Schulbesuches

(1) Ein Schüler hört auf, Schüler einer Schule zu sein, wenn er die lehrplanmäßig letzte Schulstufe abgeschlossen hat. Wenn ein Schüler zur Wiederholung der lehrplanmäßig letzten Schulstufe berechtigt ist (§ 42) und von diesem Recht Gebrauch macht, bleibt er bis zum Abschluß der Wiederholung weiterhin Schüler.

(2) Ein Schüler hört schon vor dem im Abs. 1 genannten Zeitpunkt auf, Schüler einer Schule zu sein

- a) in der Fachschule mit dem Zeitpunkt des Einlangens seiner schriftlichen Abmeldung vom Schulbesuch beim Schulleiter, sofern darin nicht ein späterer Endtermin des Schulbesuches genannt wird;
- b) in der Berufsschule mit der Beendigung der Schulpflicht (§§ 4 und 5), sofern die Berufsschule nicht gemäß § 43 Abs. 1 weiterbesucht wird;
- c) mit dem ungenützten Ablauf der einwöchigen Frist seit der Zustellung einer schriftlichen Aufforderung zur Rechtfertigung gemäß § 47 Abs. 7;
- d) mit dem Zeitpunkt, in dem feststeht, daß ein Schüler im Falle des Weiterbesuches die gemäß § 43 zulässige Höchstdauer des Schulbesuches überschreitet;
- e) mit dem Eintritt der Rechtskraft eines Ausschlusses (§ 51) oder einer gänzlichen Befreiung vom Schulbesuch (§ 6).

(3) Der Zeitpunkt und der Grund der Beendigung des Schulbesuches sind auf dem Jahreszeugnis (§ 39 Abs. 1), wenn jedoch das Ende des Schulbesuches nicht mit dem Abschluß einer Schulstufe zusammenfällt, auf der Besuchsbestätigung (§ 39 Abs. 8) ersichtlich zu machen.

(4) Wenn ein Schüler den Besuch einer Fachschule gemäß Abs. 2 lit. d beendet, darf er in eine Schule gleicher Fachrichtung nicht aufgenommen werden.

5. Abschnitt

Schulordnung

§ 45

Pflichten der Schüler

Die Schüler sind verpflichtet, durch ihre Mitarbeit und ihre Einordnung in die Gemeinschaft der Klasse und der Schule mitzuhelfen, die Aufgabe der Berufs- oder Fachschule zu erfüllen und die Unterrichtsarbeit zu fördern. Sie haben den Unterricht während der vorgeschriebenen Schulzeit regelmäßig und pünktlich zu besuchen, auch am Unterricht in den Freigegegenständen und unverbindlichen Übungen, für die sie angemeldet sind, regelmäßig teilzunehmen, sich an den verpflichtend vorgeschriebenen Schulveranstaltungen zu beteiligen und die notwendigen Unterrichtsmittel mitzubringen.

§ 46

Schulordnung und Hausordnung

Die Schulbehörde hat durch Verordnung die näheren Vorschriften über das Verhalten der Schüler in der Schule, im Schülerheim und bei Schulveranstaltungen, über Maßnahmen zur Sicherheit der Schüler in der Schule, im Schülerheim und bei Schulveranstaltungen sowie zur Ermöglichung eines ordnungsgemäßen Schul- bzw. Heimbetriebes auf Grund der Bestimmungen dieses Abschnittes und unter Bedachtnahme auf das Alter der Schüler, die Schulart sowie die der Schule obliegenden Aufgaben zu erlassen. Die Schulkonferenz kann darüber hinaus, soweit es die besonderen Verhältnisse erfordern, eine Hausordnung erlassen; sie ist der Schulbehörde zur Kenntnis zu bringen und durch Anschlag in der Schule kundzumachen.

§ 47

Fernbleiben von der Schule

(1) Das Fernbleiben vom Unterricht ist nur zulässig:

- a) bei gerechtfertigter Verhinderung (Abs. 2 bis 4);
- b) bei Erlaubnis zum Fernbleiben (Abs. 5 und 6);
- c) bei Befreiung von der Teilnahme an einzelnen Unterrichtsgegenständen (§ 29 Abs. 1 und 3).

(2) Eine gerechtfertigte Verhinderung ist insbesondere:

- a) Krankheit des Schülers;
- b) mit der Gefahr der Übertragung verbundene Krankheit von Hausangehörigen des Schülers;
- c) Krankheit der Eltern oder anderer Angehöriger, wenn sie vorübergehend der Hilfe des Schülers unbedingt bedürfen;
- d) außergewöhnliche Ereignisse im Leben, in der Familie oder im Hauswesen des Schülers;
- e) Ungangbarkeit des Schulweges oder schlechte Witterung, wenn die Gesundheit des Schülers dadurch gefährdet ist;
- f) Dauer der Beschäftigungsverbote im Sinne der Bestimmungen über den Mutterschutz.

(3) Der Schüler hat den Klassenvorstand oder den Schulleiter von jeder Verhinderung innerhalb von drei Tagen unter Angabe des Grundes zu benachrichtigen. Auf Verlangen des Klassenvorstandes oder des Schulleiters hat die Benachrichtigung schriftlich zu erfolgen; bei einer länger als eine Woche dauernden Krankheit oder Erholungsbedürftigkeit ist ein ärztliches Zeugnis vorzulegen.

(4) Die Verwendung von Schülern zu häuslichen, landwirtschaftlichen oder sonstigen Arbeiten ist, soweit nicht Abs. 2 lit. d in Betracht kommt, nicht als Rechtfertigung für eine Verhinderung anzusehen.

(5) Die Teilnahme an den von den gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgesellschaften zu besonderen Anlässen des schulischen oder staatlichen Lebens, insbesondere zu Beginn und am Ende

des Schuljahres abgehaltenen Schülergottesdiensten sowie die Teilnahme an religiösen Übungen oder Veranstaltungen ist den Lehrern und Schülern freigestellt; den Schülern ist hiefür vom Schulleiter die Erlaubnis zum Fernbleiben vom Unterricht im bisher üblichen Ausmaß zu erteilen (§ 2 a Religionsunterrichtsgesetz).

(6) Auf Ansuchen des Schülers kann im übrigen die Erlaubnis zum Fernbleiben aus begründetem Anlaß für einzelne Stunden bis zu drei Tagen der Schulleiter, darüber hinaus jedoch nur die Schulbehörde erteilen.

(7) Wenn ein Schüler einer Fachschule länger als eine Woche dem Unterricht fernbleibt, ohne das Fernbleiben zu rechtfertigen (Abs. 3) und auch auf schriftliche Aufforderung hin eine Mitteilung binnen einer weiteren Woche nicht eintrifft, so gilt der Schüler als vom Schulbesuch abgemeldet (§ 44 Abs. 2 lit. c). Die Wiederaufnahme des Schülers ist nur mit Bewilligung der Schulbehörde zulässig, die nur dann zu erteilen ist, wenn das Fernbleiben nachträglich gerechtfertigt wird und die Unterlassung der Mitteilung an die Schule aus rücksichtswürdigen Gründen unterblieben ist.

(8) Für Schüler der Berufsschule finden an Stelle des Abs. 3 die Bestimmungen des § 5 Abs. 7 Anwendung.

§ 48

Sammlungen in der Schule, Teilnahme an schulfremden Veranstaltungen

(1) Sammlungen unter den Schülern in der Schule (einschließlich der Einhebung von Mitgliedsbeiträgen) sind nur mit Bewilligung der Schulbehörde zulässig. Die Bewilligung darf nur erteilt werden, wenn sichergestellt ist, daß kein wie immer gearteter Druck zur Beitragsleistung ausgeübt wird und der Zweck der Sammlung mit der Schule im Zusammenhang steht. Unter diese Bestimmung fallen Sammlungen nicht, die von den Schülervertretern (§ 58) aus besonderen Anlässen, wie Todesfälle und soziale Hilfsaktionen, beschlossen werden.

(2) Die Teilnahme von Schülern an Veranstaltungen, die nicht Schulveranstaltungen (§ 31) sind, darf in der Schule nur organisiert werden, wenn dies von der Schulbehörde bewilligt worden ist. Die Bewilligung darf nur erteilt werden, wenn sichergestellt ist, daß die Teilnahme der Schüler freiwillig und auf Grund schriftlicher Zustimmungserklärung der Erziehungsberechtigten erfolgt, eine Gefährdung der Schüler weder in sittlicher noch in körperlicher Hinsicht zu befürchten ist und der Zweck der Veranstaltung auf andere Weise nicht erreicht werden kann. Die vorstehenden Bestimmungen gelten nicht für die im Religionsunterricht erfolgende Organisation von Schülergottesdiensten sowie religiösen Übungen und Veranstaltungen.

(3) Jede Werbung für schulfremde Zwecke im Schulbereich ist verboten.

§ 49

Mitwirkung der Schule an der Erziehung

(1) Im Rahmen der Mitwirkung der Schule an der

Erziehung der Schüler hat der Lehrer in seiner Unterrichts- und Erziehungsarbeit die der Erziehungssituation angemessenen persönlichkeits- und gemeinschaftsbildenden Erziehungsmittel anzuwenden, die insbesondere Anerkennung, Aufforderung oder Zurechtweisung sein können. Diese Maßnahmen können auch vom Klassenvorstand und vom Schulleiter, in besonderen Fällen auch von der Schulbehörde ausgesprochen werden.

(2) Wenn es aus erzieherischen Gründen oder zur Aufrechterhaltung der Ordnung notwendig erscheint, kann der Schulleiter einen Schüler in eine Parallelklasse, bei lehrgangsmäßigen Berufsschulen auch in einen anderen Lehrgang versetzen. Wenn mit einer solchen Maßnahme nicht das Auslangen gefunden werden kann, kann die Schulkonferenz die Stellung eines Antrages auf Ausschluß des Schülers (§ 51 Abs. 2) androhen.

(3) Körperliche Züchtigung, beleidigende Äußerungen und Kollektivstrafen sind verboten.

(4) Im Rahmen der Mitwirkung an der Erziehung kann das Verhalten des Schülers außerhalb der Schule berücksichtigt werden; hiebei dürfen nur Maßnahmen gemäß Abs. 1 und § 50 gesetzt werden. Eine Bestrafung für ein Verhalten, das Anlaß zu Maßnahmen der Erziehungsberechtigten, der Jugendwohlfahrtsbehörden, sonstiger Verwaltungsbehörden oder der Gerichte ist, ist unzulässig.

§ 50

Verständigungspflichten der Schule

Wenn es die Erziehungssituation eines Schülers erfordert, haben der Klassenvorstand oder der Schulleiter das Einvernehmen mit den Erziehungsberechtigten zu pflegen.

§ 51

Ausschluß eines Schülers

(1) Wenn ein Schüler seine Pflichten (§ 45) in schwerwiegender Weise verletzt und die Anwendung von Erziehungsmitteln (§ 49) erfolglos bleibt oder wenn das Verhalten eines Schülers eine dauernde Gefährdung anderer Schüler hinsichtlich ihrer Sittlichkeit, körperlichen Sicherheit oder ihres Eigentums darstellt, ist der Schüler von der Schule auszuschließen.

(2) Bei Vorliegen der Voraussetzungen nach Abs. 1 hat die Schulkonferenz einen Antrag auf Ausschluß des Schülers an die Schulbehörde zu stellen. Dem Schüler ist vor der Beschlußfassung über die Antragstellung Gelegenheit zur Rechtfertigung zu geben. Überdies ist den Erziehungsberechtigten Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Die Schulkonferenz hat bei ihrer Beratung die für und gegen den Ausschluß sprechenden Gründe zu berücksichtigen und ihren Antrag zu begründen. Eine Zweitschrift des Antrages ist dem Schüler zuzustellen.

(3) Die Schulbehörde hat bei Gefahr im Verzug auszusprechen, daß der Schüler vom weiteren Schulbesuch suspendiert wird. Die Suspendierung darf

mit höchstens vier Wochen bemessen werden; sie ist unverzüglich aufzuheben, sobald sich im Zuge des Verfahrens ergibt, daß die Voraussetzungen nach Abs. 1 nicht oder nicht mehr gegeben sind. Der Schüler ist berechtigt, sich während der Suspendierung über den durchgenommenen Lehrstoff regelmäßig zu informieren. Am Ende eines Unterrichtsjahres ist dem Schüler Gelegenheit zur Ablegung einer Feststellungsprüfung gemäß § 37 Abs. 2 zu geben, soweit eine Beurteilung wegen der Dauer der Suspendierung sonst nicht möglich wäre.

(4) Die Schulbehörde hat nach Durchführung des Ermittlungsverfahrens die Beendigung des Ausschlußverfahrens festzustellen, wenn die Voraussetzungen im Sinne des Abs. 1 für einen Ausschluß nicht vorliegen. Sie kann zugleich dem Schüler eine Rüge erteilen oder eine Maßnahme nach § 49 Abs. 2 anordnen, wenn sein Verhalten zwar einen Ausschluß nicht begründet, er aber sonst gegen seine Pflichten verstoßen hat. Andernfalls hat die Schulbehörde den Ausschluß des Schülers mit Bescheid auszusprechen.

(5) Der Ausschluß kann sich auf die betreffende Schule oder auf alle Schulen in einem näher zu bestimmenden Umkreis erstrecken. Von den verschiedenen Formen des Ausschlusses ist jeweils nur jene Form auszusprechen, mit der der angestrebte Sicherungszweck im Sinne des Abs. 1 bereits erreicht werden kann.

(6) Im Falle eines Ausschlusses ist die Aufnahme in eine Schule, auf die sich der Ausschluß erstreckt, weder als ordentlicher noch als außerordentlicher Schüler zulässig.

(7) Der rechtskräftige Ausschluß kann von der Schulbehörde auf Antrag des Schülers eingeschränkt oder aufgehoben werden, wenn und soweit die Gründe für seine Verhängung wegfallen oder der Sicherungszweck auf andere Weise erreicht werden kann.

(8) Die Bestimmungen der Abs. 1 bis 7 gelten bei einem Ausschluß aus einem der Schule angeschlossenen Schülerheim sinngemäß.

6. Abschnitt

Funktionen des Lehrers; Lehrerkonferenzen

§ 52

Lehrer

(1) Der Lehrer hat das Recht und die Pflicht, an der Gestaltung des Schullebens mitzuwirken. Seine Hauptaufgabe ist die Unterrichts- und Erziehungsarbeit. Er hat den Unterricht sorgfältig vorzubereiten.

(2) Außer den ihm aufgetragenen unterrichtlichen, erzieherischen und administrativen Aufgaben hat der Lehrer erforderlichenfalls die Funktionen eines Klassenvorstandes, Leiters eines land- und forstwirtschaftlichen Betriebes (Lehr- und Versuchsbetriebes) oder Betriebszweiges, Werkstättenleiters, Kustos sowie eines Mitgliedes einer Prüfungs-

kommission zu übernehmen und an den Lehrerkonferenzen teilzunehmen.

(3) Der Lehrer hat nach der jeweiligen Diensterteilung die Schüler in der Schule auch 15 Minuten vor Beginn des Unterrichtes, in den Unterrichtspausen — ausgenommen die zwischen dem Vormittags- und dem Nachmittagsunterricht liegende Zeit — und unmittelbar nach Beendigung des Unterrichtes beim Verlassen der Schule sowie bei allen Schulveranstaltungen innerhalb und außerhalb des Schulhauses zu beaufsichtigen, soweit dies nach dem Alter und der geistigen Reife der Schüler erforderlich ist. Hierbei hat er insbesondere auf die körperliche Sicherheit und auf die Gesundheit der Schüler zu achten und Gefahren nach Kräften abzuwehren.

(4) An Schulen, denen ein Schülerheim angeschlossen ist, hat der Lehrer bei Bedarf Erzieherdienst zu leisten.

§ 53

Kustos, Leiter von Werkstätten oder Lehr- und Versuchsbetrieben

(1) Der Schulleiter hat, soweit es die Gegebenheiten der betreffenden Schule erfordern, Lehrer mit der Vorsorge für einen den pädagogischen Grundsätzen entsprechenden Einsatz der Unterrichtsmittel und sonstigen Schuleinrichtungen zu betrauen (Kustoden). Die ihnen in diesem Zusammenhang obliegenden Pflichten sind durch Dienstanweisung der Schulbehörde festzulegen.

(2) Der Schulleiter hat erforderlichenfalls auch Lehrer mit der Verwaltung der Werkstätten oder des Lehr- und Versuchsbetriebes oder einzelner Betriebszweige zu betrauen. Die betrauten Lehrer haben für die Betriebsführung, den geordneten Ausbildungsablauf im praktischen Unterricht in der Werkstätte sowie im Lehr- und Versuchsbetrieb (Betriebszweig) und für die Beschaffung der erforderlichen Materialien zu sorgen. Die ihnen im einzelnen obliegenden Pflichten sind durch Dienstanweisung der Schulbehörde festzulegen.

§ 54

Klassenvorstand

(1) Der Schulleiter hat für jede Klasse einen Lehrer dieser Klasse als Klassenvorstand zu bestellen.

(2) Dem Klassenvorstand obliegt für seine Klasse in Zusammenarbeit mit den anderen Lehrern die Koordination der Erziehungsarbeit, die Abstimmung der Unterrichtsarbeit auf die Leistungssituation der Klasse und die Belastbarkeit der Schüler, die Beratung der Schüler in unterrichtlicher und erzieherischer Hinsicht, die Pflege der Verbindung zwischen Schule und Erziehungsberechtigten, die Wahrnehmung der erforderlichen organisatorischen Aufgaben sowie die Führung der Amtsschriften.

§ 55

Schulleiter

(1) Der Schulleiter ist der unmittelbare Vorgesetzte aller an der Schule tätigen Lehrer und sonstigen Bediensteten. Ihm obliegt die Leitung der Schule und die Pflege der Verbindung zwischen der

Schule, den Schülern und den Erziehungsberechtigten, bei Berufsschulen auch den Lehrherren.

(2) Der Schulleiter hat die Lehrer in ihrer Unterrichts- und Erziehungsarbeit zu beraten und sich vom Stand des Unterrichtes und von den Leistungen der Schüler regelmäßig zu überzeugen.

(3) Außer den ihm aufgetragenen unterrichtlichen, erzieherischen und administrativen Aufgaben hat er für die Einhaltung aller Rechtsvorschriften und schulbehördlichen Weisungen sowie für die Führung der Amtsschriften der Schule und die Ordnung in der Schule zu sorgen. Für die Beaufsichtigung der Schüler im Sinne des § 52 Abs. 3 hat er eine Diensterteilung zu treffen. Er hat dem Schulleiter wahrgenommene Mängel der Schulliegschaften und ihrer Einrichtungen zu melden.

(4) Pflichten, die dem Schulleiter auf Grund von anderen, insbesondere von dienstrechtlichen Vorschriften obliegen, bleiben unberührt.

(5) In Schulen, an denen ein ständiger Stellvertreter des Schulleiters bestellt ist, hat dieser den Schulleiter bei der Erfüllung seiner Aufgaben zu unterstützen. Die ihm im einzelnen obliegenden Pflichten sind durch Diensterteilung der Schulbehörde festzulegen.

§ 56

Lehrerkonferenzen

(1) Lehrerkonferenzen sind die Schulkonferenz und die Klassenkonferenz.

(2) Die Lehrer einer Schule bilden unter dem Vorsitz des Schulleiters die Schulkonferenz, die Lehrer einer Klasse unter dem Vorsitz des Klassen Vorstandes die Klassenkonferenz.

(3) Die Lehrerkonferenzen sind zur Erfüllung der ihnen durch die Rechtsvorschriften übertragenen Aufgaben oder zur Beratung gemeinsamer Fragen der Unterrichts- und Erziehungsarbeit oder zur beruflichen Fortbildung der Lehrer durchzuführen.

(4) Die Einberufung von Lehrerkonferenzen steht dem Schulleiter zu. Darüber hinaus können Klassenkonferenzen vom Klassen Vorstand mit Zustimmung des Schulleiters einberufen werden.

(5) Der Schulleiter (Klassen Vorstand) ist verpflichtet, Lehrerkonferenzen einzuberufen, wenn dies ein Drittel der für die Teilnahme an den Lehrerkonferenzen jeweils in Betracht kommenden Lehrer (Abs. 2) verlangt. In diesen Fällen ist die im Abs. 4 vorgesehene Zustimmung zu erteilen. Der Schulleiter (Klassen Vorstand) ist ferner verpflichtet, in den Lehrerkonferenzen jene Angelegenheiten zu beraten, deren Behandlung von einem Drittel der für die Teilnahme an den Lehrerkonferenzen jeweils in Betracht kommenden Lehrer (Abs. 2) verlangt wird.

(6) Für einen Beschluß einer Lehrerkonferenz ist die Anwesenheit von mindestens zwei Dritteln ihrer Mitglieder und die unbedingte Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich. Dem Vorsitzen-

den und jedem Mitglied kommt eine Stimme zu. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Stimmübertragungen sind ungültig. Stimmenthaltungen sind außer im Falle der Befangenheit (§ 7 AVG. 1950) unzulässig. Über den Verlauf einer Lehrerkonferenz ist eine schriftliche Aufzeichnung zu führen.

(7) Der Schulleiter kann jederzeit den Vorsitz in einer Klassenkonferenz übernehmen. In diesem Falle kommt ihm beschließende Stimme nur dann zu, wenn er Mitglied der Klassenkonferenz ist. Bei Stimmgleichheit hat er jedoch das Entscheidungsrecht.

(8) Die Klassenkonferenzen für mehrere Klassen können auch in der Weise abgehalten werden, daß die Lehrer aller in Betracht kommenden Klassen eine gemeinsame Sitzung abhalten, wobei aber bei der Beratung der Angelegenheiten einer Klasse nur die Lehrer dieser Klasse Stimmrecht haben.

7. Abschnitt

Schule und Schüler, Schule und Erziehungsberechtigte; Schulgemeinschaft

§ 57

Schülermitverwaltung

(1) Die Schüler einer Schule haben das Recht der Schülermitverwaltung in Form der Vertretung ihrer Interessen und der Mitgestaltung des Schullebens. Die Schüler haben sich bei dieser Tätigkeit von der Aufgabe der Schule (§ 2 Abs. 3 und 4) leiten zu lassen.

(2) Im Rahmen der Interessenvertretung gegenüber den Lehrern, dem Schulleiter und der Schulbehörde stehen den Schülern folgende Rechte zu:

a) Mitwirkungsrechte:

das Recht auf Anhörung,
das Recht auf Information,
das Recht auf Abgabe von Vorschlägen und Stellungnahmen,
das Recht auf Mitsprache bei der Gestaltung des Unterrichtes im Rahmen des Lehrplanes,
das Recht auf Beteiligung an der Wahl der Unterrichtsmittel;

b) Mitbestimmungsrechte:

das Recht auf Mitentscheidung bei der Erstellung der Haus- und Heimordnung,
das Recht auf Mitentscheidung bei der Anwendung von Erziehungsmitteln gemäß § 49 Abs. 2,
das Recht auf Mitentscheidung bei der Antragstellung auf Ausschluß eines Schülers.

Die Festsetzung des Umfanges der Mitwirkungsrechte und der Mitbestimmungsrechte der Schüler obliegt dem Schulgemeinschaftsausschuß (§ 61).

(3) Im Rahmen der Mitgestaltung haben die Schüler gemeinsam jene Aufgaben wahrzunehmen, die über die Mitarbeit des einzelnen Schülers hinausreichen. Als solche kommen Vorhaben in Betracht, die der politischen, staatsbürgerlichen und kultu-

rellen Bildung der Schüler im Sinne demokratischer Grundsätze dienen, ihr soziales Verhalten entwickeln und festigen und ihren Neigungen entsprechende Betätigungsmöglichkeiten in der Freizeit bieten.

(4) Veranstaltungen der Schülermitverwaltung (Abs. 3) unterliegen nicht der Aufsichtspflicht des Lehrers (des Schulleiters). Die Befugnis der Lehrer (des Schulleiters), an diesen Veranstaltungen teilzunehmen, wird davon nicht berührt.

§ 58

Schülervertreter, Wahl und Abberufung; Versammlung der Schülervertreter

(1) Zur Interessenvertretung und zur Mitgestaltung des Schullebens sind — ausgenommen in Lehrgängen mit einer Dauer unter acht Wochen — Schülervertreter zu bestellen. Sie sind von den Schülern in gleicher, unmittelbarer, geheimer und persönlicher Wahl zu wählen.

(2) Schülervertreter im Sinne des Abs. 1 sind:

- a) der von den Schülern einer Klasse zu wählende Klassensprecher (dessen Stellvertreter);
- b) der von den Klassensprechern einer Schule zu wählende Schulsprecher (dessen Stellvertreter).

Bei einklassigen Schulen ist der Klassensprecher (dessen Stellvertreter) zugleich Schulsprecher; Abs. 3 ist in diesem Falle nicht anzuwenden.

(3) Die Schülervertreter bilden in ihrer Gesamtheit die Versammlung der Schülervertreter. Die Einberufung der Versammlung obliegt dem Schulsprecher (dessen Stellvertreter). Den Vorsitz in der Versammlung führt der Schulsprecher (dessen Stellvertreter).

(4) Die Festsetzung des Wirkungsbereiches der Schülervertreter obliegt dem Schulgemeinschaftsausschuß (§ 61).

(5) Wählbar zum Klassensprecher (dessen Stellvertreter) ist jeder Schüler der betreffenden Klasse, zum Schulsprecher (dessen Stellvertreter) jeder Schüler der Schule. Der Schulgemeinschaftsausschuß (§ 61) hat einem Schüler die Wählbarkeit abzuerkennen, wenn er wegen eines schwerwiegenden ordnungswidrigen Verhaltens oder wegen Gefährdung seines erfolgreichen Abschlusses der betreffenden Schulstufe zur Erfüllung der Aufgaben eines Schülervertreters ungeeignet erscheint.

(6) Die Wahl zum Klassensprecher (dessen Stellvertreter) hat unter der Leitung des Klassenvorstandes oder Schulleiters, zum Schulsprecher (dessen Stellvertreter) unter der Leitung des Schulleiters oder eines von ihm beauftragten Lehrers innerhalb der ersten zwei Monate eines jeden Unterrichtsjahres für die Zeit bis zur nächsten Wahl stattzufinden. Zugleich mit diesen Wahlen sind jeweils ein oder zwei Stellvertreter zu wählen.

(7) Gewählt ist, wer die unbedingte Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Erreicht keiner der Vorgeschlagenen die unbedingte Mehrheit, so hat zwischen jenen beiden Kandidaten, die

die meisten Stimmen auf sich vereinigt haben, eine Stichwahl stattzufinden. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

(8) Die gewählten Schülervertreter bedürfen keiner Bestätigung. Die Funktion eines Schülervertreters endet durch Zeitablauf, Ausscheiden aus dem Verband, für den er gewählt wurde (Klasse, Schule), Rücktritt oder Abwahl. Ein Schülervertreter ist abgewählt, wenn es die unbedingte Mehrheit der jeweils Wahlberechtigten (Abs. 2) beschließt. Auf die Abwahl ist Abs. 6 mit der Abweichung anzuwenden, daß zu diesem Zweck der Klassenvorstand bzw. der Schulleiter oder ein von ihm beauftragter Lehrer die jeweils Wahlberechtigten einzuberufen hat, wenn es ein Drittel von diesen verlangt. Die Frist für die Einberufung beträgt zwei Wochen, gerechnet von dem Zeitpunkt, zu dem das Verlangen gestellt wurde.

(9) Bei Ausscheiden eines Schülervertreters aus seiner Funktion sind unverzüglich Neuwahlen durchzuführen. Die Funktion des neugewählten Schülervertreters dauert bis zur nächsten gemäß Abs. 6 durchzuführenden Wahl.

§ 59

Erziehungsberechtigte

(1) Unter den Erziehungsberechtigten im Sinne dieses Gesetzes sind die Personen zu verstehen, denen im Einzelfall nach bürgerlichem Recht das Erziehungsrecht zusteht.

(2) Steht das Erziehungsrecht hinsichtlich eines Schülers mehr als einer Person zu, so ist jeder von ihnen mit Wirkung auch für den anderen handlungsbefugt.

(3) Die Erziehungsberechtigten haben die Unterrichts- und Erziehungsarbeit der Schule zu unterstützen, die Schüler mit den erforderlichen Unterrichtsmitteln auszustatten und auf die gewissenhafte Erfüllung der sich aus dem Schulbesuch ergebenden Pflichten des Schülers hinzuwirken sowie zur Förderung der Schulgemeinschaft beizutragen.

(4) Die Erziehungsberechtigten haben die für die Führung der Amtsschriften der Schule erforderlichen Dokumente vorzulegen und Auskünfte zu geben sowie erhebliche Änderungen dieser Angaben unverzüglich der Schule mitzuteilen.

(5) Lehrer und Erziehungsberechtigte haben eine möglichst enge Zusammenarbeit in allen Fragen der Erziehung und des Unterrichtes der Schüler zu pflegen. Zu diesem Zweck sind Einzelaussprachen und gemeinsame Beratungen zwischen Lehrern und Erziehungsberechtigten über Fragen der Erziehung, den Leistungsstand, den geeignetsten Bildungsweg und die Schulgesundheitspflege durchzuführen.

§ 60

Elternvereine

(1) Die Schulleiter haben die Errichtung und die Tätigkeit von Elternvereinen zu fördern, die

satzungsgemäß allen Erziehungsberechtigten von Schülern der betreffenden Schule zugänglich sind.

(2) Die Organe des Elternvereines können dem Schulleiter und dem Klassenvorstand Vorschläge, Wünsche und Beschwerden mitteilen; der Schulleiter hat das Vorbringen des Elternvereines zu prüfen und mit den Organen des Elternvereines zu besprechen.

§ 61

Schulgemeinschaftsausschuß

(1) Zur Förderung und Festigung der Schulgemeinschaft ist in jeder Schule ein Schulgemeinschaftsausschuß zu bilden.

(2) Dem Schulgemeinschaftsausschuß gehören der Schulleiter und je drei Vertreter der Lehrer und der Schüler sowie, wenn dies die Erziehungsberechtigten von 20 v. H. der Schüler verlangen, drei Vertreter der Erziehungsberechtigten an. Das Verlangen hat für ein Schuljahr, bei lehrgangsmäßigen Berufsschulen für einen Lehrgang Gültigkeit.

(3) Die Vertreter der Lehrer sind von der Schulkonferenz aus dem Kreis der an der betreffenden Schule tätigen Lehrer innerhalb der ersten zwei Monate eines jeden Unterrichtsjahres, bei lehrgangsmäßigen Berufsschulen innerhalb der ersten Woche eines Lehrganges für die Zeit bis zur nächsten Wahl zu wählen.

(4) Die Vertreter der Schüler sind der Schulsprecher sowie dessen zwei Stellvertreter.

(5) Die Vertreter der Erziehungsberechtigten sind von den Erziehungsberechtigten der Schüler der betreffenden Schule aus deren Kreis in gleicher, unmittelbarer, geheimer und persönlicher Wahl unter der Leitung des Schulleiters zu wählen; hiebei sind § 58 Abs. 7 sowie die Bestimmungen des Abs. 3 über die Frist, innerhalb der die Wahl stattzufinden hat, und die Funktionsdauer anzuwenden. Besteht an der Schule ein Elternverein, so sind die Vertreter der Erziehungsberechtigten jedoch von diesem zu entsenden; bestehen an einer Schule mehrere Elternvereine, so ist nach dem ersten Satz vorzugehen.

(6) Dem Schulgemeinschaftsausschuß obliegen

a) die Beratung insbesondere über

aa) wichtige Fragen des Unterrichtes,

bb) wichtige Fragen der Erziehung,

cc) Fragen der Planung von Schulveranstaltungen (insbesondere von Wandertagen und Schulschikursen),

dd) die Durchführung von Elternsprechtagen,

ee) die Durchführung von Sammlungen,

ff) die Durchführung von Veranstaltungen der Schulbahnberatung,

gg) Fragen der Schulgesundheitspflege,

hh) Vorhaben, die der Mitgestaltung des Schullebens dienen (§ 57 Abs. 3);

b) die Festsetzung des Umfanges der Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Schüler (§ 57

Abs. 2) und die Festsetzung des Wirkungsbereiches der Schülervertreter (§ 58 Abs. 4);

c) die Aberkennung der Wählbarkeit eines Schülers zum Schülervertreter (§ 58 Abs. 5).

(7) Die Einberufung des Schulgemeinschaftsausschusses obliegt dem Schulleiter. Ein Drittel der Mitglieder kann die Einberufung des Schulgemeinschaftsausschusses unter gleichzeitiger Einbringung eines Antrages auf Behandlung einer der im Abs. 6 genannten Angelegenheiten verlangen. In den Fällen des Abs. 6 lit. a sublit. hh, lit. b und lit. c können ein solches Verlangen nur die Mitglieder stellen, denen in diesen Fällen beschließende Stimme zukommt. Die Frist für die Einberufung beträgt zwei Wochen, gerechnet von dem Zeitpunkt, zu dem das Verlangen gestellt wurde. Der Schulleiter ist berechtigt, auch ohne Verlangen auf Einberufung den Schulgemeinschaftsausschuß einzuberufen, sofern eine der im Abs. 6 genannten Angelegenheiten zu behandeln ist.

(8) Den Vorsitz im Schulgemeinschaftsausschuß führt der Schulleiter oder ein von ihm namhaft gemachter Vertreter.

(9) Die Festsetzungen nach Abs. 6 lit. b und die Entscheidung nach Abs. 6 lit. c unterliegen der Beschlußfassung des Schulgemeinschaftsausschusses; desgleichen die Abgabe von Empfehlungen und Stellungnahmen in den im Abs. 6 lit. a genannten Angelegenheiten.

(10) Jedem Mitglied der im Schulgemeinschaftsausschuß vertretenen Gruppen (Lehrer, Schüler, Erziehungsberechtigte) kommt eine beschließende Stimme zu; dem Schulleiter kommt in allen Fällen des Abs. 6, den Erziehungsberechtigten in den Fällen des Abs. 6 lit. a sublit. hh, lit. b und lit. c nur beratende Stimme zu. Stimmenthaltung ist unzulässig. Eine Übertragung der Stimme auf eine andere Person ist unzulässig und unwirksam.

(11) Der Schulgemeinschaftsausschuß ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder mit beschließender Stimme und mindestens je ein Mitglied der im Ausschuß vertretenen Gruppen (Lehrer, Schüler, Erziehungsberechtigte) anwesend sind. In den Fällen des Abs. 6 lit. a sublit. hh, lit. b und lit. c bleibt für die Beschlußfähigkeit die Anwesenheit von Vertretern der Erziehungsberechtigten außer Betracht. Für einen Beschluß ist die unbedingte Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgewiesen.

(12) Der Schulleiter hat einen Beschluß des Schulgemeinschaftsausschusses in den Fällen des Abs. 6 lit. a sublit. hh, lit. b und lit. c zu sistieren, wenn er ihn für rechtswidrig hält, und die Weisung der Schulbehörde einzuholen.

§ 62

Erweiterte Schulgemeinschaft

Zur Pflege und Förderung der zwischen den Berufs- und Fachschulen und dem Wirtschaftsleben notwendigen engen Verbindung können als erwei-

terte Schulgemeinschaft Formen der Zusammenarbeit zwischen den gesetzlichen Interessenvertretungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Land- und Forstwirtschaft, den Absolventenverbänden und den Schulen von der Schulbehörde vorgesehen werden.

§ 63

Schulärztliche Betreuung

(1) Schulärzte haben die Aufgabe, die Lehrer in gesundheitlichen Fragen der Schüler, soweit sie den Unterricht, den Schulbesuch und den damit angestrebten Beruf betreffen, zu beraten und die hiefür erforderlichen Untersuchungen der Schüler durchzuführen.

(2) Die Schüler sind verpflichtet, sich — abgesehen von einer allfälligen Aufnahmeuntersuchung — einmal im Schuljahr einer schulärztlichen Untersuchung zu unterziehen. Darüber hinaus sind Untersuchungen mit Zustimmung des Schülers möglich. Sofern bei Untersuchungen gesundheitliche Mängel festgestellt werden, sind die betreffenden Schüler bzw. die Erziehungsberechtigten hievon vom Schularzt in Kenntnis zu setzen.

(3) Insoweit bei Lehrerkonferenzen Angelegenheiten des Gesundheitszustandes von Schülern oder Fragen der Gesundheitserziehung behandelt werden, sind die Schulärzte zur Teilnahme an den Lehrerkonferenzen mit beratender Stimme einzuladen.

8. Abschnitt

Verfahrensbestimmungen

§ 64

Vertretung durch die Erziehungsberechtigten; Handlungsfähigkeit des nicht eigenberechtigten Schülers

(1) In den Angelegenheiten dieses Gesetzes werden Schüler (Aufnahmebewerber), die nicht eigenberechtigt sind, soweit im folgenden nichts anderes bestimmt ist, von den Erziehungsberechtigten vertreten.

(2) Der nicht eigenberechtigte Schüler (Aufnahmebewerber) ist zum selbständigen Handeln in nachstehenden Angelegenheiten befugt, sofern die Erziehungsberechtigten die Handlungsfähigkeit nicht durch Erklärung der Schule gegenüber einschränken:

- a) Ansuchen um Befreiung von der Teilnahme an einzelnen Pflichtgegenständen und Wahl zwischen alternativen Pflichtgegenständen (§ 29 Abs. 1 und 2);
- b) Anmeldung zur und Abmeldung von der Teilnahme an Freigegegenständen, unverbindlichen Übungen oder am Förderunterricht (§ 30 Abs. 1 und 4);
- c) Ansuchen um Stundung der Feststellungsprüfung (§ 37 Abs. 3);
- d) Ansuchen um Durchführung einer Prüfung über Kenntnisse und Fertigkeiten des praktischen Unterrichtes (§ 37 Abs. 4);

- e) Benachrichtigung von einer Verhinderung am Schulbesuch, Ansuchen um Erteilung der Erlaubnis zum Fernbleiben von der Schule (§ 47 Abs. 3, 6 und 8);
- f) Antrag auf Ausstellung einer Ersatzbestätigung für ein verlorenes Zeugnis (§ 70 Abs. 2).

(3) Macht der nicht eigenberechtigte Schüler von der ihm eingeräumten Befugnis zum selbständigen Handeln in den im Abs. 2 angeführten Angelegenheiten keinen Gebrauch, so sind die Erziehungsberechtigten zum Handeln befugt. In den Fällen des Abs. 2, in denen Handlungen des nicht eigenberechtigten Schülers an Fristen gebunden sind, erlischt die Befugnis der Erziehungsberechtigten zum Handeln nach Ablauf von drei Werktagen, gerechnet vom Zeitpunkt des Fristablaufes. Im Falle eines Tätigwerdens der Erziehungsberechtigten gemäß der ihnen im ersten Satz eingeräumten Befugnis sind deren Handlungen ausschlaggebend.

§ 65

Verfahren

(1) Die Schulbehörde hat in den auf Grund der Bestimmungen dieses Gesetzes von ihr durchzuführenden Verwaltungsverfahren das Allgemeine Verwaltungsverfahrensgesetz 1950 anzuwenden, sofern nicht im § 67 Abs. 2 bis 4, im § 69 Abs. 3 und 4 sowie im § 70 abweichende Regelungen getroffen werden.

(2) Soweit Verwaltungsverfahren auf Grund der Bestimmungen dieses Gesetzes von anderen Organen als der Schulbehörde (Schulleiter, Lehrerkonferenz, Prüfungskommission) durchzuführen sind, gelten die Regelungen gemäß Abs. 3 und 4.

(3) In den nachstehend angeführten Angelegenheiten sind in Verfahren die Bestimmungen des § 66, des § 67 Abs. 1, des § 68 und des § 69 Abs. 1 und 2 anzuwenden:

- a) Zulassung zur Eignungsfeststellung (§ 22);
- b) Aufnahme in die Schule (§§ 25 und 26);
- c) Besuch von Pflichtgegenständen (§ 29);
- d) Besuch von Freigegegenständen, unverbindlichen Übungen und Förderunterricht (§ 30);
- e) Teilnahme an Schulveranstaltungen (§ 31);
- f) Stundung von Feststellungsprüfungen (§ 37 Abs. 3);
- g) Nichtberechtigung zum Aufsteigen in die nächsthöhere Schulstufe (§ 37 Abs. 6, § 41);
- h) Zulassung zu Wiederholungsprüfungen und Wiederholen von Schulstufen (§§ 40 und 42);
- i) Fernbleiben von der Schule (§ 47 Abs. 6);
- j) Versetzen in eine Parallelklasse oder einen anderen Lehrgang (§ 49 Abs. 2).

(4) Für Entscheidungen und Verfügungen in Zeugnissen sind die Bestimmungen der §§ 35 bis 44 maßgebend.

§ 66

Parteien, Ermittlungsverfahren, Bescheidausfertigung

- (1) Parteien sind die Erziehungsberechtigten bzw.

Schüler, über deren Ansuchen oder sonstige rechtliche Interessen abzusprechen ist.

(2) Vor der Erlassung eines Bescheides ist der Sachverhalt, soweit er nicht offenkundig ist, durch geeignete Beweise festzustellen. Den Parteien ist, wenn ihrem Ansuchen nicht vollinhaltlich stattgegeben werden soll, Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Sachverhaltsfeststellungen zu geben.

(3) Der Bescheid ist den Parteien mündlich zu verkünden oder schriftlich auszufertigen, soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist. Auf Verlangen der Partei ist er schriftlich auszufertigen. Die Ausfertigung hat zu enthalten:

- a) Bezeichnung und Standort der Schule bzw. des entscheidenden Organes;
- b) den Inhalt der Entscheidung oder Verfügung;
- c) die maßgebenden Gründe der Entscheidung oder Verfügung, sofern dem Ansuchen nicht vollinhaltlich stattgegeben worden ist;
- d) Ort und Datum des Bescheides;
- e) Unterschrift des entscheidenden Organes, bei Kollegialorganen des Vorsitzenden;
- f) Hinweis auf die Möglichkeit einer Berufung, die Berufungsfrist und die Schulbehörde, an die die Berufung zu richten ist, sowie die Einbringungsstelle für die Berufung.

§ 67

Berufung

(1) Gegen Entscheidungen und Verfügungen in den im § 65 Abs. 3 — ausgenommen lit. g — angeführten Angelegenheiten können die Parteien binnen zwei Wochen Berufung an die Schulbehörde erheben. Die Berufung ist beim Leiter der Schule einzubringen, die den Bescheid erlassen hat. Gegen Entscheidungen in Zeugnissen ist eine Berufung nicht zulässig.

(2) Gegen die Entscheidung, daß der Schüler zum Aufsteigen nicht berechtigt ist (§ 37 Abs. 6, § 41), ist eine Berufung an die Schulbehörde zulässig. Die Berufung ist innerhalb einer Woche ab Zustellung der Entscheidung beim Schulleiter einzubringen. Der Schulleiter hat die Berufung unter Anschluß einer Stellungnahme der Lehrer, auf deren Beurteilung sich die Entscheidung gründet, sowie unter Anschluß aller sonstigen Beweismittel unverzüglich der Schulbehörde vorzulegen.

(3) Die Schulbehörde hat in den Fällen des Abs. 2, insoweit sich die Berufung auf die behauptete unrichtige Beurteilung mit „Nicht genügend“ stützt,

- a) der Berufung stattzugeben, wenn die Unterlagen zur Feststellung ausreichen, daß die auf „Nicht genügend“ lautende Beurteilung, die der Entscheidung zugrunde lag, unrichtig war; zugleich ist die betreffende Note neu festzusetzen;
- b) die Berufung abzuweisen, wenn die Unterlagen zur Feststellung ausreichen, daß die auf „Nicht genügend“ lautende Beurteilung, die der Entscheidung zugrunde lag, richtig war;

c) das Verfahren zu unterbrechen, wenn die Unterlagen weder zu einer Entscheidung nach lit. a oder b ausreichen, und den Berufungswerber zu einer kommissionellen Prüfung zuzulassen; wenn der Berufungswerber diese Prüfung nicht besteht oder zu dieser Prüfung nicht antritt, ist die Berufung abzuweisen; andernfalls ist ihr stattzugeben und die Note auf Grund des Ergebnisses der Prüfung neu festzusetzen.

(4) Für die Durchführung der kommissionellen Prüfung im Sinne des Abs. 3 lit. c gelten die Bestimmungen über die Wiederholungsprüfung (§ 40 Abs. 4) mit der Maßgabe, daß die Prüfung unter dem Vorsitz eines Schulaufsichtsbeamten oder eines von diesem bestimmten Vertreters stattzufinden hat. Wenn eine Einigung über die Beurteilung des Ergebnisses dieser Prüfung nicht zustande kommt, entscheidet der Vorsitzende.

§ 68

Zustellung

(1) Schriftliche Ausfertigungen in den im § 65 Abs. 3 angeführten Angelegenheiten und der im § 67 Abs. 2 genannten Entscheidungen sind den Parteien nachweislich zuzustellen.

(2) Soweit der Schüler (Aufnahmebewerber) zum selbständigen Handeln befugt ist (§ 64), hat die Zustellung durch Übergabe der Ausfertigungen an ihn zu erfolgen. Die Erziehungsberechtigten können jedoch jeweils innerhalb von zwei Wochen nach dem Beginn des Schuljahres verlangen, daß auch in diesen Fällen die Zustellung im Sinne des Abs. 1 zu erfolgen hat.

§ 69

Entscheidungspflicht

(1) In den Angelegenheiten des § 65 Abs. 3 haben die zuständigen Organe — unbeschadet der Bestimmung des folgenden Abs. 3 — über Ansuchen von Parteien ohne unnötigen Aufschub, spätestens aber vier Wochen nach deren Einlangen den Bescheid zu erlassen. Andernfalls geht die Zuständigkeit zur Entscheidung auf schriftliches Verlangen der Partei auf die Schulbehörde über. Ein solches Verlangen ist unmittelbar bei der Schulbehörde einzubringen. Das Verlangen ist abzuweisen, wenn die Verzögerung der Entscheidung nicht ausschließlich auf ein Verschulden des zuständigen Organes zurückzuführen ist.

(2) Die Frist des Abs. 1 wird für die Dauer der Weihnachts-, Semester-, Oster-, Pfingst- und Hauptferien gehemmt.

(3) Die Schulbehörde hat über Ansuchen von Parteien und Berufungen ohne unnötigen Aufschub, spätestens aber, soweit im Abs. 4 nichts anderes bestimmt ist, drei Monate nach deren Einlangen den Bescheid zu erlassen.

(4) In den Fällen des § 67 Abs. 2 hat die Schulbehörde über die Berufung binnen drei Wochen nach deren Einlangen den Bescheid zu erlassen.

§ 70

Schulverzeichnisse, Protokolle, Formblätter; Ersatzbestätigungen für verlorene Zeugnisse

(1) Die Schulbehörde hat durch Verordnung nach den Erfordernissen der einzelnen Schularten Bestimmungen über Form, Inhalt, Führung und Aufbewahrung der in den Schulen zu führenden Aufzeichnungen und über die sonstigen bei der Vollziehung dieses Gesetzes zu verwendenden Formblätter zu erlassen.

(2) Die Ausstellung einer Ersatzbestätigung für ein verlorenes Zeugnis einer Berufs- oder Fachschule kann bei der Schulbehörde beantragt werden. Der Antragsteller hat glaubhaft zu machen, daß die Bemühungen um die Wiedererlangung des verlorenen Zeugnisses oder die Ausstellung einer Zweitschrift ohne sein Verschulden ergebnislos geblieben sind.

(3) Dem Ansuchen sind anzuschließen:

- a) Geburtsurkunde;
- b) Staatsbürgerschaftsnachweis und Nachweis des ordentlichen Wohnsitzes;
- c) Angaben über Beweismittel, aus denen der seinerzeitige Erwerb des Zeugnisses hervorgeht.

(4) Die Ersatzbestätigung ist auszustellen, wenn sich der Erwerb des Zeugnisses im Ermittlungsverfahren zweifelsfrei ergibt; andernfalls ist der Antrag abzuweisen.

(5) Mit einer gemäß Abs. 4 ausgestellten Ersatzbestätigung sind die gleichen Berechtigungen wie mit dem verlorenen Zeugnis verbunden.

IV. HAUPTSTÜCK

**Schulerhaltung, Schulverwaltung,
Schulaufsicht**

1. Abschnitt

Errichtung, Erhaltung und Auflassung von öffentlichen Berufs- und Fachschulen

§ 71

Errichtung und Auflassung von Schulen

(1) Öffentliche Berufsschulen sind unter Bedacht-
nahme auf eine voraussichtlich ständige Zahl von
30 Schülern in solcher Zahl zu errichten, daß alle
Berufsschulpflichtigen eine ihrer Fachrichtung ent-
sprechende Schule besuchen können. Hiebei ist auch
auf die Vereinbarungen mit anderen Bundesländern
im Sinne des § 9 Abs. 6 Bedacht zu nehmen. In der
Errichtungsverordnung (§ 3 Abs. 1) kann die An-
gliederung eines Schülerheimes angeordnet werden,
um Schulpflichtigen den Schulbesuch zu ermöglichen
oder zu erleichtern.

(2) Öffentliche Fachschulen sind in solcher Zahl
zu errichten, daß allen eine Fachausbildung anstre-
benden in Oberösterreich wohnhaften Personen der
Besuch einer Fachschule ermöglicht wird. Hiebei ist

auf die Vereinbarungen mit anderen Bundesländern im Sinne des § 9 Abs. 6 Bedacht zu nehmen. In der Errichtungsverordnung ist die Angliederung eines Schülerheimes und erforderlichenfalls die Angliederung eines Lehr- oder Versuchsbetriebes anzuordnen.

(3) Die Schulbehörde hat durch Verordnung die Auflassung einer Schule zu verfügen, wenn die Voraussetzungen für die Errichtung der Schule nicht mehr gegeben sind. Die Auflassung erstreckt sich auch auf ein angegliedertes Schülerheim oder einen Lehr- oder Versuchsbetrieb.

(4) Die Schulbehörde kann durch Verordnung eine Schule stilllegen, wenn

- a) die durchschnittliche Schülerzahl in den kommenden drei Schuljahren voraussichtlich unter 15 Schüler pro Klasse absinkt, jedoch die Voraussetzungen für eine Auflassung der Schule nicht gegeben sind;
- b) die Unterbringung der in Betracht kommenden Schüler in anderen öffentlichen Berufs- oder Fachschulen bei einem zumutbaren Schulweg oder sonst durch Aufnahme in ein Schülerheim möglich ist.

In der Verordnung ist auch auszusprechen, ob ein angegliedertes Schülerheim stillgelegt wird.

(5) Im Falle einer Stilllegung oder Auflassung einer Schule sind die Schüler von der Schulbehörde den in Betracht kommenden Schulen zuzuweisen.

§ 72

Schulerhaltung

(1) Das Land ist gesetzlicher Schulerhalter für öffentliche Berufs- und Fachschulen einschließlich der diesen Schulen angegliederten Schülerheime sowie Lehr- und Versuchsbetriebe.

(2) Im Falle der Errichtung einer Schule hat das Land als Schulerhalter die für die Unterbringung erforderlichen Baulichkeiten, Anlagen und Liegenschaften in entsprechender Ausstattung (Abs. 3 bis 6) bereitzustellen sowie alle sonstigen für die Schulführung erforderlichen Maßnahmen (§ 3 Abs. 2 und 3) zu treffen.

(3) Jede öffentliche Berufs- und Fachschule hat hinsichtlich ihrer Unterbringung und Einrichtung den Grundsätzen der Pädagogik und der Schulhygiene sowie den Erfordernissen der körperlichen Sicherheit zu entsprechen und jene Lehrmittel aufzuweisen, die nach dem Lehrplan entsprechend der Fachrichtung für den Unterricht notwendig sind.

(4) Öffentliche Berufs- und Fachschulen sind mit den für den praktischen Unterricht erforderlichen Unterrichtsräumen und Einrichtungen, wie Lehrwerkstätten, Werkräumen und Schulküchen, auszustatten; ferner ist vorzusorgen, daß Turnsäle und Sportanlagen in leicht erreichbarer Entfernung zur Verfügung stehen.

(5) In den öffentlichen Berufs- und Fachschulen ist in allen Klassenräumen ein Kreuz anzubringen.

(6) Als staatliche Symbole sind in jedem Klassenraum das Bundeswappen und in jeder Schule das Landeswappen, ein Bild des Bundespräsidenten sowie ein Bild des Landeshauptmannes anzubringen.

§ 73

Ende der Erhaltungspflicht

(1) Die Verpflichtungen des Landes als Schulerhalter erlöschen mit der Auflassung der Schule.

(2) Bei Stilllegung einer Schule sind die Gebäude, Anlagen und Liegenschaften einschließlich der Ausstattung soweit instandzuhalten, daß der Schulbetrieb mit Ende des Stilllegungszeitraumes wieder aufgenommen werden kann.

2. Abschnitt

Schulbehörde

§ 74

Behördenzuständigkeit

(1) Schulbehörde im Sinne dieses Gesetzes ist die Landesregierung.

(2) Der Schulbehörde obliegt, soweit nicht ausdrücklich anderes bestimmt ist, die Vollziehung der Bestimmungen dieses Gesetzes.

(3) Der Schulbehörde kommt ferner die Schulaufsicht auf dem Gebiete des land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulwesens und des land- und forstwirtschaftlichen Erziehungswesens in den Angelegenheiten der Schülerheime im Sinne des § 1 zu.

§ 75

Schulaufsichtsorgane

(1) Die Schulbehörde hat zur Wahrnehmung der Schulaufsichtsangelegenheiten aus dem Kreise der land- und forstwirtschaftlichen Landeslehrer einen „Landesschulinspektor für das land- und forstwirtschaftliche Schulwesen“ sowie für einzelne Gegenstände oder Gegenstandsgruppen die erforderliche Anzahl von Fachinspektoren zu bestellen.

(2) Die Schulaufsichtsorgane haben insbesondere

- a) die Einhaltung des Lehrplanes, die Unterrichtsführung, den Unterrichtserfolg sowie die erzieherische Tätigkeit der Lehrer (Erzieher),
- b) die Einhaltung der Vorschriften über die Ordnung von Unterricht und Erziehung sowie
- c) den Zustand der Schule (des Schülerheimes) in räumlicher, einrichtungsmäßiger und schulhygienischer Beziehung

zu überwachen. Außerdem haben sie die Leiter, Lehrer und Erzieher in den Angelegenheiten der lit. a bis c zu beraten und deren Fortbildung zu fördern.

(3) Die den Beamten des Schulaufsichtsdienstes im einzelnen obliegenden Pflichten sind durch Dienst-anweisung der Schulbehörde festzulegen.

(4) Andere Organe der Schulbehörde dürfen dem Unterricht an einer Schule nur in Anwesenheit eines Beamten des Schulaufsichtsdienstes beiwohnen.

3. Abschnitt

Land- und forstwirtschaftlicher Schulbeirat

§ 76

Einrichtung und Aufgabe

(1) Beim Amt der Landesregierung ist zur Beratung der Schulbehörde ein Land- und forstwirtschaftlicher Schulbeirat einzurichten (im folgenden kurz „Schulbeirat“ genannt).

(2) Der Schulbeirat ist von der Schulbehörde

- a) in Angelegenheiten der Errichtung, Erhaltung und Auflassung von öffentlichen Berufs- und Fachschulen und Schülerheimen,
- b) in Fragen der Schulorganisation im Hinblick auf die Einführung neuer Schulformen und die Einrichtung von Schulversuchen sowie
- c) bei beabsichtigten gesetzlichen Regelungen und Ordnungsregelungen im Bereich des land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulwesens

zu hören.

(3) Das Anhörungsrecht gemäß Abs. 2 kann durch die Abgabe von Stellungnahmen, Vorschlägen oder Gutachten ausgeübt werden.

§ 77

Zusammensetzung

(1) Dem Schulbeirat gehören als Mitglieder mit beschließender Stimme an:

1. als Vorsitzender jenes Mitglied der Landesregierung, in dessen Aufgabenkreis die Angelegenheiten des land- und forstwirtschaftlichen Schulwesens fallen;
2. fünf von der Landesregierung unter Bedachtnahme auf das Kräfteverhältnis der politischen Parteien im Landtag bestellte Vertreter mit der Maßgabe, daß auf jeden Klub (§ 3 der Landtagsgeschäftsordnung, LGBl. Nr. 74/1973) wenigstens ein Vertreter zu entfallen hat;
3. neun von der Landwirtschaftskammer für Oberösterreich entsandte Vertreter;
4. ein von der Kammer für Arbeiter und Angestellte in der Land- und Forstwirtschaft in Oberösterreich entsandter Vertreter;
5. fünf Vertreter der land- und forstwirtschaftlichen Landeslehrer, die vom Zentralausschuß der Personalvertretung dieser Lehrer in geheimer schriftlicher Wahl unter Bedachtnahme auf das Kräfteverhältnis im Zentralausschuß zu wählen sind; die Wahlordnung ist durch Verordnung der Schulbehörde zu erlassen.

(2) Die römisch-katholische Kirche und die evangelische Kirche A. B. und H. B. sind berechtigt, in den Schulbeirat je einen Vertreter als Mitglieder mit beratender Stimme zu entsenden.

(3) Dem Schulbeirat sind als Mitglieder mit beratender Stimme beizuziehen:

1. der Leiter der mit der Bearbeitung der Angelegenheiten des land- und forstwirtschaftlichen Schulwesens betrauten Abteilung des Amtes der Landesregierung;
2. der Leiter der mit der Bearbeitung der Angelegenheiten des Landes als gesetzlicher Schulerhalter betrauten Abteilung des Amtes der Landesregierung;
3. der Landesschulinspektor für das land- und forstwirtschaftliche Schulwesen;
4. der leitende Bedienstete der Land- und forstwirtschaftlichen Lehrlings- und Fachausbildungsstelle.

(4) Die Mitglieder gemäß Abs. 1 müssen zum Oberösterreichischen Landtag aktiv wahlberechtigt sein; für jedes dieser Mitglieder ist in gleicher Weise ein Ersatzmitglied zu bestellen. Im Verhinderungsfall haben sich die Mitglieder durch das Ersatzmitglied vertreten zu lassen. Die Vertretung der Mitglieder nach Abs. 3 bestimmt sich nach der Vertretung im Amt.

§ 78

Funktionsdauer und Konstituierung

(1) Die Mitglieder (Ersatzmitglieder) des Schulbeirates sind für die Dauer der Gesetzgebungsperiode des Landtages zu bestellen. Sie haben jedoch ihre Aufgaben auch nach Beendigung der Gesetzgebungsperiode des Landtages bis zur Konstituierung des neuen Schulbeirates wahrzunehmen.

(2) Die Bestellung der Mitglieder hat so rechtzeitig zu erfolgen, daß die Konstituierung des Schulbeirates innerhalb von drei Monaten nach Einberufung des neuen Landtages erfolgen kann.

§ 79

Erlöschen der Mitgliedschaft

(1) Die Mitgliedschaft (Ersatzmitgliedschaft) zum Schulbeirat erlischt

1. durch Tod,
2. durch Verzicht, der dem Vorsitzenden (Stellvertreter) gegenüber schriftlich zu erklären ist,
3. durch Widerruf der Bestellung seitens der bestellenden (entsendenden) Stelle oder
4. durch Verlust des aktiven Wahlrechtes zum Oberösterreichischen Landtag.

(2) In den Fällen des Abs. 1 ist unter Berücksichtigung der §§ 77 und 78 unverzüglich eine Nachbestellung vorzunehmen.

§ 80

Rechte und Pflichten der Mitglieder

(1) Die Mitglieder (Ersatzmitglieder) des Schulbeirates üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus und sind zur Unparteilichkeit und Verschwiegenheit verpflichtet.

(2) Die Mitglieder des Schulbeirates haben Anspruch auf Ersatz der notwendigen Reisekosten.

§ 81

Geschäftsführung

(1) Die Sitzungen des Schulbeirates sind vom Vorsitzenden nach Bedarf, mindestens jedoch einmal jährlich, unter Bekanntgabe der Tagesordnung einzuberufen. Die Einladung hat mindestens zwei Wochen vorher nachweislich zu erfolgen. Ferner ist der Schulbeirat einzuberufen, wenn dies die Mehrheit der Mitglieder gemäß § 77 Abs. 1 verlangt.

(2) Der Schulbeirat ist beschlußfähig, wenn alle Mitglieder eingeladen wurden und der Vorsitzende, in seiner Verhinderung der Stellvertreter, sowie mindestens die Hälfte der übrigen Mitglieder gemäß § 77 Abs. 1 anwesend sind.

(3) Der Schulbeirat faßt seine Beschlüsse mit unbedingter Mehrheit der abgegebenen Stimmen der anwesenden Mitglieder gemäß § 77 Abs. 1.

(4) Die Sitzungen des Schulbeirates sind nicht öffentlich. Der Vorsitzende kann den Sitzungen Auskunftspersonen und einen Schriftführer beiziehen.

(5) Über die in der Sitzung des Schulbeirates gefaßten Beschlüsse ist eine Verhandlungsschrift zu führen, die vom Vorsitzenden und je einem Vertreter der Parteien (§ 77 Abs. 1 Z. 2) zu unterfertigen ist. Sonstige schriftliche Ausfertigungen sind vom Vorsitzenden zu unterfertigen.

(6) Die näheren Bestimmungen über die Geschäftsführung trifft eine Geschäftsordnung, die vom Schulbeirat zu beschließen ist und der Genehmigung der Schulbehörde bedarf. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die Geschäftsordnung gesetzlichen Vorschriften widerspricht.

V. HAUPTSTÜCK

Errichtung und Führung von privaten land- und forstwirtschaftlichen Schulen sowie Schülerheimen

1. Abschnitt

Abgrenzungen

§ 82

Begriffsbestimmung

(1) Privatschulen im Sinne dieses Gesetzes sind Einrichtungen, in denen eine Mehrzahl von Schülern *gemeinsam nach einem festen Lehrplan unterrichtet* und hiebei im Zusammenhang mit allgemeinbildenden und berufsbildenden Kenntnissen und Fertigkeiten ein erzieherisches Ziel angestrebt wird und die von einem anderen als dem gesetzlichen Schulerhalter errichtet und erhalten werden.

(2) Ein erzieherisches Ziel ist gegeben, wenn außer den mit der Erwerbung von Kenntnissen und Fertigkeiten an sich verbundenen Erziehungszielen die Festigung der charakterlichen Anlagen der Schüler in sittlicher Hinsicht bezweckt wird.

§ 83

Allgemeine Zugänglichkeit; Aufnahme

(1) § 10 Abs. 1 gilt sinngemäß.

(2) Für Privatschulen, deren Schulerhalter eine gesetzlich anerkannte Kirche oder Religionsgesellschaft, eine nach deren Recht bestehende Einrichtung oder ein anderer Rechtsträger ist, sofern er nicht öffentlich-rechtlichen Charakter hat, sind jedoch die Auswahl der Schüler nach dem Bekenntnis und nach der Sprache sowie die Geschlechtertrennung zulässig. Die gleiche Regelung gilt für private Schülerheime.

(3) Soweit gemäß Abs. 2 die Auswahl der Schüler nach der Sprache zulässig ist, kann die betreffende Sprache auch als Unterrichtssprache in solchen Privatschulen verwendet werden. Andernfalls bedarf die Verwendung einer lebenden Fremdsprache als Unterrichtssprache an einer Privatschule der Bewilligung der Schulbehörde.

(4) Die Aufnahme in eine Privatschule erfolgt durch einen Vertrag des bürgerlichen Rechts zwischen dem Schüler und dem Privatschulerhalter.

2. Abschnitt

Allgemeine Voraussetzungen

§ 84

Schulerhalter

(1) Eine Privatschule zu führen ist berechtigt

- a) jeder österreichische Staatsbürger, der voll handlungsfähig und in sittlicher und staatsbürgerlicher Hinsicht verlässlich ist;
- b) jede Gebietskörperschaft, ausgenommen das Land; jede gesetzlich anerkannte Kirche oder Religionsgesellschaft und jede sonstige Körperschaft des öffentlichen Rechts;
- c) jede sonstige inländische juristische Person, deren vertretungsbefugte Organe die Voraussetzungen nach lit. a erfüllen.

(2) Personen, welche die österreichische Staatsbürgerschaft nicht besitzen, sowie juristische Personen, deren vertretungsbefugte Organe die österreichische Staatsbürgerschaft nicht besitzen, können Privatschulen führen, wenn sie beziehungsweise ihre vertretungsbefugten Organe voll handlungsfähig, in sittlicher Hinsicht verlässlich und keine nachteiligen Auswirkungen auf das land- und forstwirtschaftliche Schulwesen zu erwarten sind. Durch Staatsverträge begründete Rechte werden hiedurch nicht berührt.

(3) Die finanzielle, personelle und räumliche Vorsorge für die Führung der Schule ist Aufgabe des Schulerhalters.

(4) Der Schulerhalter hat jede Veränderung der Organisation der Privatschule sowie die Einstellung der Schulführung und die Auflassung der Schule

der Schulbehörde unverzüglich anzuzeigen (§ 87 Abs. 1).

(5) Der Schulerhalter hat sich der Einflußnahme auf die nach den schulrechtlichen Vorschriften dem Leiter der Schule — sofern er nicht selbst Leiter der Schule ist (§ 85 Abs. 2) — und den Lehrern zukommenden Aufgaben zu enthalten.

§ 85

Leiter und Lehrer

(1) Der Schulerhalter hat für die pädagogische und administrative Leitung der Privatschule einen Leiter zu bestellen, der

- a) die österreichische Staatsbürgerschaft,
- b) die Eignung zum Lehrer in sittlicher, staatsbürgerlicher und gesundheitlicher Hinsicht und
- c) die Lehrbefähigung für die betreffende oder eine verwandte Schulart oder eine sonstige geeignete Befähigung

nachweist.

(2) Schulerhalter, welche die im Abs. 1 lit. a bis c genannten Bedingungen erfüllen, können die Leitung der Privatschule auch selbst ausüben.

(3) Die an der Schule verwendeten Lehrer haben ebenfalls die im Abs. 1 lit. a bis c genannten Bedingungen zu erfüllen.

(4) Die Schulbehörde kann vom Erfordernis der österreichischen Staatsbürgerschaft (Abs. 1 lit. a und Abs. 3) Nachsicht erteilen, wenn ein Mangel an entsprechend lehrbefähigten Lehrern österreichischer Staatsbürgerschaft besteht oder die Verwendung sonst im Interesse der Schule gelegen ist.

(5) Der Schulerhalter hat der Schulbehörde

- a) die Bestellung des Leiters und der Lehrer,
- b) das Ausscheiden des Leiters aus der Leiterfunktion und das Ausscheiden der Lehrer aus der Lehrerfunktion sowie
- c) den Umstand, daß der Leiter oder ein Lehrer eine der im Abs. 1 genannten Bedingungen nicht mehr erfüllt, ohne daß ihm die Nachsicht im Sinne des Abs. 4 erteilt worden ist,

unverzüglich anzuzeigen.

(6) Die Schulbehörde hat — unbeschadet des Abs. 4 — die Verwendung des Leiters oder Lehrers innerhalb eines Monats ab dem Einlangen der Beststellungsanzeige zu untersagen, wenn die Bedingungen des Abs. 1 bzw. Abs. 3 nicht erfüllt sind. Darüber hinaus hat die Schulbehörde — unbeschadet des Abs. 4 — die Verwendung eines Leiters oder Lehrers zu untersagen, wenn die Bedingungen des Abs. 1 bzw. Abs. 3 später wegfallen.

(7) Die Bestimmungen der Abs. 5 und 6 gelten sinngemäß auch für den Schulerhalter in seiner Eigenschaft als Leiter der Schule (Abs. 2).

§ 86

Schulräume und Lehrmittel

Der Schulerhalter muß über Schulräume, die baulich und einrichtungsmäßig dem Zweck und der Organisation der Privatschule sowie den Grundsätzen der Pädagogik und der Schulhygiene entsprechen, sowie über die zur Durchführung des Lehrplanes notwendigen Lehrmittel und sonstigen Ausstattungen und Einrichtungen verfügen.

§ 87

Anzeige und Untersagung der Führung

(1) Die Führung einer Privatschule ist der Schulbehörde mindestens drei Monate vor der beabsichtigten Eröffnung der Schule unter Nachweis der Erfüllung der Bestimmungen des § 84 Abs. 1 oder 2, des § 85 Abs. 1 oder 2 und des § 85 Abs. 3 (unbeschadet der Bestimmungen des § 85 Abs. 4) sowie des § 86 anzuzeigen.

(2) Wird eine Privatschule geführt, ohne daß der Schulerhalter der Schulbehörde davon die Anzeige erstattet hat, so hat die Schulbehörde die Führung der Privatschule zu untersagen.

(3) Die Schulbehörde hat die Führung der Privatschule binnen zwei Monaten ab dem Einlangen der Anzeige zu untersagen, wenn die im Abs. 1 angeführten Bestimmungen nicht erfüllt sind. Wird die Führung der Privatschule innerhalb dieser Frist nicht untersagt, so kann sie eröffnet werden.

§ 88

Erlöschen und Untersagung des Rechtes zur Schulführung

(1) Das Recht zur Führung einer Privatschule, deren Führung nicht untersagt wurde, erlischt

- a) mit der Auflassung der Schule durch den Schulerhalter,
- b) mit dem Wegfall einer der im § 84 Abs. 1 oder 2 genannten Voraussetzungen,
- c) nach Ablauf eines Jahres, in dem die Schule nicht geführt wurde,
- d) mit der Überlassung des Schulvermögens an eine andere Person in der Absicht, die Schulerhalterschaft aufzugeben, oder
- e) mit dem Tod des Schulerhalters, bei juristischen Personen mit deren Auflösung.

(2) Die Verlassenschaft kann die Privatschule bis zum Ende des laufenden Schuljahres weiterführen, wobei sie die Rechte und Pflichten des Schulerhalters übernimmt; sie hat die Weiterführung der Privatschule der Schulbehörde anzuzeigen. Dasselbe gilt nach Beendigung des Verlassenschaftsverfahrens für die Erben des Schulerhalters. Das Recht zur Weiterführung der Schule steht den Erben unbeschadet der Bestimmungen des Abs. 4 zu, auch wenn sie die Bedingungen des § 84 Abs. 1 lit. a oder Abs. 2 nicht erfüllen.

(3) Werden nach der Eröffnung der Privatschule die im § 85 Abs. 1, 2 oder 3 (unter allfälliger Be-

dachnahme auf § 85 Abs. 4) oder im § 86 genannten Bedingungen nicht mehr erfüllt, so hat die Schulbehörde dem Schulerhalter eine angemessene Frist zur Beseitigung der Mängel zu setzen. Werden die Mängel innerhalb dieser Frist nicht behoben, so hat die Schulbehörde die Weiterführung der Privatschule zu untersagen.

(4) Wenn für die Gesundheit oder Sittlichkeit der Schüler Gefahr im Verzug ist, hat die Schulbehörde die Weiterführung der Privatschule zu untersagen.

§ 89

Bezeichnung von Privatschulen

(1) Gleichzeitig mit der Anzeige über die Führung einer Privatschule (§ 87 Abs. 1) hat der Schulerhalter die beabsichtigte Bezeichnung der Privatschule anzuzeigen. Unterläßt der Schulerhalter diese Anzeige, so hat ihn die Schulbehörde zur nachträglichen Anzeige aufzufordern.

(2) Wenn die gewählte Bezeichnung den Schulerhalter nicht erkennen läßt oder nicht jede Möglichkeit einer Verwechslung mit einer öffentlichen Schule ausschließt, hat die Schulbehörde den Schulerhalter zu einer Änderung der Bezeichnung aufzufordern.

(3) Der Schulerhalter hat jede Änderung der Bezeichnung der Privatschule der Schulbehörde unverzüglich anzuzeigen. Abs. 2 gilt für die Änderung der Bezeichnung sinngemäß.

(4) Der Schulerhalter kann sich einer gesetzlich geregelten Schularartbezeichnung (§ 2 Abs. 2 und § 19 Abs. 5) bedienen, wenn die Organisation einschließlich des Lehrplanes und die Ausstattung der Privatschule im wesentlichen mit gleichartigen öffentlichen Schulen übereinstimmt.

(5) Liegen die in den Abs. 2 und 4 genannten Voraussetzungen nach Eröffnung der Privatschule nicht oder nicht mehr vor, so hat die Schulbehörde dem Schulerhalter eine angemessene Frist zur Beseitigung der Mängel zu setzen. Werden die Mängel innerhalb dieser Frist nicht behoben, so hat die Schulbehörde den Schulerhalter zur Änderung der Bezeichnung aufzufordern.

§ 90

Schülerheime

(1) Die Führung von privaten Schülerheimen (§ 1) bedarf der Anzeige an die Schulbehörde.

(2) Wenn ein privates Schülerheim Mängel aufweist, durch die die Gesundheit, die Sittlichkeit oder die staatsbürgerliche Gesinnung der Schüler gefährdet werden, hat die Schulbehörde den Erhalter des Schülerheimes aufzufordern, diese Mängel innerhalb einer angemessenen Frist abzustellen. Werden die Mängel innerhalb dieser Frist nicht behoben, so hat die Schulbehörde die Weiterführung des Schülerheimes zu untersagen. Die Untersagung gilt für die Dauer des Vorliegens der festgestellten Mängel.

3. Abschnitt

Öffentlichkeitsrecht

§ 91

Verleihung des Öffentlichkeitsrechtes

(1) Die Schulbehörde hat Privatschulen, die gemäß § 89 Abs. 4 eine gesetzlich geregelte Schulartbezeichnung führen, auf Antrag das Öffentlichkeitsrecht zu verleihen, wenn die Privatschule Gewähr für die Erreichung desselben Bildungszieles wie die entsprechende öffentliche Schule bietet.

(2) Vor dem lehrplanmäßig vollen Ausbau darf der Privatschule das Öffentlichkeitsrecht jeweils nur für die bestehenden Klassen und jeweils nur für ein Schuljahr verliehen werden.

§ 92

Rechtswirkungen des Öffentlichkeitsrechtes

(1) Mit der Verleihung des Öffentlichkeitsrechtes sind folgende Rechtswirkungen verbunden:

- a) der Privatschule wird das Recht übertragen, Zeugnisse über den Erfolg des Schulbesuches auszustellen, die mit der Beweiskraft öffentlicher Urkunden und mit den gleichen Rechtswirkungen ausgestattet sind wie Zeugnisse gleichartiger öffentlicher Schulen;
- b) an der Privatschule können die für die betreffende Schulart vorgesehenen Prüfungen abgehalten werden;
- c) der Privatschule können Lehramtsanwärter, die sich damit einverstanden erklären, zur Einführung in die Praxis des Lehramtes mit Zustimmung des Schulerhalters zugewiesen werden;
- d) auf Privatschulen finden, soweit im Abs. 2 nichts anderes bestimmt ist, die Vorschriften der §§ 11 bis 20, des § 21 Abs. 1 bis 3 sowie der §§ 22 bis 70 und der hierzu erlassenen Verordnungen Anwendung.

(2) Für Privatschulen mit Öffentlichkeitsrecht gelten hinsichtlich des Aufnahmevertrages (§ 83 Abs. 4) folgende Sonderregelungen:

- a) Der Aufnahmevertrag kann über das Verhalten der Schüler in der Schule und bei Schulveranstaltungen, über Maßnahmen zur Sicherheit der Schüler in der Schule und bei Schulveranstaltungen sowie zur Ermöglichung eines ordnungsgemäßen Schulbetriebes Bestimmungen enthalten, die von der gemäß § 46 zu erlassenden Verordnung der Schulbehörde abweichen oder sie ergänzen. Solche Ergänzungen oder Abweichungen sind der Schulbehörde zur Kenntnis zu bringen.
- b) Die Bestimmungen des § 44 gelten mit der Maßgabe, daß der Privatschulerhalter darüber hinausgehende Gründe für die Beendigung des Schulbesuches anlässlich der Aufnahme vereinbaren kann, soweit dadurch nicht § 83 Abs. 2 berührt wird.
- c) Der Aufnahmevertrag ist rechtsunwirksam, wenn ein Aufnahmebewerber trotz Nichterfüllung der

schulrechtlichen Aufnahmevoraussetzungen aufgenommen wird.

§ 93

Entzug und Erlöschen des Öffentlichkeitsrechtes

(1) Wenn die im § 91 genannten Voraussetzungen nicht mehr erfüllt werden, hat die Schulbehörde den Schulerhalter aufzufordern, die Mängel innerhalb einer angemessenen Frist abzustellen. Werden die Mängel innerhalb dieser Frist nicht behoben, so hat die Schulbehörde das Öffentlichkeitsrecht zu entziehen bzw. nicht weiter zu verleihen.

(2) Mit dem Erlöschen oder der Untersagung des Rechtes zur Führung der Privatschule im Sinne des § 88 erlischt das ihr verliehene Öffentlichkeitsrecht. In diesem Falle sind die an der Schule geführten Amtsschriften und Kataloge der Schulbehörde zur Aufbewahrung zu übergeben. Dasselbe gilt für Amtsschriften und Kataloge, die die Zeit betreffen, in der eine Privatschule das Öffentlichkeitsrecht besaß, für den Fall des späteren Erlöschens und der späteren Untersagung des Rechtes zur Führung der Privatschule im Sinne des § 88.

4. Abschnitt

Aufsicht

§ 94

Zuständigkeit und Ausübung der Aufsicht

(1) Die Aufsicht über die Privatschulen und privaten Schülerheime obliegt der Schulbehörde. § 75 ist anzuwenden.

(2) Die Aufsicht erstreckt sich auf die Einhaltung der Bestimmungen der §§ 83 bis 90, bei Privatschulen mit Öffentlichkeitsrecht auch jener der §§ 92 und 93 einschließlich der im § 92 Abs. 1 lit. d zitierten.

(3) In Ausübung der Aufsicht können die Organe der Schulbehörde, soweit dies zur Wahrnehmung der der Schulbehörde übertragenen Zuständigkeiten erforderlich ist, die Schul- oder Heimliegenschaften betreten, als Beobachter am Unterricht teilnehmen, vom Schulerhalter alle zur Wahrnehmung der Aufsicht erforderlichen Auskünfte verlangen sowie in die Schulakten Einsicht nehmen und die zur Durchführung des Lehrplanes notwendigen Lehrmittel überprüfen. Die Bestimmungen des § 75 Abs. 2 bis 4 sind auf Privatschulen mit Öffentlichkeitsrecht anzuwenden.

VI. HAUPTSTÜCK

Schlufbestimmungen

§ 95

Strafbestimmungen

(1) Wer der Meldepflicht gemäß § 7 Abs. 2 bzw. der Melde- und Auskunftspflicht gemäß § 8 Abs. 3 nicht nachkommt oder sonst den Bestimmungen des § 7 zuwiderhandelt, begeht eine Verwaltungsüber-

tretung und ist von der Bezirksverwaltungsbehörde mit einer Geldstrafe bis zu S 10.000,— zu bestrafen.

(2) Wer

- a) eine Privatschule ohne Anzeige oder nach Untersagung der Führung eröffnet oder nach Erlöschen oder Untersagung des Rechtes zur Schulführung weiterführt (§§ 87 und 88),
- b) der Schulbehörde trotz der Aufforderung die beabsichtigte Bezeichnung der Privatschule nicht anzeigt (§ 89 Abs. 1) oder eine andere als die Bezeichnung verwendet, die er angezeigt hat (§ 89 Abs. 1 oder 3) oder der Aufforderung nach § 89 Abs. 2 oder 5 nicht nachkommt,
- c) Zeugnisse ausstellt, die mit den Zeugnissen einer öffentlichen Schule gleich oder verwechslungsfähig ähnlich sind, ohne daß die Schule das Öffentlichkeitsrecht besitzt (§ 92 Abs. 1 lit. a),
- d) einen Leiter oder Lehrer nach der Untersagung dessen Verwendung in dieser Eigenschaft an der Schule beschäftigt (§ 85 Abs. 6),
- e) den Organen der Schulbehörde die Durchführung der Aufsicht erschwert oder verhindert (§ 94 Abs. 3),
- f) die gemäß § 84 Abs. 4, § 85 Abs. 5 und § 90 Abs. 1 zu erstattenden Anzeigen unterläßt,
- g) ein Schülerheim nach Untersagung der Führung trotz weiteren Vorliegens der beanstandeten Mängel weiterführt (§ 90 Abs. 2),

begeht eine Verwaltungsübertretung und ist von der Bezirksverwaltungsbehörde mit einer Geldstrafe bis zu S 30.000,— zu bestrafen.

§ 96

Übergangsbestimmungen

(1) Die auf Grund der bisher geltenden Rechtsvorschriften errichteten öffentlichen Berufs- und Fachschulen sowie Schülerheime gelten als im Sinne dieses Gesetzes errichtet.

(2) Die Schulbehörde hat die Fachrichtungen und die Bezeichnung der bestehenden öffentlichen Berufs- und Fachschulen durch Verordnung festzulegen.

(3) Im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes bestehende Privatschulen und Schülerheime (§ 1) sind Privatschulen und Schülerheime im Sinne dieses Gesetzes. Die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ausgesprochenen Verleihungen des Öffentlichkeitsrechtes gelten als nach diesem Gesetz ausgesprochen.

§ 97

Schulversuche

(1) Die Schulbehörde kann zur Erprobung besonderer pädagogischer und schulorganisatorischer Maßnahmen abweichend von den Bestimmungen dieses Gesetzes und der hiezu erlassenen Verordnungen Schulversuche an öffentlichen Berufs- und Fachschulen anordnen.

(2) An privaten Berufs- und Fachschulen mit Öffentlichkeitsrecht bedarf ein vom Schulerhalter

beabsichtigter Schulversuch der Bewilligung der Schulbehörde. Die Bewilligung ist unter den Voraussetzungen der Abs. 1 und 3 zu erteilen.

(b) Je Organisationsform und Schulstufe der Berufs- und Fachschulen dürfen im Landesgebiet gleichzeitig nur an zwei Klassen Schulversuche durchgeführt werden.

§ 98

Kundmachung von Verordnungen

Verordnungen gemäß § 15 Abs. 2, § 16 Abs. 2 und 5 sowie § 22 Abs. 1, die sich nur auf einzelne Schulen beziehen, sind abweichend von den sonst geltenden Bestimmungen über die Kundmachung solcher Verordnungen durch Anschlag in der betreffenden Schule kundzumachen. Sie treten, soweit darin nichts anderes bestimmt ist, mit Ablauf des Tages des Anchlages in der Schule in Kraft. Die Schüler und die Erziehungsberechtigten sind in geeigneter Weise auf diese Kundmachung hinzuweisen.

§ 99

Freiheit von Landesverwaltungsabgaben

Ansuchen, Bestätigungen, Bescheide und Zeugnisse auf Grund dieses Gesetzes oder der hiezu erlassenen Verordnungen sind — ausgenommen in Verfahren nach den Bestimmungen des § 32 Abs. 5 und § 70 Abs. 2 bis 4 — von der Entrichtung von Landesverwaltungsabgaben befreit.

§ 100

Eigener Wirkungsbereich der Gemeinde

Die Rechte und Pflichten, die nach diesem Gesetz eine Gemeinde insoweit treffen, als sie Erhalter einer Privatschule ist, sind von der Gemeinde im eigenen Wirkungsbereich wahrzunehmen.

§ 101

Inkrafttreten; Aufhebung bisheriger Vorschriften

(1) Dieses Gesetz tritt am 1. September 1976 in Kraft.

(2) Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes tritt das O. ö. Land- und forstwirtschaftliche Berufsschulhaltungsgesetz, LGBl. Nr. 44/1961, außer Kraft.